EIN GEMEINSAMES JAHRZEHNT

POLEN UND DEUTSCHLAND 10 JAHRE GEMEINSAM IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Herausgegeben von
Agnieszka Łada

INSTYTUT SPRAW PUBLICZNYCH
FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
PRZEDSTAWICIELSTWO W POLSCE

EIN GEMEINSAMES JAHRZEHNT

POLEN UND DEUTSCHLAND
10 JAHRE GEMEINSAM
IN DER EUROPÄISCHEN UNION

INSTITUTE OF
PUBLIC AFFAIRS

EIN GEMEINSAMES JAHRZEHNT
POLEN UND DEUTSCHLAND
10 JAHRE GEMEINSAM
IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Herausgegeben von
AGNIESZKA ŁADA

Warschau 2014

INSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE ANGELEGENHEITEN
EUROPAPROGRAMM

Die Publikation entstand in Rahmen des Projekts: “Ein gemeinsames Jahrzehnt. Polen und Deutschland 10 Jahre zusammen in der Europäischen Union”, realisiert gemeinsam vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP) und vom Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig Maximilians Universität (CAP) in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.
Für die inhaltlichen Aussagen im Rahmen dieser Veröffentlichung tragen die Autorinnen und Autoren der einzelnen Abschnitte die Verantwortung. Die geäußerten Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.
Gefördert aus Mitteln der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.

C·A·P
Center for Applied Policy Research

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

FUNDACJA WSPÓŁPRACY POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG FÜR DEUTSCH-POLNISCHE ZUSAMMENARBEIT

Wissenschaftliche Gutachter: *Stephen Bastos, Dr. Kai-Olaf Lang*

Übersetzung ins Deutsche: *Lara Gregl, Arthur Molt, Anna Schlögel, Magdalena Szaniawska-Schwabe*

Sprachliche Redaktion: *Thomas Behrens*

Umschlaggestaltung: *rzeczyobrazkowe.pl*

© Copyright by Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2014

Vollständige und/oder auszugsweise Nachdrucke von Materialien des Institutes für Öffentliche Angelegenheiten sind nur mit Einwilligung des Institutes gestattet. Das Zitieren von Textstellen sowie die Verwendung von empirischen Daten ist unter Angabe der jeweiligen Quellen erlaubt.

ISBN: 978-83-7689-280-1

Herausgeber:
Stiftung Institut für Öffentliche Angelegenheiten
00–031 Warschau, ul. Szpitalna 5/22
Tel.: (004822) 556 42 60, Fax: (004822) 556 42 62
E-mail: isp@isp.org.pl
www.isp.org.pl

Satz und Drucklegung:
Ośrodek Wydawniczo-Poligraficzny “SIM”
00–669 Warschau, ul. Emilii Plater 9/11
Tel.: (004822) 629 80 38
www.owpsim.pl

INHALTSVERZEICHNIS

Allgemeine Schlussfolgerungen 7

Agnieszka Łada
Gemeinsam in der Europäischen Union – Ein erfolgreiches Jahrzehnt 13

Łukasz Wenerski
Gemeinsam in der Europäischen Union – Der gemeinsame Blick in Richtung Osten 17

Paweł Polok
Gemeinsam in der Europäischen Union – Die deutsch-polnische Symbiose im Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen 39

Agnieszka Łada
Gemeinsam in der Europäischen Union – Die Verbesserung der gegenseitigen Wahrnehmung 55

Karolina Grot, Agnieszka Łada, Justyna Segeš Frelak
Gemeinsam in der Europäischen Union – Die Polen auf dem deutschen Arbeitsmarkt 77

Eva Feldmann-Wojtachnia, Magdalena Szaniawska-Schwabe
Gemeinsam in der Europäischen Union – Chancen für vertiefte Jugendbegegnungen 107

Werner Weidenfeld
Die Europäische Union in der Krise – und dennoch ein strategisches Integrationsprojekt für Deutsche und Polen? 123

Agnieszka Łada
Gemeinsam in der Europäischen Union – Perspektiven für die kommenden Jahrzehnte 129

Zu den Autoren 135

- Das vergangene Jahrzehnt hat zu vielfältigen Annäherungen zwischen Polen und Deutschland geführt und im Ergebnis zu einer reiferen deutsch-polnischen Partnerschaft.
- Als Herausforderungen in den bilateralen Beziehungen sind nach wie vor zu nennen: die Energiepolitik, das ungleiche Machtpotenzial, das die Handlungsfähigkeit beider Länder auf EU-Ebene beeinflusst, die Einstellung zur gemeinsamen Geschichte und die Lösung der russisch-ukrainischen Krise.
- Die bisherigen Erfolge sollten zur Intensivierung der Bemühungen um gemeinsame Initiativen führen.
- Entscheidend voran brächte die bilaterale Partnerschaft in den Bereichen Politik und Wirtschaft der polnische Beitritt zur Eurozone. Erst durch die vollumfängliche Mitgliedschaft im Euroraum wird Polen auch seine volle Kraft und Kompetenz einbringen können, um über die Zukunft der Europäischen Union mitentscheiden oder Deutschland bei der Durchsetzung von strukturellen Reformen unterstützen zu können.

Ostpolitik

- Die polnischen und deutschen Positionen gegenüber den Ländern und Regionen östlich der Europäischen Union haben sich im Laufe der letzten Dekade wesentlich angenähert. Als Belege hierfür können gemeinsame deutsch-polnische Initiativen und Konsultationen angeführt werden.
- Zu den Haupterrungenschaften der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Rahmen der Ostpolitik zählen: die Gründung des Königsberger Dreiecks (trilaterales Treffen der Außenminister Polens, Deutschlands und Russlands), die Verhandlungen der Außenminister Polens und Deutschlands in Kiew im Februar 2014 zwischen den Protestierenden auf dem Majdan und den ukrainischen Machthabern, die Einführung der eingeschränkten Freizügigkeit (des kleinen Grenzverkehrs) zwischen Polen und dem Kaliningrader Gebiet.

- Die deutsch-polnischen Konsultationen über die gemeinsame Vorgehensweise im Rahmen der Ostpolitik sind inzwischen zur Regel geworden, über Meinungsverschiedenheiten wird gesprochen.
- Gemeinsame deutsch-polnische Initiativen zur Unterstützung der Demokratisierung in Ländern östlich der Europäischen Union sind wünschenswert.
- Wichtig und immer noch aktuell bleibt die Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene – der Nichtregierungsorganisationen aus Polen und Deutschland mit deren Partnern aus Russland und der Ukraine. Polnische und deutsche Regierungen und Förderer sollten diese Zusammenarbeit unterstützen.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

- Polen gehört zur Gruppe der zehn wichtigsten Handelspartner Deutschlands und hat sich inzwischen zum wichtigsten Partner der Bundesrepublik im Osten entwickelt (in dieser Kategorie hat Polen sogar Russland überholt). Deutschland wiederum belegt seinerseits den Spitzenplatz im Ranking der bilateralen Handelsbeziehungen der Republik Polen (der deutsche Anteil befindet sich derzeit auf Rekordniveau: fast 25 Prozent des polnischen Gesamtexports sind für den deutschen Markt bestimmt).
- Deutschland ist der wichtigste ausländische Investor in Polen. Gegenwärtig sind in Polen über 6.300 Gesellschaften mit deutschen Kapitaleignern vertreten.
- Im Vergleich zu deutschen Direktinvestitionen in Polen (kumulierter Wert für 2013: 25,8 Mrd. Euro) fallen polnische Direktinvestitionen in Deutschland viel moderater aus (mit einem entsprechenden Wert von 876 Mio. Euro); doch zeichnet sich auch diese Statistik für sich genommen gleichfalls durch eine positive Dynamik aus (50-60 Mio. Euro vor dem EU-Beitritt Polens).
- Der Begriff "*Polnische Wirtschaft*", zuvor in Deutschland verstanden als Synonym für Unordnung bzw. Schwäche, steht inzwischen für Wandel und Erfolg. Nichtsdestotrotz haben es immer noch viele Firmen und Produkte schwer, sich auf dem deutschen Markt zu behaupten, da Deutsche polnischen Produkten bisweilen misstrauen.

- Die Stellung Deutschlands als wichtigster Handelspartner steht auch in den kommenden Jahren nicht in Frage.
- Polnische Unternehmen werden immer häufiger aktiv auf dem deutschen Markt.
- Zu den Herausforderungen der kommenden Jahre zählen die Verbesserung der Wahrnehmung polnischer Marken in Deutschland und die Frage des polnischen Beitritts zur Eurozone, der sowohl die Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher und geschäftlicher Ebene als auch die bilaterale Handelsdynamik weiter positiv beeinflussen würde.

Polnische Einwanderung nach Deutschland

- Deutsche Befürchtungen aus der Zeit vor dem polnischen EU-Beitritt bezüglich eines massiven Zustroms polnischer Arbeiter auf den deutschen Arbeitsmarkt haben sich inzwischen als unbegründet erwiesen. Gegenwärtig stellen Deutsche gerne Polen ein, und bewerten ihre polnischen Arbeitnehmer durchaus positiv.
- 2003 – im Vorjahr des polnischen EU-Beitritts – hielten sich 326.882 Polen in Deutschland auf. Im Dezember 2013 waren es bereits 609.855 polnische Migranten.
- Einwanderer mit polnischem Migrationshintergrund bilden aktuell – nach den Türken – die zweitgrößte Gruppierung unter den Ausländern in Deutschland (10,08%).
- Im Laufe der vergangenen Jahre haben sich die beruflichen Strukturen der in Deutschland lebenden Polen verlagert. Neben Pflegekräften im Seniorenbereich, Bauarbeitern und landwirtschaftlichen Hilfskräften kommen immer mehr Hochqualifizierte (etwa Ärzte oder Krankenschwestern) nach Deutschland.
- Polen gelten im Vergleich aller Migrationsgruppen in Deutschland vielmehr als gut integriert.
- Deutschland wird weiterhin auf die zahlreichen polnischen Arbeitskräfte angewiesen sein, die ihrerseits weiter durch das höhere Lohnniveau angezogen werden. Diese Migrationsprozesse können jedoch durch Faktoren wie die Einkommenssteigerung in Polen oder die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland (Unrentabilität der Einstellung von Polen) gebremst werden.

- Das generelle Ansehen des polnischen Arbeiters hat sich bisher positiv ausgewirkt – im Sinne einer allgemeinen Verbesserung der Wahrnehmung der Polen in Deutschland. Auch für die nächste Zukunft ist mit der Fortsetzung dieses Trends zu rechnen, insbesondere wenn immer mehr Hochqualifizierte nach Deutschland einwandern werden, die höhere Stellen besetzen.

Gegenseitige Wahrnehmung

- Bezüglich der gegenseitigen deutsch-polnischen Wahrnehmung ist seit Jahren eine gewisse Unverhältnismäßigkeit spürbar: die Polen nehmen die Deutschen deutlich positiver wahr als umgekehrt die Deutschen die Polen.
- Die polnische Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft hat sich verbessert. Dies ist auf die intensivierten Kontakte mit den Deutschen zurückzuführen, die Stereotypen entgegenwirken.
- Deutsche wissen generell wenig über Polen, was die negative Wahrnehmung Polens wesentlich beeinflusst bzw. die kaum vorhandene Motivation zusätzlich mindert, sich überhaupt ein Bild von Polen zu machen. Langsam zeichnen sich jedoch auch hier positive Veränderungen ab.
- Bei Bewertungen seitens der Deutschen zeigt sich eine Kluft im Vergleich der Wahrnehmungen des polnischen Staates einerseits und der polnischen Gesellschaft andererseits. Während die polnische Bevölkerung immer besser angesehen ist, bleibt das allgemeine Bild von Polen gleich. Eine Ausnahme stellt die polnische Wirtschaft dar, die immer besser bewertet wird.
- Die deutschen Bewertungen Polens sind von direkten Kontakten ins Nachbarland und mit den dortigen Landsleuten geprägt. Auch durch die gleichberechtigte Mitgliedschaft in der EU lernen die Deutschen Polen besser kennen.
- Im Laufe der Jahre hat sich die deutsche Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen maßgeblich verbessert. Dabei unterscheidet sich diese heutzutage kaum noch von der polnischen Wahrnehmung der bilateralen Beziehungen und Deutschlands.
- In den nächsten Jahren ist keine starke Veränderung des sehr positiven Bildes von Deutschland in Polen zu erwarten.

- Es gibt hingegen eine Chance zur Verbesserung der Wahrnehmung Polens in Deutschland, insbesondere im Bereich Wirtschaft.
- Unterschiedliche Positionen in Sicherheitsfragen könnten einer Verbesserung der gegenseitigen Wahrnehmung, d.h. der über die vergangenen Jahre gestiegenen Sympathie und der immer besseren Beurteilung der bilateralen Beziehungen, im Wege stehen. Als besonders heikle Themen sind dabei nach wie vor die Energiepolitik und die Geschichte zu betrachten, aber auch unterschiedliche öffentliche Meinungen in Polen und Deutschland bezüglich der aktuellen Krise, die durch die Aktivitäten Russlands in der Ukraine ausgelöst wurde.

Kontakte zwischen Jugendlichen

- Während die polnische Jugend über ein solides Wissen über und Erfahrungen im Zusammenhang mit Deutschland verfügt und Deutsch oft in der Schule lernt, haben gleichaltrige Deutsche, die nie in Polen waren, ein knappes Wissen über das räumlich nahe, aber mental doch so ferne Nachbarland. Diese eindeutige Asymmetrie bleibt bestehen – während junge Polen Deutschland als Land sehr positiv bewerten, basiert die Wahrnehmung Polens bei den gleichaltrigen Deutschen oft auf negativen Stereotypen. Viele Deutsche geben auch zu, fast nichts über das Nachbarland zu wissen, so dass sie dieses Land auch nicht rational bewerten können.
- Junge Leute sind offen für gegenseitige Kontakte. Obwohl sie die gemeinsame Geschichte kennen, lassen sie nicht zu, dass die Altlasten die Aufnahme von Kontakten im anderen Land behindern.
- Die Asymmetrie in puncto Wissen und Interesse gegenüber dem anderen Land wird am Beispiel der Zahl junger Menschen deutlich, die ins Nachbarland reisen. Seit Jahren ist es ein Trend, dass viel mehr polnische Studierende nach Deutschland fahren als umgekehrt. Dies resultiert aus der allgemein schwächeren Anziehungskraft Polens im Vergleich mit anderen Zielländern der Studenten. Die weniger attraktiven Angebote für Ausländer in Polen sowie schwache Kenntnisse der polnischen Sprache sind ein weiteres Hemmnis.

Aus dem Polnischen: Magdalena Szaniawska-Schwabe

Agnieszka Łada

GEMEINSAM IN DER EUROPÄISCHEN UNION – EIN ERFOLGREICHES JAHRZEHNT

Der 10. Jahrestag des polnischen EU-Beitritts regt nicht nur zur Reflexion darüber an, wie sich während dieser vergangenen Jahre Polen und die Europäische Union für sich genommen verändert haben. Denn die europäische Politik basiert auf der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Für Polen war und ist Deutschland der wichtigste aller EU-Mitgliedstaaten; zunächst als bedeutendster Anwalt Warschaus in der Unterstützung der eigenen Bemühungen auf dem Weg zum EU-Beitritt, und heute als derjenige Mitgliedstaat, mit dem Polen enge politische wie wirtschaftliche Kontakte pflegt. Die Mitgliedschaft in der EU eröffnete Polen Kooperationswege mit dem westlichen Nachbarn, unter neuen Bedingungen und – formell betrachtet – auf Augenhöhe, als gleichberechtigte Mitglieder derselben Gemeinschaft. Auch für die Deutschen, die – sowohl aus historischem Pflichtbewusstsein, als auch aufgrund der pragmatischen Überzeugung, dass die Osterweiterung für sie von Nutzen sein werde – für den EU-Beitritt Polens geworben haben, eröffneten sich nach 2004 neue Perspektiven.

Ursprünglich überschatteten die gemeinsame Zusammenarbeit allerdings die enorm unterschiedlichen Potentiale beider Länder (in politischer Hinsicht, unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, und ebenso aufgrund weiterer Divergenzen im Hinblick auf den Entwicklungsstand der Zivilgesellschaft). Polen wurde in Deutschland als “kleiner Bruder” wahrgenommen, dem man zwar helfen sollte, von dem man jedoch als Gegenleistung eine gewisse Loyalität erwarten konnte. Beiderseits der Grenze gab es nach der Osterweiterung Überfremdungsängste. Die deutsche Gesellschaft hatte Angst vor einem zu erwartenden hohen Andrang billiger Arbeitskräfte aus dem Osten, was zur Abschottung des einheimischen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus den im Zuge der Osterweiterung 2004 beitretenden Ländern führte. Dies dauerte sogar bis 2011 an. Auch die Tatsache, dass ein großer Anteil am EU-Haushalt – insbesondere in Form von direkten Beihilfen für Bauern und von Strukturfonds – nach Polen floss, weckte keinen besonderen

Enthusiasmus westlich der Oder. Die Polen hingegen waren besorgt, dass die Deutschen ihre Grundstücke aufkaufen würden und die polnische Stimme in der Union dem deutschen Willen unterliegen könnte.

Das vergangene Jahrzehnt hat jedoch gezeigt, dass viele der Überfremdungsängste unbegründet waren. Die gemeinsame deutsch-polnische Präsenz in der Europäischen Union brachte beiden Ländern viele Vorteile, selbst wenn sie nicht frei von Herausforderungen und Enttäuschungen blieb. Polen wurde zum attraktiven Partner - dank seiner Reformen, des Handelns auf EU-Ebene und der Aktivität seiner Bürger (zum Beispiel der Mobilität der Arbeitnehmer und der Bemühungen der Unternehmer wegen). Insbesondere angesichts der Finanzkrise, als viele Volkswirtschaften in die Rezession stürzten, erwies sich Warschau mit seiner relativ stabilen Volkswirtschaft und seinem – ähnlich wie in Berlin – die Politik leitenden Reformansatz als ein wichtiger Verbündeter. Dies erforderte jedoch gleichzeitig von den Deutschen, Abstand zu nehmen von der bisherigen Einstellung, über den Kopf des östlichen Nachbarn hinweg Entscheidungen zu fällen.

Zehn gemeinsame Jahre in der Europäischen Union bedeuten zugleich auch die Entfaltung bilateraler Beziehungen und neuer Initiativen auf EU-Ebene sowie die gesellschaftliche Annäherung über alte Grenzen hinweg. So verdeutlicht beispielhaft die Mission der Außenminister Polens und Deutschlands die gelungene Kooperation beider Länder auf höchster Ebene. Radosław Sikorski und Frank-Walter Steinmeier, in Verstärkung ihres französischen Pendants Laurent Fabius, handelten gemeinsam im Februar 2014 in Kiew eine Einigung zwischen dem ukrainischen Regime von Viktor Janukowitsch und den demokratischen Kräften, die auf dem Majdan demonstrierten, aus. Dies war aber nicht der einzige gemeinsame polnisch-deutsche Besuch im Osten.

So war es Berlin und Warschau im Rahmen ihrer Zusammenarbeit zuvor auch schon gelungen, mit dem Treffen der Außenminister Deutschlands, Polens und Russlands ein neues Gesprächsformat zu etablieren. Gerade in der Russlandpolitik gab es insoweit bedeutende Annäherungen der Standpunkte zwischen Warschau und Berlin. Und auch die Initiative “Östliche Partnerschaft”, selbst wenn Polen diese nicht mit Deutschland, sondern mit Schweden ins Leben rief, hat für beide Länder einen ähnlich prioritären Wert - auch wenn man in der Ostpolitik in den letzten zehn Jahren nicht immer einer Meinung war.

Dafür wachsen die deutsch-polnischen Handelsumsätze stetig. Heutzutage gilt nicht nur Deutschland als wesentlicher Handelspartner für Polen. Umgekehrt ist mittlerweile auch Polen zum wichtigsten deutschen Handelspartner im östlichen Europa aufgestiegen, wobei es sogar Russland überholt hat. Der polnische Markt genießt die Anerkennung deutscher Unternehmer aufgrund der guten polnischen Wirtschaftsbilanz. Und positiv begleitet wird diese erfreuliche Entwicklung von – insbesondere im Vergleich mit anderen EU-Ländern gesehen – erfolgreich umgesetzten Reformen. Solaris-Busse, Pesy-Züge oder Orlen-Tankstellen (in Deutschland bekannt unter dem Logo "Star") haben sich inzwischen gerade auf dem deutschen Markt als ernstzunehmende Produkte mit Markenqualität etabliert. Die Folge dessen ist, dass der Begriff "Polnische Wirtschaft" nicht mehr mit Rückständigkeit und Unordnung assoziiert wird, sondern vielmehr mit Fortschritt und einem attraktiven Angebot. Dennoch bleibt in diesem Bereich noch viel zu tun, da sich Stereotype nicht von einem Tag auf den anderen ausmerzen lassen und auch die Struktur der Wirtschaftskooperation noch weit vom Ideal entfernt ist.

Die europäische Integration bedeutet jedoch nicht nur gemeinsame Initiativen der EU-Mitgliedstaaten auf internationaler Ebene oder die Entfaltung der wirtschaftlichen Beziehungen. Einer ihrer wichtigsten Bestandteile ist vor allem auch die Annäherung zwischen den Gesellschaften: die Intensivierung der grenzüberschreitenden Kontakte, um sich gegenseitig besser kennenzulernen, das Beseitigen von Stereotypen, die Änderung der Einstellungen. Polen und Deutsche sahen sich hier vor eine besondere Probe gestellt, da die Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften durch die schwierige Geschichte belastet waren, was sowohl das gegenseitige Vertrauen als auch die Wahrnehmung stark beeinflusst. Es hat sich bewahrheitet, dass sich beide Nationen durch die gemeinsame Präsenz in der EU angenähert haben, obwohl es immer noch beiderseits Unterschiede in der Wahrnehmung gibt und auf deutscher Seite eine sichtbare Unkenntnis des östlichen Nachbarn zu konstatieren ist.

Die Wahrnehmungen Polens und der Polen durch Deutsche haben viele polnische Arbeitnehmer in Deutschland deutlich geprägt. Ursprünglich rief ihre Anwesenheit bei den Deutschen Ängste um den eigenen Arbeitsplatz hervor. Die Überfremdungsängste haben sich jedoch im Nachhinein nicht bestätigt. Mit der Zeit haben polnische Arbeitnehmer immer größere Anerkennung erworben und werden sogar mehr und

mehr von den Arbeitgebern nachgefragt. Dabei sind sie zum einen zu Botschaftern ihres Landes jenseits der Oder in Deutschland geworden. Zum anderen haben diejenigen, die sich in Deutschland aufgehalten haben, auch in Polen von ihren Erfahrungen berichtet, und auf diese Art prägen sie auch an der Weichsel das Bild der Deutschen.

Gemeinsame Kontakte florieren seit 2004 darüber hinaus auch dank gemeinsamer Programme im Jugendaustausch. Sowohl im Bereich von schulischen, außerschulischen und studentischen Austauschprogrammen, wie auch im Rahmen von Freiwilligenprojekten vergleichbarer Art, haben Teilnehmer (ihre Anzahl geht in die Millionen!) bereits von der Freizügigkeit profitiert – und sie werden es weiterhin tun. Dies wirkt sich nicht nur positiv auf der persönlichen Ebene eines jeden Einzelnen aus, sondern auch in der Form, dass sich ein deutsch-polnisches Netzwerk gegenseitiger Kontakte ausgebildet hat und weiter wächst.

Die vorliegende Publikation zieht eine Bilanz des hier beschriebenen Wandels. Sie zeigt Fakten und Beispiele der wichtigsten Ereignisse und Veränderungen auf, die im letzten Jahrzehnt der deutsch-polnischen Beziehungen im europäischen Kontext stattgefunden haben. Es wird der Versuch unternommen, daraus Lehren zu ziehen und eindeutige Trends dieses Wandels aufzuzeigen.

Außerdem werden mögliche zukünftige Entwicklungsszenarien der Beziehungen in ausgewählten Bereichen formuliert und wünschenswerte Aktivitäten aufgezeigt, die durchgeführt werden sollten.

Die vorliegende Monografie ist eher als ein Handbuch zu verstehen, denn als eine ausführliche Analyse der letzten zehn Jahre. Die Vielfalt und die Tiefe der Beziehungen macht es dabei naturgemäß unmöglich, alle Facetten in einer so kurzen Zusammenstellung wie dieser vollumfassend zu beschreiben; deshalb werden nicht alle Aspekte Erwähnung finden können. Manche der Inhalte sind aber Gegenstand weiterer ISP-Publikationen, die vor kurzer Zeit erschienen sind. Ein Verzeichnis dieser Analysen findet sich daher als ergänzende Literaturempfehlung am Ende eines jeden Kapitels. Wir hoffen, dem Leser auf diese Weise, ergänzt durch interessante Fakten und Kommentare, alle stichhaltigen Informationen zu präsentieren, um sich ein genaues Bild davon machen zu können, was sich während des vergangenen Jahrzehnts der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Rahmen der EU verändert hat.

Aus dem Polnischen: Magdalena Szaniawska-Schwabe

Łukasz Wenerski

GEMEINSAM IN DER EUROPÄISCHEN UNION – DER GEMEINSAME BLICK IN RICHTUNG OSTEN

Polen und Deutschland durchliefen betreffend ihre Standpunkte im Bereich der Ostpolitik während der letzten Jahre unterschiedliche Phasen.[1] Trotz verbleibender Unterschiede zeigen sich derzeit große Gemeinsamkeiten. Entscheidend sind dabei das gegenseitige Vertrauen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit sowie ein gemeinsames Interesse an der Koordinierung der Maßnahmen.

Die Situation vor dem EU-Beitritt Polens

Polens und Deutschlands Positionen gegenüber Russland in den Jahren 1991 bis 2004

Das grundlegende Interesse, welches zu Beginn der 1990er Jahre sowohl der polnischen als auch der deutschen Politik gegenüber Osteuropa zugrunde lag, war die Stabilisierung der ehemaligen Sowjetunion. Obwohl das Ziel jeweils ein ähnliches war, unterschieden sich die Motive Warschaus und Berlins bei der Gestaltung der Beziehungen zu Russland und der Ukraine.

Deutschland setzte bereits zu Anfang der 1990er Jahre auf eine Politik, die zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung Russlands beitragen sollte. Erreicht werden sollte dies im Rahmen einer möglichst starken Bindung Russlands an Europa anhand institutioneller Mittel und wirtschaftlicher Verflechtungen. Die persönliche Beziehung zwischen dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem russischen Präsidenten Boris Jelzin – oft als "Männerfreundschaft" beschrieben – bewirkte, dass Deutschland zum Anwalt Russlands in den euroatlantischen Strukturen wurde. Dank der deutschen Unterstützung wurde 1994 das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland unterzeichnet, Russland in die

1 Der vorliegende Abschnitt konzentriert sich auf die Beziehungen zu Russland – dem größten und wichtigsten Partner der Europäischen Union in der Region – sowie auf die Beziehungen zur Ukraine – welche insbesondere im Hinblick auf die polnische Ostpolitik von Bedeutung sind.

G7 aufgenommen (zunächst unter der Bezeichnung "G7 und Russland", später dann unter der offiziellen Bezeichnung "G8"), und es wurde der NATO-Russland-Rat gegründet.[2]

Zu dieser Zeit herrschte in Polen nach wie vor Angst vor dem neuen "Großen Bruder". Das Hauptziel der Regierung in Warschau war die Sicherung der polnischen Interessen. Diesen sollten die Integration in die Europäische Union sowie der Beitritt zur NATO dienen. In beiden Fällen wurde Unmut auf russischer Seite geweckt. Ein besonderes Problem stellte die NATO-Erweiterung dar, da die russische Regierung diese als Bedrohung der eigenen Einflusssphäre ansah. Russland hatte die Befürchtung, von Mitgliedern des Nordatlantischen Bündnisses eingekreist zu werden. Dieses galt zwar schon damals nicht mehr als Feind, repräsentierte jedoch eine andere Betrachtungsweise der internationalen Machtverhältnisse.

Trotz der großen Diskrepanz zwischen den Zielen Polens und Deutschlands gegenüber Russland, traten bis Ende der 1990er Jahre keine nennenswerten Kontroversen zu diesem Thema auf.[3] Die Situation unterlag jedoch einer schrittweisen Veränderung, was mit der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen nach der Wahl Gerhard Schröders zum deutschen Bundeskanzler und Wladimir Putins zum russischen Präsidenten verbunden war. Zudem wurden damals wichtige Wirtschaftsverträge unterzeichnet, u.a. im Bereich der Zusammenarbeit von Energiekonzernen.[4] Die Entwicklung der Beziehungen über die Politik hinaus sollte der Petersburger Dialog fördern – ein Forum für die kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland.

Aufgrund der engen persönlichen Beziehungen, die den deutschen Bundeskanzler mit dem russischen Präsidenten verbanden, scheute sich Gerhard Schröder nicht, Wladimir Putin als einen "lupenreinen Demokraten" zu bezeichnen – trotz der offiziellen Verurteilung des

2 C. Ochmann, Die neue Ostpolitik der Europäischen Union. Das Beziehungsverhältnis zwischen Deutschland, Polen, Russland und der Ukraine (*Nowa polityka wschodnia Unii Europejskiej. Układ relacji między Niemcami, Polską, Rosją i Ukrainą)*, in: D. Bingen, P.O. Loew, K. Ruchniewicz, M. Zybura, Reife Nachbarschaft. Deutsch-polnische Beziehungen in den Jahren 1991-2011 *(Dojrzałe sąsiedztwo. Stosunki polsko-niemieckie w latach 1991–2011)*, Quaestio Verlag, Breslau 2012, S. 60–63.
3 Ebd., S. 62–63.
4 B. Koszel, Die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland und die europäische Sicherheit (Stosunki Polska – Niemcy a bezpieczeństwo europejskie), in: W.M. Góralski, Polen-Deutschland 1945-2007. Von der Auseinandersetzung bis zur Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa (*Polska – Niemcy 1945–2007. Od konfrontacji do współpracy i partnerstwa w Europie)*, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Warschau 2007, S. 250–251.

Krieges in Tschetschenien. Dieses Verhalten führte in Warschau zu Beunruhigungen. Einer der Unterschiede zwischen Deutschland und Polen zeigte sich darin, dass die beiden Staaten während der Intervention amerikanischer Truppen im Irak verschiedenen Lagern angehörten. Polen unterstützte die Vereinigten Staaten nicht nur verbal, sondern auch durch die Leitung einer der Besatzungszonen im Irak. Deutschland wiederum – wie auch Russland und Frankreich – stellte sich gegen die Politik des damaligen amerikanischen Präsidenten George W. Bush und sprach sich gegen einen Krieg aus.[5]

Polens und Deutschlands Position gegenüber der Ukraine in den Jahren 1991–2004

Polen war das erste Land, das die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannte. Dies geschah am 2. Dezember 1991, also noch vor dem Treffen im Białowieża-Urwald, bei dem die Vertreter Russlands, der Ukraine und Weißrusslands über das Ende der Sowjetunion als Völkerrechtssubjekt entschieden. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine wurden am 4. Januar 1992 aufgenommen und zwischen Deutschland und der Ukraine am 17. Januar 1992.

Polen war Deutschland im Bereich der Zusammenarbeit mit der Ukraine immer einen Schritt voraus. Dabei geht es nicht allein um die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit oder die Schaffung eines rechtlichen Instrumentariums für die bilaterale Zusammenarbeit, sondern um die Bedeutung der Ukraine in der Außenpolitik. **Aus polnischer Sicht war es von Anfang an wichtig, jenseits der östlichen Grenze einen stabilen Partner zu haben, der freundschaftliche Beziehungen zu Polen unterhält.** Dank der Zusammenarbeit sollte die Bedeutung beider Staaten in Europa aufgebaut werden. Aus Sicht der Ukraine wurde Polen zum Vorbild – als ein Land, das zu Beginn der 1990er Jahre mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hatte, diese aber im Gegensatz zur Ukraine zu überwinden wusste.

Deutschland war von Beginn an bestrebt, die Beziehungen zur Ukraine und zu den übrigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion (mit Ausnahme der baltischen Staaten) nicht mit der Zusammenarbeit mit Russland und den russischen Interessen in der Region kollidieren zu lassen. Diese Art der Politikführung, die die Kooperation mit Russland

5 Vgl. Ochmann, Die neue Ostpolitik, a.a.O., S. 64.

als prioritär betrachtete, wurde mit der Zeit, insbesondere in Polen, mit dem Ausdruck *"Russia first"* beschrieben. Wie politische Kommentatoren betonten, waren die Diskrepanzen in der Wahrnehmung der Ukraine durch Warschau und Berlin so groß, dass es "in Deutschland nach wie vor kaum ein Bewusstsein über die Existenz der neuen Nachbarn der EU [Europäischen Union] gibt. Die Länder der ehemaligen Sowjetunion werden oft zur russischen Einflusszone gezählt."[6] Bis 2004 waren diese Unterschiede jedoch v.a. von theoretischer Bedeutung. Erst die "orangene Revolution" hat gezeigt, was sie in der Praxis bedeuten können.

Die Entwicklung im Laufe der letzten zehn Jahre

Außergewöhnlich kühle drei Jahre (2004-2006)

Der Beitritt Polens zur Europäischen Union brachte keine positive Wende in den Beziehungen Deutschlands und Polens gegenüber Russland mit sich. Es tauchten hingegen neue Probleme auf.

Im September 2005 unterzeichneten Konzerne aus Deutschland und Russland den Vertrag zum Bau der Nord-Stream-Pipeline. Diese sollte unter Umgehung der bisherigen Transitländer (u.a. Polen und der Ukraine)[7] Rohstoffe direkt aus Russland nach Deutschland liefern. Der Beginn der Bauarbeiten an der Gaspipeline rief sowohl in Polen als auch in vielen anderen Staaten der Ostseeregion – in Litauen, Lettland, Estland und Schweden – erbitterte Reaktionen hervor.

Die polnische Regierung und die polnische Öffentlichkeit nahmen das Projekt nicht so wahr, wie es sich Deutschland und Russland gewünscht hatten – als zusätzliche Möglichkeit, Energie nach Europa zu transportieren –, sondern sahen in ihm ein Instrument, das zu erneuten Gräben auf dem europäischen Kontinent führen würde. Es herrschte die Überzeugung vor, dass Russen und Deutsche dieses für die europäische Sicherheit bedeutsame Projekt über die Köpfe der Polen hinweg beschlossen hatten. Vor dem Hintergrund der komplizierten historischen Beziehungen zwischen Polen, Deutschland und Russland traf diese Entscheidung in Polen den Nerv der Wiederbelebung des "Geistes von

6 H. Tewes, Wie der Russophobe mit dem Russophilen (Jak Rusofob z Rusofilem), in: A. Podraza, Polen – Deutschland, Partner im Neuen Europa (*Polska – Niemcy, Partnerzy w Nowej Europie*), "Voyager-Tour", "Polihymnia", Lublin 2003, S. 78.

7 Vgl. Koszel, Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, a.a.O., S. 252.

Rapallo"[8], der an russisch-deutsche Abmachungen hinter dem Rücken und zum Schaden Polens erinnert.

Die intensive Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen fiel zeitlich mit einer besonders starken Abkühlung der Beziehungen zwischen Warschau und Moskau zusammen. Den Kernpunkt dessen bildete Polens Engagement im Rahmen der "orangenen Revolution" in der Ukraine Ende 2004. Die Situation verschärfte sich zunehmend nach der Wahl von Lech Kaczyński zum polnischen Präsidenten und dem Sieg der rechtskonservativen Partei "Recht und Gerechtigkeit" bei den Parlamentswahlen.

Im November 2005 verhängte die Russische Föderation ein Embargo gegen Fleischimporte und pflanzliche Produkte aus Polen. Grund dafür sollen Fälschungen russischer Veterinär- und Pflanzengesundheitserzeugnisse gewesen sein.[9] Zudem verstärkte sich die russische Informationspolitik, der zufolge Polen ein stark antirussisch geprägtes Land sei und damit den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland schade.[10]

Die polnische Antwort auf die russische Politik führte zu einer weiteren Zuspitzung des Konflikts: Polen blockierte die Aushandlung eines neuen Vertrags mit Russland, der das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1994 ersetzen sollte.[11] Ihre Entscheidung begründete die polnische Regierung mit dem anhaltenden Importstopp für polnische Fleischprodukte. Die deutsche Seite nahm diese Entscheidung nicht gut auf – in Berlin herrschte die Überzeugung, dass Russlands Entscheidung politischer Natur sei und es dabei nicht um Sorgen betreffend die Gesundheit der eigenen Bürger gehe. Aus deutscher Sicht sollte dieses Problem mithilfe von Maßnahmen gelöst werden, die Russland weiter an die Europäische Union annäherten. Dabei sollte sich auf eine Vorgehensweise berufen werden, die u.a. das damals ausgehandelte Abkommen zwischen der Europäischen Union und

8 Vgl. Ochmann, Die neue Ostpolitik, a.a.O., S. 63–64.

9 mak, "Russland hat ein Verbot für den Import von polnischem Fleisch verhängt" (*Rosja zniosła zakaz importu polskiego mięsa)*, in: "Rzeczpospolita" vom 19. Dezember 2007, online nachlesbar unter: http://www.ekonomia.rp.pl/artykul/78112.html [aufgerufen am: 31. März 2014].

10 Vgl. Kozel, Beziehungen, a.a.O., S. 61.

11 "Polen blockiert Einigung der EU über Verhandlungen mit Russland" *(Polska blokuje porozumienie Unii ws. negocjacji Unii z Rosją)*, Polnische Presseagentur (PAP) vom 13. November 2006, online nachlesbar unter: http://wiadomosci.wp.pl/kat,1356,title,Polska-blokuje-porozumienie-Unii-ws-negocjacji-z-Rosja,wid,8598732,wiadomosc.html?ticaid=112777 [aufgerufen am: 31. März 2014].

Russland beinhaltete, und nicht zu einer weiteren Eskalation des Streits führe.

Das entscheidende Jahr 2007

Ab 2007 wurde eine langsame Annäherung der Standpunkte Polens und Deutschlands gegenüber Russland deutlich. Bewirkt wurde diese durch viele Faktoren, die ihren Ursprung sowohl in Warschau als auch in Berlin und Moskau hatten.

Die "Bürgerplattform", die 2007 die polnischen Parlamentswahlen gewann, führte eine weniger konfliktorientierte Politik gegenüber Russland ein. Diese neue Herangehensweise fand unter deutschen Politikern, wie auch unter Russen, schnell Anerkennung. Während Donald Tusks erster Amtszeit kam es wieder zu gegenseitigen Besuchen von polnischen und russischen Vertretern im jeweils anderen Land. Im September 2009 besuchte Premier Wladimir Putin Polen anlässlich des 70. Jahrestags des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs.[12]

Deutschland wiederum begegnete der Politik Russlands mit immer größerer Kritik und Enttäuschung. Berlin wurde sich immer mehr dessen bewusst, dass die bisherige Politik der Stärkung wirtschaftlicher Bindungen zwischen Deutschland und Russland zu keinen messbaren Ergebnissen führte: Eine schrittweise Bildung einer Wertegemeinschaft – die Achtung von Menschenrechten und demokratischen Werten, zu der sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet haben – blieb aus. Die russische Regierung war nicht nur gegen eine entsprechende Annäherung, um die sich Berlin bemühte, sondern war darüber hinaus der Ansicht, dass die Weltordnung neu gestaltet werden sollte. Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow im September 2007 bekannt gab, sollte die Idee eines "europäischen Konzerts der Großmächte im 21. Jahrhundert" Grundlage dafür sein.[13]

12 "Putins scharfe Worte auf der Westerplatte" (*Ostre przemówienie Putina na Westerplatte)*, in: "Dziennik" vom 1. September 2009, online nachlesbar unter: http://www.dziennik.com/wiadomosci/artykul/ostre-przemowienie-putina-na-westerplatte [aufgerufem am: 31. März 2014].

13 A.D. Rotfeld, Deutschland – Polen – Russland (Reflexionen zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft) (*Niemcy – Polska – Rosja (Refleksje o przeszłości, współczesności i przyszłości))*, in: W.M. Góralski, Polen-Deutschland 1945-2007. Von der Auseinandersetzung bis zur Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa (*Polska – Niemcy 1945–2007. Od konfrontacji do współpracy i partnerstwa w Europie)*, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Warschau 2007, S. 32.

Deutschland zeigte sich außerdem besorgt über die immer härtere Strenge der russischen Regierung gegenüber inneren und äußeren Gegnern des Regimes.[14]

Im Mai 2008 wurde Dmitri Medwedew ins russische Präsidentenamt gewählt. Seine Präsidentschaft sollte eine neue Öffnung in den Beziehungen zwischen Russland und Europa mit sich bringen. Trotz des miserablen Starts – bedingt durch den Krieg in Georgien und die Gaskrise im Januar 2009 – nahm die westliche Öffentlichkeit Dmitri Medwedew als einen Politiker wahr, der zwar ein Mann Wladimir Putins war, aber das Potential hatte, wichtige Veränderungen in Russland durchzuführen. Dabei ging es insbesondere um die wirtschaftliche Modernisierung des Staates. Allerdings tauchte ebenso die erneute Hoffnung auf, dass mit dieser tiefgreifende, politische Veränderungen einhergehen würden.

Die "Partnerschaft für Modernisierung" sollte den Wendepunkt bedeuten. Sie wurde 2010 während des Gipfels in Rostow am Don von der Europäischen Union und der Russischen Föderation beschlossen. Neben Wirtschaftsaspekten (u.a. Reformen in den Bereichen der freien Marktwirtschaft, der Innovation und der Energieeffizienz) beinhaltete diese Reformen des Gerichtswesens, den Kampf gegen Korruption und die Entwicklung eines gesellschaftlichen Dialogs.[15] Die Initiative für die Partnerschaft für Modernisierung hatte Deutschland ergriffen, das bereits 2008 einen ähnlichen Vorschlag gemacht hatte – damals jedoch bezüglich der bilateralen deutsch-russischen Beziehungen.[16] Die Idee einer Partnerschaft für Modernisierung, die die gesamte Europäische Union miteinbeziehen sollte, traf in Polen auf ein positives Echo. Beide Seiten berieten über die Grundsätze dieses Vorschlags.[17]

14 2006 wurden Anna Politkowskaja und Aleksander Litwinenko ermordert – beide hatten sich sehr kritisch über die Regierung Wladimir Putins geäußert.

15 J. Ćwiek-Karpowicz, Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland ein Jahr nach der Unterzeichnung der Partnerschaft für Modernisierung (*Współpraca unijno-rosyjska rok po inauguracji Partnerstwa dla modernizacji)*, "Biuletyn PISM", Nr. 62, 7. Juni 2011, online nachlesbar unter: http://www.pism.pl/files/?id_plik=7579 [aufgerufen am: 31. März 2014].

16 J. Ćwiek-Karpowicz, R. Formuszewicz, Partnerschaft für Modernisierung – neue Initiative der EU gegenüber Russland (*Partnerstwo dla modernizacji – nowa inicjatywa UE wobec Rosji)*, "Biuletyn PISM", Nr. 44, 18. März 2010, online nachlesbar unter: http://www.pism.pl/zalaczniki/Biuletyn_652.pdf [aufgerufen am: 31. März 2014].

17 K. Lang, A. Łada, Unterschiedlich oder ähnlich? Was aus den Meinungen polnischer und deutscher Experten für die deutsch-polnische Zusammenarbeit hervorgeht (*Odmienne czy podobne? Co wynika z opinii polskich i niemieckich ekspertów dla polsko-niemieckiej współpracy)*, in: A. Łada, Russland heute und morgen. Meinungen deutscher und polnischer Experten (*Rosja dziś i jutro. Opinie polskich i niemieckich ekspertów)*, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2010, S.111.

Die Partnerschaft für Modernisierung stellte sich jedoch als eine weitere gute Idee heraus, die nur schwer mit geeignetem Inhalt zu füllen war. Die Vertreter der Europäischen Union merkten schnell, dass diese Initiative etwas ganz anderes für sie bedeutete, als für die russische Seite. Die Europäische Union sah in der Modernisierung vor allem einen Liberalisierungsprozess, d.h. Veränderungen, die eine Marktwirtschaft herbeiführen sollten, aber ebenso ein Rechtsstaatssystem und Demokratisierung. All diese Faktoren sollten sich gegenseitig beeinflussen und gemeinsam zu Wachstum führen. Die Regierung des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew nahm die Modernisierung jedoch ausschließlich unter dem Gesichtspunkt von Innovation wahr und betrachtete sie somit als Mittel, neue Technologien und Wissensstandards für die Entwicklung einer weltweit wettbewerbsfähigen, russischen Wirtschaft zu erwerben.[18]

Deutsch-polnisches Vordringen trotz Schwierigkeiten

Die missglückte Partnerschaft für Modernisierung brach das deutsche Vertrauen zu Dmitri Medwedew. Zusätzlich war die deutsche Führungselite von der Rückkehr Wladimir Putins an die Macht enttäuscht. Die deutsche Regierung, die ab 2009 von einer bürgerlich-liberalen Koalition, bestehend aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Christlich Sozialen Union (CSU) und der Freien Demokratischen Partei (FDP) gebildet wurde, kommentierte die Situation in Russland mit immer schärferen Worten. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland gegenüber Moskau in den letzten Jahren zu nachsichtig gewesen sei, machte die deutsche Regierung Russland konkrete Vorwürfe und forderte immer öfter eine Änderung der deutschen Haltung in dieser Frage. Es bestand jedoch die ganze Zeit über Uneinigkeit in der Bewertung Russlands sowie darüber, wie der Politik Moskaus begegnet werden sollte. Die Befürworter eines prorussischen Kurses gerieten mit denen aneinander, die der russischen Regierung gegenüber kritisch eingestellt waren. Diese gegensätzlichen Haltungen zogen sich quer durch alle Parteien und politischen Milieus. In fast jeder Partei gab es sowohl Politiker, die Russland positiv gesonnen waren (sog. "Russlandversteher"),

18 L. Delcour, The EU and Russia's modernization: one partnership, two views, LSE ideas vom 5. April 2011, online nachlesbar unter: http://blogs.lse.ac.uk/ideas/2011/04/the-eu-and-russia%E2%80%99s-modernisation-one-partnership-two-views [aufgerufen am: 31. März 2014].

als auch Personen, die kritisch gegenüber dem Demokratiemangel in diesem Land Position bezogen. Trotz alledem ließ in Deutschland insgesamt die prorussische Gesinnung eher nach.

Die wachsende Kritik an Russland auf deutscher Seite führte bei einem gleichzeitig wachsenden politischen Realismus Polens zu einer Angleichung der polnischen und deutschen Standpunkte gegenüber Russland. So waren Warschau und Berlin immer öfter zu gemeinsamen Initiativen bereit. 2011 wurde das Königsberger Dreieck ins Leben gerufen. Der Grundidee nach sollte das Dreieck auf jährlichen Treffen der Außenminister Polens, Deutschlands und Russlands beruhen. Außerdem sollten Diskussionen stattfinden zu wichtigen Themen, die alle drei Länder betreffen, sowie zu international relevanten Fragen. Als Vorbild für das Kaliningrader Dreieck diente das Weimarer Dreieck, das von den Außenministern Polens, Deutschlands und Frankreichs gegründet wurde. Das erste Treffen im Rahmen der deutsch-polnisch-russischen Initiative fand in Kaliningrad im Mai 2011 statt.[19] Die Minister Radosław Sikorski, Guido Westerwelle und Sergej Lawrow diskutierten u.a. über die Einführung des sogenannten kleinen Grenzverkehrs zwischen Polen und der Oblast Kaliningrad sowie über die Zusammenarbeit im Bereich des höheren Schulwesens. Das nächste Treffen fand im März 2012 in Berlin statt. Dabei widmeten sich die Beteiligten thematisch dem Konflikt in Syrien, der Energiesicherheit und der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern.[20] Im Mai 2013 trafen sich die drei Minister in Warschau, wo sie u.a. über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland sowie der NATO und Russland sprachen. Zudem war die Situation in Syrien erneut Gesprächsthema.[21]

Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland ermöglichte im Dezember 2011 die Unterzeichnung des Abkommens über den kleinen

19 "Am Samstag, 21. Mai, fand in Königsberg das erste trilaterale Treffen der Außenminister Polens, Deutschlands und Russlands statt." (*W sobotę, 21 maja br., odbyło się w Królewcu pierwsze w historii spotkanie w formacie trójstronnym Ministrów Spraw Zagranicznych Polski, Niemiec i Rosji)*, Mitteilung des polnischen Außenministeriums vom 20. Mai 2011, online nachlesbar unter: http://www.msz.gov.pl/pl/p/msz_pl/aktualnosci/wiadomosci/wizyta_ministra_spraw_zagranicznych_rp_w_krolewcu [aufgerufen am: 2. April 2014].

20 "Treffen der Außenminister des Königsberger Dreiecks" (*Spotkanie Ministrów Spraw Zagranicznych Trójkąta Królewieckiego)*, Mitteilung des polnischen Außenministeriums vom 21. März 2012, online nachlesbar unter: http://www.msz.gov.pl/pl/aktualnosci/wiadomosci/spotkanie_ministrow_spraw_zagranicznych_trojkata_krolewieckiego [aufgerufen am: 2. April 2014].

21 "Treffen des Königsberger Dreiecks in Warschau" (S*potkanie Trójkąta Królewieckiego w Warszawie*), Mitteilung des polnischen Außenministeriums vom 10. Mai 2013, online nachlesbar unter: http://www.msz.gov.pl/pl/aktualnosci/wiadomosci/spotkanie_trojkata_krolewieckiego_w_warszawie [aufgerufen am: 2. April 2014].

Grenzverkehr zwischen Polen und Russland (betreffend die Oblast Kaliningrad), das im Juli 2012 in Kraft trat. Berlin hatte dafür sowohl in den EU-Mitgliedstaaten als auch in Russland geworben. Dank des Abkommens erhalten Polen aus den Wojewodschaften Ermland-Masuren und Pommern sowie Russen aus der Oblast Kaliningrad einen Ausweis, der ihnen den polnisch-russischen Grenzübergang ohne Visumspflicht ermöglicht. Seit Einführung des kleinen Grenzverkehrs zwischen Polen und Russland haben sich die zwei polnischen Wojewodschaften radikal verändert. Viele Russen kommen in die polnischen Städte, um dort einzukaufen und sich zu erholen.[22] Von Bedeutung ist darüber hinaus, dass der kleine Grenzverkehr für die polnische und russische Gesellschaft eine hervorragende Möglichkeit darstellt, sich – wenn diese entsprechend genutzt wird – besser kennenzulernen und die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Jugendaustausch zu intensivieren.

Deutschland und Polen gegenüber der Ukraine nach 2004

Die "orangene Revolution" in der Ukraine hat gezeigt, wie unterschiedlich das Vorgehen Warschaus und Berlins gegenüber dem Partner östlich der EU-Außengrenze ist. Die polnische Regierung engagierte sich aktiv bei der Beilegung des Konflikts. Eine besondere Bedeutung kam dabei Aleksander Kwaśniewski zu in der Rolle als Mediator zwischen dem scheidenden Präsidenten Leonid Kutschma, den der Vorsitzende der Partei der Regionen, Viktor Janukowitsch, der Wahlfälschung bezichtigte, sowie dem Anführer der "orangenen Revolution" Viktor Juschtschenko. Sowohl die polnischen Politiker als auch die polnische Gesellschaft verfolgten die Proteste auf dem Majdan mit großem Enthusiasmus. Diesem entgegen stand das Verhalten Deutschlands: Aus Deutschland kamen nur wenige Politiker zum Majdan; größtenteils stammen sie aus der ehemaligen DDR.[23]

Die Revolution endete mit dem Sieg des "orangenen" Lagers. Der zweite Wahlgang wurde als gefälscht bewertet. Dessen Wiederholung machte den Anführer der Partei "Unsere Ukraine", Viktor Juschtschenko,

22 Siehe auch: Ł. Wenerski, P. Kaźmierkiewicz, Grenzlandschaft. Perspektiven und Erfahrungen aus dem kleinen Grenzverkehr zwischen Polen und der Oblast Kaliningrad *(Krajobraz pogranicza. Perspektywy i doświadczenia funkcjonowania małego ruchu granicznego z obwodem kaliningradzkim)*, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013, online nachlesbar unter: http://www.isp.org.pl/publikacje,25,619.html [aufgerufen am: 2. April 2014].
23 Vgl. Ochmann, Die neue Ostpolitik, a.a.O. S. 69.

zum Präsidenten der Ukraine. Er stand nun vor der Aufgabe, das Land zu reformieren und den euroatlantischen Strukturen anzunähern.

Nach dem Sieg der "orangenen Revolution" zeigten sich die Polen weitaus enthusiastischer im Hinblick auf die europäische Integration der Ukraine als die Deutschen. Unmittelbar nach der "orangenen Revolution" waren die Polen sogar bereit, eine möglichst schnelle Integration der Ukraine in die Europäische Union zu unterstützen. Sie argumentierten, dass das klare Zeichen einer Beitrittsperspektive die Ukrainer dazu anhalten werde, den Weg der Reformen weiter zu beschreiten. Als Nachbarland war Polen auch interessiert, die EU-Grenzen weiter Richtung Osten zu verlagern. Diese Bereitschaft fand keine Unterstützung auf Seiten der deutschen Politiker, für die die strategischen Beziehungen zu Russland weiterhin Priorität besaßen. Die Polen glaubten, dass mit der Ukraine endlich ein glaubhafter Partner auf sie wartete[24], weshalb sie intensive Diskussionen aufnahmen und zu mehr Engagement in allen möglichen Bereichen ermutigten – sei es im Bereich der politischen, wirtschaftlichen, kommunalen, kulturellen oder historischen Zusammenarbeit.

Es stellte sich allerdings heraus, dass das "orangene" Lager die Erwartungen nicht erfüllen konnte. Die politischen Vertreter gerieten schnell in einen dauerhaften Konflikt, was zu einer vollkommenen Stagnation des Modernisierungsprozesses in der Ukraine führte: Die Verwaltung des Landes stürzte ins Chaos. Trotz innerpolitischer Probleme deklarierte die ukrainische Regierung im internationalen politischen Rahmen ununterbrochen ihren proeuropäischen Kurs. **Um die europäischen Ambitionen der Ukraine und anderer osteuropäischer Staaten zu unterstützen, schlugen Polen und Schweden ein neues Instrument vor – die Östliche Partnerschaft.**[25] Diese wurde zum ersten Mal während der Sitzung des Europäischen Rats im Mai 2008 als neue Strategie der Europäischen Union präsentiert. Das erste Gipfeltreffen auf Initiative von Polen und Schweden hin fand am 7. Mai 2009 in

24 Polnisch-ukrainische Beziehungen nach der orangenen Revolution. Vorschläge für die polnische Außenpolitik (*Stosunki polsko-ukraińskie po pomarańczowej rewolucji. Propozycje dla polskiej polityki zagranicznej)*, Batory Stiftung, Warschau 2005, S. 2, online nachlesbar unter: http://www.batory.org.pl/doc/dyskusja.pdf [aufgerufen am: 2. April 2014].

25 Die Östliche Partnerschaft ist das wichtigste Instrument der Europäischen Union im Hinblick auf die Staaten in Mittelosteuropa. Insbesondere das Assoziierungsabkommen und das Abkommen über die vertiefte Freihandelszone werden mit der Östlichen Partnerschaft verbunden. Die Verhandlungen über diese Abkommen haben zuletzt fünf Staaten der Östlichen Partnerschaft aufgenommen: die Ukraine, Moldawien, Weißrussland, Georgien und Aserbaidschan.

Prag statt und war u.a. als Antwort der Europäischen Union auf die immer aggressivere Politik Russlands in der Region zu verstehen, die insbesondere im Krieg in Georgien im August 2008 und im Gaskrieg mit der Ukraine im Januar 2009 zum Ausdruck kam.

Deutschland unterstützte zwar die Initiative zur Östlichen Partnerschaft, tat dies jedoch mit weniger Enthusiasmus als Polen. Das anfängliche Zögern Berlins im Hinblick auf die Östliche Partnerschaft und die Diskrepanzen innerhalb der deutschen Regierungsparteien bezüglich der politischen Richtung in dieser Frage[26] wurden durch den bereits erwähnten russisch-georgischen Krieg und die polnische Entschlossenheit, Schweden in das Vorhaben miteinzubeziehen, wettgemacht.[27]

Mit der Zeit betrachtete Deutschland die Östliche Partnerschaft wohlwollender, überließ jedoch Polen und Schweden die Führung. Diese Haltung Deutschlands war wesentlich zumindest auf zwei Gründe zurückzuführen. Erstens konzentrierte Berlin seine Aufmerksamkeit vor allem auf die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland. Zweitens fiel das Inkrafttreten der polnisch-schwedischen Initiative mit dem Beginn der Wirtschaftskrise zusammen. Deutschland wollte sich daher vielmehr der innereuropäischen Politik widmen als den außenpolitischen Beziehungen. In diesem Sinne heißt es auch, die Östliche Partnerschaft sei der Krise zum Opfer gefallen.

Warschau und Berlin verfolgten unterschiedliche Standpunkte bezüglich der Bedingungen, die die Ukraine erfüllen sollte, um ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen. Dieser Vertrag sollte das Hauptinstrument für eine politische und wirtschaftliche Annäherung der Ukraine an die Europäische Union sein. Aufgrund der großen Schwierigkeiten, die mit der Vorbereitung zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und der Erfüllung der von europäischer Seite gestellten Forderungen verbunden waren, bewerteten Polen und Deutschland die ukrainische Regierung und ihre reale Handlungsfähigkeit zunehmend kritischer. Unter polnischen Politikern herrschte jedoch Einigkeit darüber, dass das Abkommen in jedem Fall

26 Eine positive Haltung zur Östlichen Partnerschaft zeigten die CDU und Kanzlerin Angela Merkel. Skeptischer waren der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und die SPD.

27 C. Ochmann, Zukunft der Östlichen Partnerschaft aus deutscher Perspektive (*Przyszłość Partnerstwa Wschodniego z niemieckiej perspektywy)*, "Biuletyn Niemiecki", Nr. 6, 13. Mai 2010, online nachlesbar unter: http://fwpn.org.pl/assets/biuletyny/BN06.pdf [aufgerufen am: 2. April 2014].

unterzeichnet werden sollte, auch wenn die ukrainische Verwaltung nicht alle Bedingungen erfüllt. Aus polnischer Sicht würden sich erst dann reale Instrumente ergeben, dank derer Veränderungen in der Ukraine herbeigeführt werden könnten. Deutschland vertrat eine härtere Ansicht – damit der Vertrag unterzeichnet werden könnte, sollte die Ukraine alle Bedingungen erfüllen, darunter auch die wichtigste, die Freilassung von Julia Timoschenko.

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit und der "Euromajdan" sowie der Konflikt auf der Krim

Das Ergebnis der Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine führte unerwartet dazu, dass Polen und Deutschland in ihrer Politik sowohl gegenüber Russland als auch gegenüber der Ukraine übereinstimmten.

Als sich im November 2013 herausstellte, dass Viktor Janukowitsch das Assoziierungsabkommen nicht unterzeichnen, sondern stattdessen ein Darlehen des Kremls in Anspruch nehmen würde, entschlossen sich die Ukrainer zum Protest. Es entstand der "Euromajdan" zur Unterstützung der Integration der Ukraine in die Europäische Union, der sich im Laufe der Zeit zu blutigen Massenprotesten gegenüber der Regierungsmacht entwickelte.

Die Polen unterstützten eindeutig den "Euromajdan". Polnische Politiker, Journalisten und Vertreter der Zivilgesellschaft reisten nach Kiew. Die polnischen Medien begleiteten die Ereignisse in der Ukraine mit großer Anteilnahme und schenkten ihnen breite Aufmerksamkeit, die polnische Regierung machte innerhalb der Europäischen Union aktiv auf die Probleme in der Ukraine aufmerksam, und Außenminister Radosław Sikorski war einer der Mediatoren, dank derer eine Einigung zwischen der ukrainischen Regierungsmacht und den Protestanten gelang.

Das deutsche Engagement war geringer, aber ebenso sichtbar. Guido Westerwelle, zu dieser Zeit noch als deutscher Außenminister im Amt[28], erschien bereits im Dezember 2013 zusammen mit Vertretern

28 Zum damaligen Zeitpunkt, schon nach der Bundestagswahl, wurden die Verhandlungen über den Koalitionsvertrag zwischen der CDU/CSU und der SPD gerade erst beendet, so dass Guido Westerwelle noch das Amt des Außenministers bekleidete.

der Opposition auf dem Kiewer Majdan.[29] In den Momenten, die für die Zukunft der Ukraine entscheidend waren, handelten Warschau und Berlin gemeinsam, während sich die Situation weiter verschärfte. Außer Radosław Sikorski nahm der inzwischen erneut ins Amt gekommene deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier an der Ausarbeitung einer Übereinkunft der Regierungskräfte mit der Opposition am 21. Februar 2014 teil und ermutigte ebenso den französischen Außenminister zur Zusammenarbeit. Viktor Janukowitsch hielt sich nicht an das ausgehandelte Abkommen. Er floh schon am nächsten Tag aus Kiew und erschien erst wieder einige Tage später öffentlich in Rostow am Don in Russland. Die bisherige Regierung wurde abgesetzt, und an deren Stelle trat die derzeitige Regierung mit Arsenij Jazenjuk im Amt des Premierministers. Ein unbestrittener Erfolg war es, dass Deutschland, Polen und Frankreich als Vertreter der gesamten Europäischen Union auftraten. Außerdem sprach die Europäische Union in der Ukraine-Frage dank der beiden Länder, verstärkt um die Stimme Frankreich, mit einer Stimme.

Die derzeitigen deutschen und polnischen Maßnahmen konzentrieren sich auf die Lösung des ukrainisch-russischen Konflikts auf der Krim und in der Ostukraine. Beide Staaten sprachen sich entschieden gegen den Aktivitäten Russlands auf der Krim und in der Ostukraine aus, wobei der Grad an Ablehnung unterschiedlich ausfällt. Warschau kritisiert die russische Seite weitaus deutlicher als Berlin. In Deutschland gibt es unterschiedliche Stimmen, jedoch überwiegt die Meinung, dass eine weitere Verschärfung des Konflikts vermieden werden muss. So solle Russland nicht gereizt werden, da dies zum gegenteiligen Effekt – einer weiteren Eskalation des Konfliktes – führen könne. Des Weiteren leide der deutsche Export sichtbar unter Sanktionen gegenüber Russland, sodass sich Berlin derzeit auf die Sicherung der eigenen Wirtschaftsinteressen konzentrieren müsse. In diesem Kontext muss betont werden, dass ein Teil der deutschen Gesellschaft und viele Vertreter der deutschen Führungselite die Annexion der Krim durch Russland nicht als Völkerrechtsverletzung bewerten, sondern dieses Vorgehen als das Recht Russlands ansehen.

29 "Westerwelle schneller als Sikorski. Der deutsche Außenminister in Kiew" (*Westerwelle szybszy od Sikorskiego. Szef MSZ Niemiec w Kijowie)*, TVN24-Beitrag vom 4. Dezember 2013, online nachlesbar unter: http://www.tvn24.pl/wiadomosci-ze-swiata,2/westerwelle-szybszy-od-sikorskiego-szef-msz-niemiec-w-kijowie,376941.html [aufgerufen am: 2. April 2014].

Die polnische Politik ist auch in diesem Fall sicherlich stärker proukrainisch einzustufen. Warschau fehlen jedoch erstens umsetzbare Ideen, wie der russischen Politik begegnet werden kann, und zweitens eine ausreichend starke Position auf internationaler Ebene, um die Politik gegenüber dem östlichen Nachbarn zu bestimmen. Darüber hinaus ist die polnische Bevölkerung im Gegensatz zur deutschen sehr kritisch gegenüber Russland eingestellt.

Gemeinsame zehn Jahre – Kommentar und Schlussfolgerungen

Im Laufe der nun zehn Jahre währenden Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union gestalteten Deutschland und Polen ihre Beziehungen zu Russland und der Ukraine unter unterschiedlichen Voraussetzungen:

- **Im Falle der deutsch-russischen Beziehungen stand die Politik jahrelang im Schatten der deutschen Wirtschaftsinteressen in Russland.** Berlin bemüht sich, seine Politik gegenüber Moskau unter Berücksichtigung der Interessen von deutschen Unternehmen zu gestalten. In Russland sind mehr als 6.000 deutsche Firmen tätig. Der Handelsumsatz zwischen Deutschland und Russland betrug im Jahr 2012 80,5 Milliarden Euro und im Jahr 2013 76,5 Milliarden Euro.[30] Das deutsche Investitionsvolumen in Russland ist jedoch unverhältnismäßig gering. Deutsche Firmen trauen dem russischen System nicht und bewerten den russischen Transformationsprozess negativ. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen möchten nicht in Russland investieren, solange sich dort kein rechtsstaatliches System etabliert.[31] Auf dem russischen Markt sind derzeit allerdings große deutsche Konzerne tätig, die dank ihrer Größe und Bedeutung auf die Einstellungen deutscher Politiker Einfluss nehmen können. Zudem machen deutsche Energieunternehmen große Geschäfte mit russischen Firmen in Deutschland.
- **Die deutsche Haltung gegenüber Russland war nie bloß einseitig.** Neben den Verfechtern eines prorussischen Kurses gab es auch immer Kritiker der russischen Politik. Dabei verlaufen diese Gegensätze nicht

30 Polen ist Deutschlands wichtigster Handelspartner (*Polska najwazniejszym partnerem Niemiec*), Deutsche Welle vom 27. Februar 2014, online nachlesbar unter: http://www.dw.de/polska-najwa%C5%BCniejszym-partnerem-handlowym-niemiec/a-17463865 [aufgerufen am: 2. April 2014].

31 A. Łada (Hg.), Russland heute und morgen. Meinungen deutscher und polnischer Experten, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2010.

entlang politischer Parteigrenzen, denn auch innerhalb der einzelnen politischen Gruppierungen gibt es kein einheitliches Meinungsbild. Die Beziehungen zu Russland sind zwar kein Wahlkampfthema, sie werden aber in den Wahlprogrammen genannt.[32]

- **In den Beziehungen zwischen Polen und Russland wurde das negative Potential der polnisch-russischen Probleme deutlich, die sowohl mit politischen als auch mit wirtschaftlichen Fragen verbunden waren. Im Hintergrund spielte dabei – und spielt noch immer – die Geschichte eine wichtige Rolle.** Russland wird als potenzieller Aggressor gesehen (wie sich herausgestellt hat, ist dies eine berechtigte Angst), als Land, das die Sicherheit in der Region bedroht. Ein weiteres offensichtliches Problem ist der Import von Energierohstoffen aus Russland (insbesondere Gas). Aus polnischer Sicht bedeutet der Importumfang eine übermäßige Abhängigkeit, die aus der kommunistischen Vergangenheit und den Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Sowjetunion herrührt. Den Aufbau positiver Beziehungen erschweren zudem unterschiedliche Interpretationen der gemeinsamen Geschichte (insbesondere des Massakers von Katyn) sowie die Atmosphäre rund um die Affäre von Smolensk und die damit verbundenen Kontroversen, u.a. bezüglich der Aushändigung der Blackbox und des Flugzeugwracks.
- **Das Thema Russland entzweite schon immer die polnische Politikszene.** Es gibt viele Streitpunkte bezüglich der Beziehungen zu Russland. Die größte Uneinigkeit in den Reihen der Polen besteht im Hinblick auf die Flugzeugkatastrophe von Smolensk am 10. April 2010. Die Konfliktpunkte betreffen insbesondere die Frage, ob Russland eine Rolle beim damaligen Unglückshergang gespielt hat und wie die russischen Maßnahmen im Anschluss an die Katastrophe (betreffend die Professionalität der durchgeführten Untersuchungen, die Aushändigung der Blackbox und des Flugzeugwracks) zu bewerten sind. Ein grundlegendes Problem bleibt die Geschichte, und damit die Bewertung sowohl vergangener Ereignisse (der Beteiligung der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, und vor allem ihrer Rolle bei der Befreiung Polens von Hitlerdeutschland, der Nachkriegszeit, der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Sowjetunion)

32 A. Łada, Wahlen zum Bundestag. Überblick über die Wahlprogramme (*Wybory do Bundestagu. Przegląd programów wyborczych)*, online nachlesbar unter: http://www.isp.org.pl/publikacje,978,600.html [aufgerufen am: 2. April 2014].

als auch die Frage, welche Bedeutung den Diskussionen um historische Streitfragen in den heutigen bilateralen Beziehungen zukommen soll. Diese Unterschiede liegen den großen Diskrepanzen bezüglich der Prioritäten polnischer Russland-Politik zugrunde. Für einen Teil der politischen Vertreter ist die Aufklärung der Rolle Russlands in der Affäre von Smolensk sowie weiterer historischer Ereignisse von grundlegender Bedeutung – auch wenn dies zu einer Verschlechterung der politischen Beziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit führen würde. Andere wiederum sagen, es lohne sich nicht, Gespräche über die geschichtlichen Streitthemen zu beginnen oder die russische Seite zu beschuldigen, falls dies den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen schaden sollte.

- **In den Standpunkten von Polen und Deutschland gegenüber der Ukraine spiegeln sich zwei unterschiedliche außenpolitische Konzeptionen wider.** Deutschland sieht die deutsch-russischen Beziehungen als prioritär an und verfolgt das Ziel, die Ukraine vorsichtig an die Europäische Union anzunähern, ohne dass dies von Russland als direkter Angriff auf dessen Rolle in der Region gewertet werden kann. Polen hingegen gilt als wichtigster Verteidiger der ukrainischen Interessen im Kreise der EU-Mitgliedstaaten. Für Polen sind die Beziehungen zur Ukraine gleichwertig mit den Beziehungen zu Russland, in Konfliktsituationen entscheidet sich das Land jedoch zugunsten der Unterstützung der Ukraine.
- **Die unterschiedlichen Haltungen bewirkten, dass es nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union Warschau und Berlin an politischer Koordination gegenüber Moskau und Kiew fehlte. In den letzten Jahren kam es jedoch zu einer bedeutenden Annäherung, und es wurden große Fortschritte in der Zusammenarbeit erreicht.** Bestes Beispiel dafür sind die Treffen des Königsberger Dreiecks und die Zusicherung der deutschen Unterstützung für die Östliche Partnerschaft. **Zwei EU-Länder, deren Ansichten zur Russlandpolitik sich einst an zwei unterschiedlichen Polen befanden, geben der Europäischen Union heute in genau dieser Frage eine einheitliche Stimme.** Eine Annäherung der polnischen und deutschen Standpunkte in der Politik gegenüber Russland war von Politikern, Experten und Geschäftsleuten erwünscht und wurde demnach positiv aufgenommen. Auch die Bevölkerung nahm diese Veränderung

wahr. Wie aus den Untersuchungen, die das Institut für Öffentliche Angelegenheiten im Jahr 2013 in Deutschland durchführte, hervorgeht, ist über die Hälfte der Befragten (52%) der Ansicht, dass Deutschland und Polen in der Politik gegenüber Russland gemeinsame Interessen verfolgen.[33] Gleichzeitig waren 43% der polnischen Befragten von gemeinsamen, deutsch-polnischen Interessen gegenüber Russland überzeugt.[34]

- **Der intensive Meinungsaustausch ist für die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Bereich der Ostpolitik von grundlegender Bedeutung. Er findet seit geraumer Zeit auf unterschiedlichen Ebenen statt**, von Ministertreffen und Gesprächen ihrer Vertreter, über häufige Kontakte zwischen Direktoren der entsprechenden Abteilungen bis hin zu Expertendiskussionen in Warschau und Berlin. Dies führt zu einem besseren Verständnis der Ansichten des jeweils anderen und somit zur Übereinkunft in möglichst vielen gemeinsamen Punkten, an denen beiden Ländern gelegen ist.

Gemeinsame Zukunft – Herausforderungen und Erwartungen

- Im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine, der anschließenden Intervention Russlands auf der Krim und dem rechtswidrigen Anschluss dieses Völkerrechtssubjekts an Russland, muss die polnische und deutsche Politik in der kommenden Zeit eindeutig neu definiert werden. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass diese Änderung im Rahmen enger Zusammenarbeit zwischen Warschau und Berlin erfolgt. Polen wird schon seit längerem als wichtigster Verteidiger der ukrainischen Interessen innerhalb der Europäischen Union wahrgenommen, doch auch Deutschland ist bereit, die Ukraine stärker zu unterstützen.
- **Kurzfristig sollten Deutschland und Polen alle Maßnahmen unterstützen, die eine Stabilisierung der Situation in der Ukraine**

33 J. Kucharczyk, A. Łada, C. Ochmann, Ł. Wenerski, Im Osten was Neues? Das Bild Polens und Russlands in Deutschland (Polityka i życie codzienne. Niemieckie spojrzenie na Polskę i Rosję), Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013, S. 76.

34 A. Łada, Deutsch-Polnisches Barometer 2013. Das Bild Deutschlands und der Deutschen in der polnischen Gesellschaft nach zehn Jahren gemeinsamer EU-Mitgliedschaft (Barometr Polska-Niemcy 2013. Wizerunek Niemiec i Niemców w polskim społeczeństwie po dziesięciu latach wspólnego członkostwa w Unii Europejskiej), Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013, S. 36, online nachlesbar unter: http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/933787397.pdf, [aufgerufen am: 2. April 2014].

bewirken. Der erste wichtige Schritt erfolgte während des Treffens im Rahmen des Weimarer Dreiecks am 31. März 2014. Die Außenminister der Länder Polen, Frankreich und Deutschland veröffentlichten einen gemeinsamen Brief, in dem sie die Bedeutung der Beobachtermission der OSZE bei der Konfliktdeeskalation betonen. Außerdem weisen sie auf die kommenden Aufgaben hin, vor denen die Ukraine steht: die Präsidentschaftswahlen, die Durchführung einer schnellen und zugleich effektiven Verfassungsreform sowie die angemessene Teilhabe aller Regionen an der Macht im Rahmen der Bildung einer künftigen ukrainischen Regierung.

- **Von entscheidender Bedeutung wird das Monitoring bei der Umsetzung des politischen Teils des Assoziierungsabkommens sein** – bei einer gleichzeitig maximalen Hilfeleistung von deutscher und polnischer Seite – sowie die aktive Unterstützung der Ukraine im Vorbereitungsprozess zur Verabschiedung des wirtschaftlichen Teils des Abkommens – des Vertrags über eine tiefe und umfassende Freihandelszone. Besonders wertvoll sind dabei gemeinsame Zusagen konkreter Unterstützung betreffend die Reformdurchsetzung in der Ukraine, z.B. beim Kampf gegen die Korruption, beim Aufbau eines neuen Verwaltungssystems, bei Grundlagen der Politikfinanzierung und in weiteren Bereichen.
- **Deutschland und Polen sollten ebenso Druck auf die ukrainische Seite ausüben, damit diese möglichst schnell alle notwendigen Reformen durchführt, die noch 2014 einen visafreien Verkehr mit den EU-Staaten ermöglichen.** Das Beispiel des Landes Moldawien, wo der visafreie Verkehr bereits ab Mai 2014 in Kraft tritt, zeigt, dass die von der Europäischen Union gestellten Bedingungen erfüllbar sind.
- **Deutschland und Polen sollten als Hauptinvestoren in der Ukraine auftreten.** Das Kapital aus diesen wichtigen europäischen Volkswirtschaften würde die finanziellen Bedingungen der Ukraine verbessern und das Bild und die Glaubwürdigkeit der Ukraine auf internationalen Märkten steigern.
- **Bei der Zusammenarbeit mit Russland sollten sich Berlin und Warschau auf die Anwendung aller Instrumente konzentrieren, die die Lage zwischen Kiew und Moskau entspannen könnten.** Noch im Jahr 2014 soll das nächste Ministertreffen im Rahmen des Königsberger Dreiecks stattfinden. Während dieses Treffens darf

eine Diskussion über die Ukraine nicht fehlen. Dabei ist wichtig, dass sich Deutschland und Polen, auf Grundlage der Unterstützung durch die gesamte Europäische Union, bereits im Vorfeld auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen.

- **Unabhängig davon, wie sich die Situation entwickelt, sollte weder vergessen noch vernachlässigt werden, was bereits erreicht wurde. Ein treffendes Beispiel ist der kleine Grenzverkehr zwischen Polen und der Oblast Kaliningrad.** In angespannter Lage sollte dieser Initiative besondere Aufmerksamkeit beigemessen und Unterstützung von deutscher und polnischer Seite geboten werden. Darüber hinaus sollten russische Bürger, unabhängig von ihren politischen Ansichten, verstärkt zu Reisen nach Polen ermutigt werden.
- **Wichtig und besonders aktuell bleibt die Zusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen aus Polen und Deutschland mit Partnern in Russland und in der Ukraine.** Instrumente für diese Zusammenarbeit werden vorbereitet – es handelt sich um das EU-Russland-Forum für Zivilgesellschaft und das Zivilgesellschaftliche Forum der Östlichen Partnerschaft. Ein Problem stellt dabei die geringe Beteiligung von EU-Partnern an den Tätigkeiten beider Foren dar. Wie Organisationen aus Polen und den Ländern der Östlichen Partnerschaft behaupten, fehlt es insbesondere auf deutscher Seite an Interesse für das Zivilgesellschaftliche Forum der Östlichen Partnerschaft (obwohl eines der Treffen dieses Forums 2010 in Berlin stattfand). Die derzeitigen Ereignisse sollten deutsche und weitere EU-Nichtregierungsorganisationen zu größerem Interesse an der Arbeit dieser Gremien ermuntern. Die Zusammenarbeit mit den ukrainischen Organisationen würde eine Unterstützung für diejenigen Organisationen und Menschen bedeuten, die großen Einfluss auf die Reformen im Land ausüben können. Die Zusammenarbeit mit der russischen Seite bedeutete angesichts der derzeit angespannten Lage zunächst eine Rekompensation für die fehlende Kooperation auf der offiziellen Ebene der Regierungen. Außerdem bedeutete die Zusammenarbeit eine Unterstützung russischer Aktivisten, deren Tätigkeiten aufgrund der russischen Politik gegenüber Nichtregierungsorganisationen immer weiter eingeschränkt werden.

Aus dem Polnischen: Lara Gregl

Mehr zum Thema der deutsch-polnischen Beziehungen im Bereich der Ostpolitik in folgenden Publikationen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten:

- Łukasz Wenerski, Piotr Kaźmierkiewicz, The borderland landscape: Prospects and experiences of the functioning of the local border traffic regime with the Kaliningrad region, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013. [pln., eng.]
- Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada, Cornelius Ochmann, Łukasz Wenerski, Im Osten was Neues? Das Bild Polens und Russlands in Deutschland, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013. [pln., dt., russ.]
- Grzegorz Gromadzki, Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada, Cornelius Ochmann, Yuriy Taran, Łukasz Wenerski, Menschen – Geschichte – Politik. Russische Ansichten zu Polen und Deutschen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2012. [pln., dt., russ.]
- Agnieszka Łada (Hg.), Russland heute und morgen. Meinungen deutscher und polnischer Experten, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2010. [pln., dt.]
- Mateusz Fałkowski, Kai-Olaf Lang, Eine gemeinsame Aufgabe. Deutschland, Polen und die Ukraine im sich wandelnden Europa, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2004.[pln., dt.]

Paweł Polok

GEMEINSAM IN DER EUROPÄISCHEN UNION – DIE DEUTSCH-POLNISCHE SYMBIOSE IM BEREICH DER WIRTSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN

Die Situation vor dem EU-Beitritt Polens

Für die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen hatten schon die Jahre, die dem EU-Beitritt Polens vorausgingen, entscheidende Bedeutung. Die 1990er Jahre gelten dabei unzweifelhaft als die Zeit der klaren politischen Unterstützung Deutschlands für das Streben Polens hin zu westlichen Strukturen (EU, NATO). Und diese Unterstützung erfolgte unter anderem aufgrund der Überzeugung, Deutschland werde vom EU-Beitritt des östlichen Nachbarn wirtschaftlich profitieren. Rein ökonomisch lassen sich die Ergebnisse der bilateralen Beziehungen in den 1990er Jahren allerdings nicht so einfach zusammenfassen. Als Hauptproblem bei der Formulierung einer Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen für die Zeit zwischen 1990 und 2003 erweist sich das krasse Missverhältnis der Potenziale beider Wirtschaften und der daraus resultierende Mangel eines Partnerschaftsgefühls unter den Akteuren, die auf beiden Märkten agierten. In den Reihen der deutschen Eliten herrschte die Überzeugung vor, es handle sich beim Verhältnis zu seinem östlichen Nachbarn um eine einseitige Beziehung, in der Polen der viel weiter entwickelten deutschen Wirtschaft alles zu verdanken habe. Als Antwort darauf verwiesen die polnischen Eliten auf den Nutzen für die deutsche Seite, den ein im schnellen Tempo sich entwickelnder polnischer Markt böte, der zudem noch den Prozessen der Beitrittsanforderungen unterworfen sei. Dies waren hauptsächlich Vorteile, die sich aus dem mehrjährigen (für Deutschland positiven) Saldo des gegenseitigen Handelsaustauschs ergaben.

Ab 1990 begannen Waren in großen Strömen aus der Bundesrepublik zu fließen, die auf dem offenen, noch leeren polnischen Markt leicht Käufer fanden. Sogar trotz der damaligen Handelsbarrieren – Zöllen und Konzessionen – gewann der wechselseitige Handel zunehmend an Intensität. Dies erzeugte jedoch ein grundlegendes Ungleichgewicht

in der Handelsbilanz Polens mit Deutschland, das als Handelspartner radikal überlegen war. In Ziffern dargestellt, betrug das Handelssaldo in den Jahren 1990-2003 für Polen insgesamt -20,16 Mrd. Euro, was sich aus der offensichtlichen Tatsache ergab, dass die deutsche Wirtschaft Waren besaß, die auf dem ungesättigten polnischen Markt sehr schnell abgesetzt werden konnten. Zudem stieg der Wert der deutschen Exportgüter parallel zur ebenfalls steigenden Kaufkraft der polnischen Konsumenten. Und zugleich wurde diese ungleiche Ausgangslage in der Handelsbilanz durch andere Transferleistungen ausgeglichen, die ebenfalls ein Element der damaligen gemeinsamen deutsch-polnischen Beziehungen darstellten.[1]

Zum Vorteil für Polen wurde in den Jahren 1990-2003 der Bilanzwert aller Dienstleistungen verzeichnet, der insgesamt +9,42 Mrd. Euro betrug, sowie der Saldo der deutschen Direktinvestitionen, der eine Gesamthöhe von +6,46 Mrd. Euro zugunsten Polens erreichte. Ein weiterer Aspekt der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen (auch auf der politischen Ebene) waren der Beitrag Deutschlands zum Schuldenabbau Polens im Rahmen des Pariser Clubs, sowie die Zuschüsse, die einerseits aus dem PHARE-Programm (zwischen 1990 und 1997) bereitgestellt und später als tatsächliche Heranführungshilfe (in den Jahren 1998-2003) weiter gezahlt wurden. Insgesamt betrugen die deutschen Zuschüsse im Rahmen der EU-Heranführungshilfe für Polen 1,5 Mrd. Euro. Aus der Gegenüberstellung der oben genannten Kategorien ergibt sich ein Bild der gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen, wie es die aufgelisteten Daten in Tabelle 1 wiederspiegeln.[2]

Tabelle 1. Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Polen und Deutschland vor dem polnischen EU-Beitritt.

Gegenseitige Handelsbilanz	- 20,16
Bilanz im Dienstleistungssektor	+ 9,24
Bilanz der Direktinvestitionen	+6,46
Schuldenabbau innerhalb des Pariser Clubs – Beitrag Deutschlands	+2,86
Finanztransfers im Rahmen der Beitrittshilfe – Beitrag Deutschlands	+1,5
Insgesamt	-0,1

Alle Angaben in Mrd. Euro, Saldo für Polen

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Analyse von Tomasz Kalinowski, Polen als deutscher Investitionsstandort (*Polska jako miejsce lokowania inwestycji niemieckich. Przewagi lokalizacyjne w stosunku do Niemiec*), Expertise für die Polnische Agentur für Information und Auslandsinvestitionen, Institut für Marktwirtschaftsforschung, Danzig, Juli 2005.

1 Auf Grundlage der Analyse von Tomasz Kalinowski, Polen als deutscher Investitionsstandort (*Polska jako miejsce lokowania inwestycji niemieckich. Przewagi lokalizacyjne w stosunku do Niemiec*), Expertise für die Polnische Agentur für Information und Auslandsinvestitionen, Institut für Marktwirtschaftsforschung, Danzig, Juli 2005.
2 Ebd.

Bei Betrachtung der oben genannten Ziffern stellt man fest: **die Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen in den Jahren 1990-2003 ist ausgeglichen**.[3] Das bedeutet, dass beide Länder trotz ungleicher wirtschaftlicher Potenziale die ökonomischen Voraussetzungen innerhalb ihrer Möglichkeiten für einen intensiven Wirtschaftsaustausch optimal genutzt haben. Alle offensichtlichen wirtschaftlichen Gewinne Polens wurden vollauf durch den deutschen Überschuss im gegenseitigen Handel ausgeglichen.

Die Entwicklung im Laufe der letzten zehn Jahre

Seit Jahren ist Deutschland der größte und wichtigste Handelspartner Polens. 2013 betrug der polnische Export nach Deutschland ca. 35,8 Mrd. Euro, was über 25% des gesamten Exports der polnischen Wirtschaft ausmacht.[4]

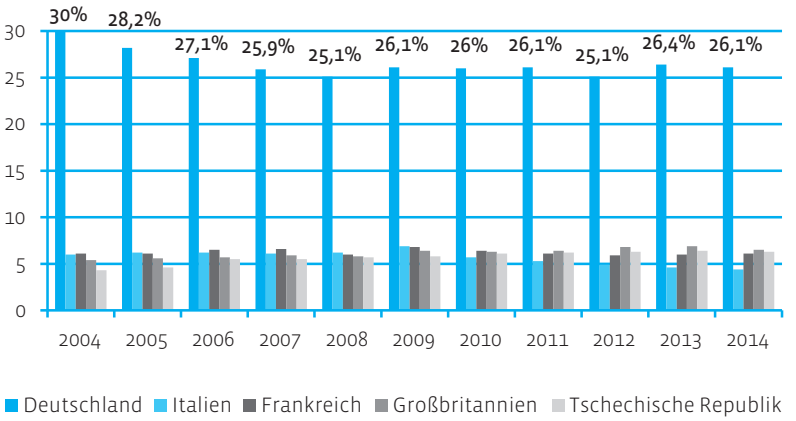

Abbildung 1. Hauptabsatzmarkt der polnischen Exportgüter in den Jahren 2004-2013.

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben des polnischen Hauptstatistikamtes.

Darüber hinaus rangiert Polen entsprechend der Ergebnisse des gegenseitigen Handels im Jahr 2013 unter den zehn größten Handelspartnern der Bundesrepublik. Den neuesten Zahlen vom ersten Halbjahr 2013 zufolge, verdrängte Polen zudem als wichtigster Handelspartner Deutschlands in Mittel- und Osteuropa Russland wieder vom ersten Platz.[5] Der bilaterale Handelsaustausch im Jahr 2013 betrug über 78 Mrd. Euro, was gleichzeitig ein Wachstum um fast vier Prozent

3 Ebd.
4 Ebd.
5 Nach Angaben des polnischen Hauptstatistikamtes.

im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Der Warenimport aus Polen betrug im selben Zeitraum (2013) 35,8 Mrd. Euro, während deutsche Waren nach Polen einen Exportwert von 42,3 Mrd. Euro erreichten. Experten erwarten einen weiteren Anstieg des Handelsumsatzes mit Deutschland trotz einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums.[6]

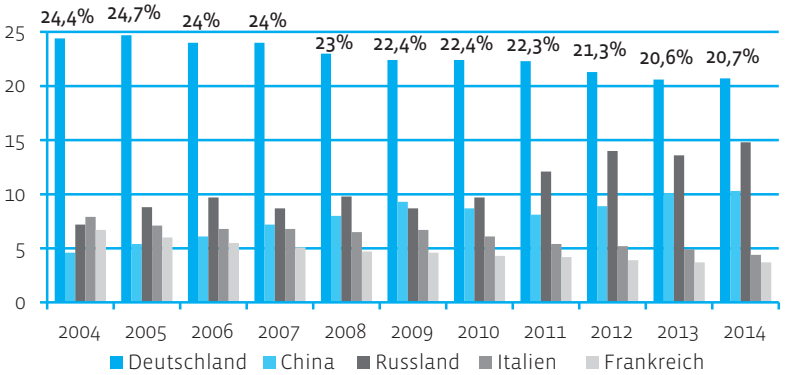

Abbildung 2. Die wichtigsten Warenzulieferer nach Polen in den Jahren 2004-2013.

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben des Polnischen Hauptstatistikamtes.

Den höchsten Handelsumsatz in ihrer Geschichte erzielten Deutschland und Polen – bei guter Konjunktur – im Jahr 2011. Maschinen nehmen seit Jahren die unangefochtene Führungsposition im Handelsranking beim Import und Export ein – der Anteil dieses Industriezweigs beträgt beim Import wie beim Export zwischen 20 und 25 Prozent. Einen hohen Anteil am deutschen Export nach Polen haben auch Fahrzeuge, Autoteile sowie Chemieerzeugnisse und Kunststoffe. Beim polnischen Export nach Deutschland läßt sich hingegen ein Anstieg des Exportwertes bei Lebensmitteln, Metallerzeugnissen sowie Auto- und Maschinenteilen verzeichnen. Außerdem ist eine positive Veränderung in der polnischen Exportstruktur nach Deutschland hin zu hoch verarbeiteten Erzeugnissen festzustellen. Dies zeigt eine positive Entwicklungstendenz in der polnischen Wirtschaft an, auch wenn polnische Güter noch immer "Zulieferer"-Produkte für die deutsche Industrie und deutsche Marken sind.[7]

6 Vgl. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft auf Grundlage der Angaben des Deutschen Statistischen Bundesamts (Destatis); deutsche Statistiken unterscheiden sich von den polnischen hinsichtlich ihrer buchhalterischen Klassifizierung von Gütern, wobei die Deutschen – anders als die Polen – in separaten Kategorien gesondert Export und Import auflisten.
7 Nach Angaben des polnischen Hauptstatistikamtes.

Ausländische Direktinvestitionen – gegenseitiges Vertrauen und wirtschaftliche Attraktivität

Eine deutliche Beschleunigung des Kapitalflusses nach Polen fand schon Ende des Jahres 2003 statt, und seit 2004 begann das Auslandskapital in großen Strömen nach Polen zu fließen. Von einem Kapital von über 178 Mrd. Euro, das insgesamt bis Ende 2012 in Polen investiert wurde, kamen 87,7% aus EU-Ländern. Die größten Direktinvestitionen kamen von Unternehmen aus Deutschland, Holland und Frankreich. Auf diese drei Länder entfallen insgesamt 42% der Direktinvestitionen in Polen.[8]

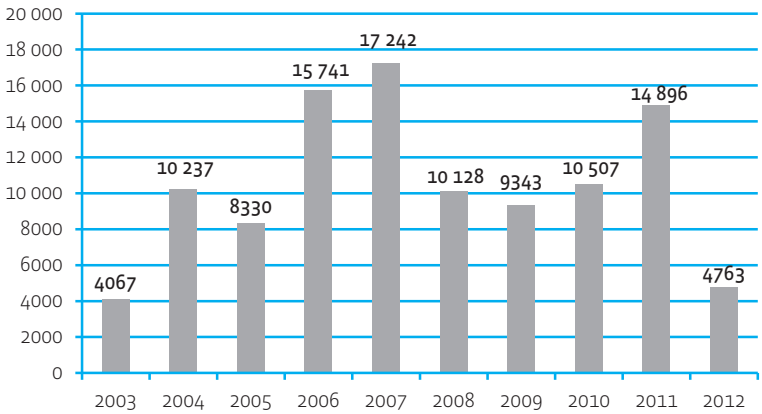

Abbildung 3. Zufluss der Direktinvestitionen nach Polen (insgesamt) in den Jahren 2003-2012 (Angaben in Mio. Euro).

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben der Polnischen Nationalbank.

Deutsche Investitionen in Polen

Deutschland ist der größte Auslandsinvestor in Polen. Die Struktur der deutschen Investitionen ist sehr vielschichtig, da sie ein breites Spektrum an Sektoren beinhalten (Finanzen, Produktion, Dienstleistungen). Momentan sind in Polen über 6.300 Firmen mit deutschem Kapital aktiv.[9] Die Summe des investierten Kapitals betrug während der letzten zehn Jahre über 25,8 Mrd. Euro.[10]

8 Nach Angaben der Polnischen Nationalbank.
9 Nach Angaben des polnischen Hauptstatistikamtes.
10 Nach Angaben der Deutsche Bundesbank.

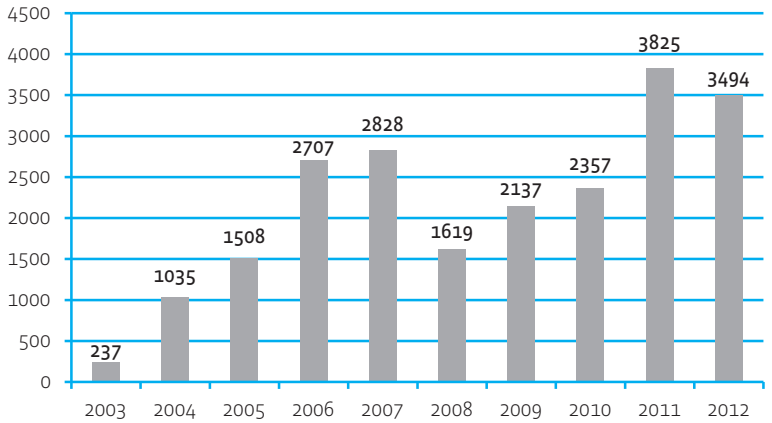

Abbildung 4. Deutsche Direktinvestitionen in Polen in den Jahren 2003-2012 (Angaben in Mio. Euro).

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben der Polnischen Nationalbank.

Deutsche Investitionen in Polen werden vor allem in der Industrieverarbeitung (34,1% des Gesamtwertes) und im Handel getätigt. Die Region, die deutsche Investoren am häufigsten wählen, ist die Wojewodschaft Masowien (über ein Drittel aller Investitionen). 2012 verzeichnete die Polnische Agentur für Information und Auslandsinvestitionen 332 deutsche Firmen auf ihrer Liste der insgesamt 1.600 wichtigsten Auslandsinvestoren in Polen. Die Investoren sind in unterschiedlichen Industriezweigen tätig. Zu den größten deutschen Firmen in Polen zählen folgende Unternehmen: Bayer, Benckiser, BMW, MAN, Volkswagen, Metro Group, Deutsche Bank, Hochland, Zott, Lorenz Bahlsen Snack-Work GmbH & Co., Tchibo, RWE, ThyssenKrupp sowie Siemens und die Commerzbank AG.

Untersuchungen der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer zur Konjunktur in Polen zufolge, besteht eine wesentliche Charakteristik der deutschen Investitionen in Polen darin, dass 94% der deutschen Unternehmer, die in Polen investiert haben, diese Entscheidung erneut treffen würden.

Tabelle 2. Ursprungsländer der Direktinvestitionen in Polen aus dem Ausland in den Jahren 2007-2012.

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben der Polnischen Nationalbank.

2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	**Deutschland**	**Deutschland**	Jersey	Luxemburg	**Deutschland**
Frankreich	Niederlande	Frankreich	**Deutschland**	Spanien	Frankreich
Niederlande	Luxemburg	Luxemburg	Luxemburg	**Deutschland**	Großbritannien

Eine wichtige Kategorie zur Beurteilung der Direktinvestitionen aus dem Ausland stellen die reinvestierten Gewinne dar. In der Zeit kurz vor dem polnischen EU-Beitritt (2000-2003) sank der Wert der Zuströme

an Direktinvestitionen aus dem Ausland nach Polen. Dies ließ sich unter anderem auf die Neigung der Investoren zurückführen, den erarbeiteten Gewinn ins Herkunftsland zurückzuführen. Nach dem EU-Beitritt Polens stiegen die reinvestierten Gewinne an. 2012 betrug ihr Wert 4,4 Mrd. Euro, gegenüber 5,2 Mrd. Euro im Jahr 2011; festzuhalten ist insoweit, dass sie eine dominierende Kategorie innerhalb der Kapitalstruktur der Investitionszuflüsse stellen. **Die höchsten Reinvestitionswerte wurden bei deutschen Unternehmen verzeichnet (1,5 Mrd. Euro). Dies kann bedeuten, dass die deutschen Unternehmer, die schon in Polen investieren, diesen Markt als perspektivreich wahrnehmen und dort langfristig bleiben möchten. Man darf allerdings nicht vergessen, dass viele der deutschen Investitionen dem Dienstleistungssektor der Business Process Offshorings (BPO) entstammen, die bei Bedarf sehr einfach an einen beliebigen anderen, ökonomisch vorteilhafteren Standort verlegt werden können.**[11]

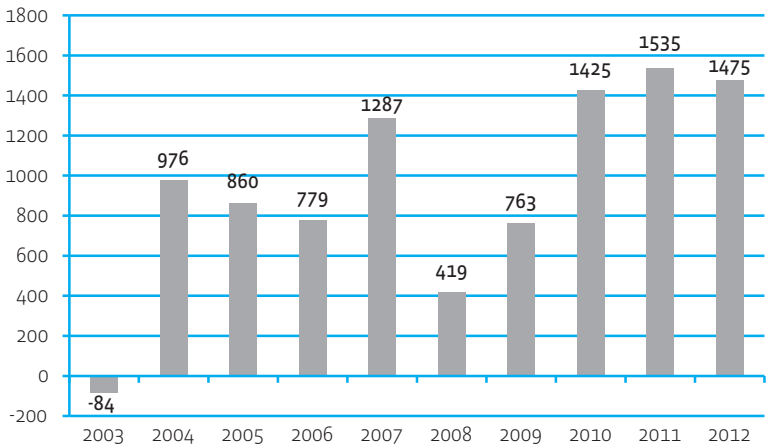

Abbildung 5. Reinvestierte Gewinne aus ausländischen Direktinvestitionen in den Jahren 2003-2012 (Angaben in Mrd. Euro).

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben der Polnischen Nationalbank.

Neben den zahlreichen deutschen Investitionen, wie oben dargestellt, lassen sich Beispiele für wichtige Projekte aus den letzten Monaten nennen. Neben den Werken von Opel in Gliwice (Gleiwitz) oder MAN in Niepolomice bei Krakau, die – trotz aller Widrigkeiten in Krisenzeiten der Autobranche und dem damit verbundenen Nachfragerückgang – nach wie vor in internen Rankings der Konzerne positiv beurteilt werden, gehören folgende Investitionen dazu:

11 Nach Angaben der Polnischen Nationalbank.

- der Chemiekonzern Bayer, der im März 2013 in Danzig ein Finanz- und Buchhaltungszentrum eröffnete, das bis 2015 etwa 200 Personen anstellen und Firmen aus 20 EU-Ländern mit Dienstleistungen versorgen will;
- der deutsche Energiekonzern RWE, der im Mai 2013 ankündigte, ein Outsourcingzentrum für Business-Prozesse (BPO) in Krakau zu eröffnen, in dem die interne Buchhaltung und das Rechnungswesen der Firma sowie die Abteilung für den Einkauf angesiedelt sein werden. Das Zentrum soll bis zu 500 Angestellte beschäftigen, zu deren Aufgaben unter anderem die Betreuung der Abteilungen des RWE-Konzerns in Mittel- und Osteuropa, im deutschsprachigen Raum sowie in Holland gehören werden;
- der deutsche Chemiekonzern BASF, der im März 2013 die Akquisition eines Teils der polnischen Chemiefirma Ciech abgeschlossen hat, die sich auf die Produktion von TDI (Toluoldiisocyanat) spezialisiert. BASF kündigte außerdem den Bau seiner europaweit größten Fabrikanlage für Abgaskatalysatoren an, die ihre Tätigkeit in der ökonomischen Sonderwirtschaftszone in der Środa Śląska (bei Breslau) ab dem ersten Quartal 2014 an aufnehmen soll. Der Konzern BASF ist seit 1992 in Polen präsent und hat dort bislang drei Produktionsstandorte für chemische Produkte;
- das Unternehmen BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH, das den Großteil der Anteile des polnischen Geräteherstellers AGD Zelmer übernommen hat. Der strategische Standort von Zelmer in Rogoźnica (Wojewodschaft Niederschlesien) an der Grenze zu Deutschland und Tschechien soll das Logistiksystem von BSH in Mittel- und Osteuropa unterstützen sowie der Erweiterung der Produktionskapazitäten dienen. Trotz des Zusammenschlusses mit der BSH Gruppe soll Zelmer eine selbständige Marke mit eigener Produktion bleiben.[12]

Polnische Investitionen in Deutschland

Im Vergleich zu den deutschen Direktinvestitionen in Polen, deren Gesamtwert 25,8 Mrd. Euro im Jahr 2013 betrug, sind die polnischen Direktinvestitionen in Deutschland im Volumen um einiges geringer

12 Auf der Grundlage des Deutsch-Polnischen Wirtschaftsjahrbuchs 2014, Ost-West Contact, Berlin.

(2013 erreichten sie einen Gesamtwert von 874 Mio. Euro). Allerdings ist eine starke Wachstumsdynamik der polnischen Direktinvestitionen in Deutschland erkennbar. Diese schwankten noch vor dem EU-Beitritt um einen Gesamtwert zwischen 50 und 60 Mio. Euro, stiegen aber bereits im Jahr 2005 auf 152 Mio. Euro an, um dann im Jahr 2013 einen Rekordwert von 876 Mio. Euro zu erreichen. Natürlich sind diese Summen nicht zu vergleichen mit den deutschen Investitionen in Polen, die 2005 auf 11,6 Mrd. Euro geschätzt wurden und im Laufe der weiteren Jahre auf 25,6 Mrd. Euro angestiegen sind. Bemerkenswert bei einer solchen Gegenüberstellung ist aber die Tatsache, dass – während die deutschen Auslandsinvestitionen sich im Kontext der globalen Wirtschaftskrise 2008 deutlich verlangsamten (ihr Gesamtwert sank auf etwa 1 Mrd. Euro) – die polnischen Investitionen in Deutschland keine vergleichbare Abhängigkeit aufwiesen, und ihr Wert trotz der Krise weiterhin anstieg.[13]

Deutschland als wichtigster Handelspartner Polens ist ein Markt, der besonders attraktiv für polnische Exporteure ist. Im Zuge eigener Wertsteigerungen hat ein Teil der polnischen Unternehmen bereits genug Ressourcen für Kapitalübernahmen erreicht.

Das größte Problem der polnischen Exporteure auf dem deutschen Markt besteht jedoch darin, dass polnische Marken als technologisch weniger fortgeschritten und qualitativ geringer angesehen werden. Dies zwingt polnische Unternehmer dazu, andere Businessstrategien zur Einführung ihrer Produkte und Dienstleistungen zu verfolgen. Besonders mühselig ist dies für Unternehmen, die in der Produktionsindustrie tätig sind. Ein gutes Beispiel für eine solche Umorientierung ist der polnische Ölkonzern PKN Orlen, der seine Tankstellen nach einem so genannten *Rebranding* in die Marke "Star" umfirmierte und dadurch seinen Gewinn um 25% steigern konnte.

Die Wahrnehmung polnischer Marken lässt sich außerdem am Beispiel der Firma Selena, einem Hersteller für Bauschaum und Baukleber, veranschaulichen. Ihre Produkte werden weltweit von 30 Firmen auf 70 Märkten vertrieben. Dies geschieht überall – außer in Deutschland – unter dem polnischen Firmennamen. Wie Firmen aus Polen selbst darstellen, ist das Vertrauen der deutschen Konsumenten in polnische Erzeugnisse noch immer gering, und sogar exzellente Qualität kann diese Einstellung kaum ändern.

13 Nach Angaben der Deutschen Bundesbank.

Die Übernahme von Firmen, die auf dem deutschen Markt tätig sind, geschieht auch in der Absicht, neue attraktive Marktsegmente zu erschließen, die nur eingeschränkt auf dem polnischen Markt verfügbar sind. Im Jahr 2010 erweiterte etwa die Boryszew-Gruppe, die sich bislang auf die Chemie- und Metallindustrie beschränkt hatte, ihr Portfolio um die Produktion von Autoteilen und Autoausstattungen. Um diesen Schritt zu vollziehen, übernahm sie einige deutsche Firmen, deren Produkte vor allem an Autokonzerne wie Volkswagen oder BMW geliefert werden. Dank dieser Investitionen erwirtschaftete die Boryszew-Gruppe im Jahr 2012 etwa 400 Mio. von insgesamt 1,2 Mrd. Euro an Gewinnen im Bereich Autoindustrie, was eine grundlegende Diversifizierung der Gewinnquellen darstellte.[14]

Als weiteres Beispiel lässt sich die Expansion der Gruppe Nowy Styl auf den deutschen Markt anführen, die sich auf die Produktion von Büromöbeln spezialisiert. Im Februar 2011 übernahm sie den deutschen Bürostuhl-Hersteller Grammer Office und den Büromöbelproduzenten Rohde und Grahl. Im Jahr 2012 generierte Nowy Styl 242 Mrd. Euro Gewinn und konnte damit nach Angaben des europäischen Dachverbands der Büromöbelindustrie, der Fédération Européenne du Mobilier de Bureau (FEMB), bis auf Platz Vier der größten Möbelproduzenten in Europa vorstoßen.[15]

Wie die genannten Beispiele belegen, entscheiden sich Unternehmen mit polnischem Kapital aus unterschiedlichen Gründen für Kapitaltransaktionen in Deutschland. Diese Tendenz sollte parallel zu den steigenden Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten der polnischen Unternehmen steigen.

Und die Reihe der Erfolge polnischer Unternehmer jenseits der Oder lässt sich fortführen:

- **die deutsche Tochter der polnischen IT-Firma Comarch eröffnete im April 2013 ein Informatikzentrum in Dresden.** Die Polen investierten dort etwa 12 Mio. Euro in einen neuen Komplex, der bereits das zweite so genannte "Data Center" von Comarch in Deutschland ist;
- erfolgreich ist auch die Firma Solaris, ein Busfahrzeug-Produzent, aus dessen Hause bereits 2.000 Busse in unterschiedlichen deutschen Städten unterwegs sind. Der neuste Vertrag umfasst die Lieferung

14 Auf der Grundlage des Deutsch-Polnischen Wirtschaftsjahrbuchs 2014.
15 Ebd.

von 42 Niederflurbussen mit Hybridantrieb für den Nahverkehr in Hannover;

- die Firma PESA aus Bydgoszcz hat mit der Deutschen Bahn einen Vertrag über 120 Mio. Euro zur Lieferung von 36 Verbrennungsmotoren geschlossen. Die Rahmenvereinbarung zwischen beiden Unternehmen wurde bereits 2012 getroffen. Die vereinbarten Zukäufe für den Fuhrpark könnten im Volumen bis zu 1,2 Mrd. Euro betragen; weitere Bestellungen sollen bis 2018 folgen.

Gemeinsame zehn Jahre – Kommentar und Schlussfolgerungen

- **Das erste gemeinsame Jahrzehnt in der Europäischen Union bedeutet für die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zweifelsohne einen Erfolg.** Die polnische wie die deutsche Seite konnten gleichermaßen bedeutende und messbare ökonomische Gewinne erzielen.
- **Obwohl der Zeitraum vor dem EU-Beitritt Polens zwischen 1990 und 2003 von einem erheblichen Ungleichgewicht des Handelsbilanzsaldos** zugunsten Deutschlands geprägt war, dessen entwickelte Industrie von einem aufnahmefähigen polnischen Markt profitieren konnte, nivellierte die gemeinsame Mitgliedschaft in der EU dieses Ungleichgewicht deutlich. Daraus folgten historische Rekordwerte für den Handelsaustausch zwischen beiden Ländern.
- **Mit diesen Ergebnissen rangiert Polen unter den zehn größten Handelspartnern Deutschlands und belegt den Spitzenplatz in Osteuropa** (Es ließ dabei sogar Russland hinter sich!). Umgekehrt belegt Deutschland beim polnischen Export Platz eins. Waren im Rekordwert von 25% der gesamten polnischen Exportgüter gelangen so auf den deutschen Markt.
- **Trotz der globalen Wirtschaftskrise der Jahre 2008-2009 haben sich die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen allgemein nahezu ausschließlich positiv entwickelt** und selbst nach kurzzeitig leichter Verschlechterung wieder rasch das Niveau der Jahre vor der Krise erreicht. Dies zeugt von der Stabilität der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen und davon, dass beide Länder weitestgehend von der Krise verschont blieben. Sehr positiv nahm man in Deutschland auf, dass Polen im Jahr 2009 als einziges

EU-Land nicht von einem Negativwachstum betroffen war. Dies trug zu einer positiven Wahrnehmung Polens seitens der politischen und wirtschaftlichen Eliten Deutschlands bei.

- **Dank der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen hat sich das Ansehen der polnischen Wirtschaftskraft in Deutschland im Laufe der Jahre stark verbessert. Das bekannte Bild der "Polnischen Wirtschaft" wird nicht mehr mit Unordnung gleichgesetzt, sondern steht heute für Entwicklung und Erfolg. Jedoch bleibt das größte Hindernis, auf das polnische Unternehmen in Deutschland heute stoßen, die Wahrnehmung der Marken aus Polen als schlechter und vergleichsweise geringwertiger**. Daher akquirieren viele polnische Firmen deutsche Hersteller, um das Problem zu umgehen. Der Gesamtwert solcher Investitionen steigt mit dem wachsenden Kapitalwert der polnischen Unternehmen und der Weiterentwicklung ihrer Erzeugnisse und Dienstleistungen.
- **Deutsche Unternehmen gehörten während des gesamten letzten Jahrzehnts zu den führenden Firmen, gemessen an dem in Polen investierten Kapital**. Ende 2012 waren dort über 6.300 Firmen mit deutschem Kapital aktiv. Das Investitionsvolumen betrug über 25 Mrd. Euro oder 16,9% des gesamten Auslandskapitals. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es sich hierbei um mittlere Investitionen handelt, die sich nicht auf einige Großkonzerne beschränken, sondern sich auf viele mittlere und kleine Unternehmen verteilen.
- Die meisten deutschen Direktinvestitionen in Polen haben einen Outsourcing-Charakter. Viel seltener sind die ungemein wertvollen Forschungs- und Entwicklungszentren oder Produktionsbetriebe zu finden, die über ein Investitionsvolumen größeren Maßstabs verfügen. Eine solche Struktur birgt das Risiko einer schnellen Verschiebung nach geographischen Gesichtspunkten (z.B. weiter in Richtung Osten), sobald die makroökonomischen Bedingungen für das gegebene Unternehmen nicht mehr als optimal wahrgenommen werden.
- **Obwohl polnische Investitionen in Deutschland schnell wachsen und auf dem deutschen Markt geschätzt werden, fallen sie im Gesamtvolumen noch immer viel geringer aus als deutsche Investitionen in Polen.** Dieses Größenverhältnis wird sicher noch weitere Jahre bestehen bleiben, daher sollte eine Nivellierung dieses Ungleichgewichts angestrebt werden.

Gemeinsame Zukunft – Herausforderungen und Erwartungen

Aus den bisherigen Erfahrungen und Beobachtungen lassen sich einige Thesen bezüglich der weiteren Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftskontakte zwischen Deutschland und Polen formulieren:

- **Die europäischen Strukturen, der einheitliche Markt und die geographische Nachbarschaft werden auch im kommenden Jahrzehnt weiterhin als begünstigende Faktoren im Sinne einer Verstärkung und Erweiterung der wirtschaftlichen Verbindungen wirken.** Sie werden die Kontakte auf der gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Ebene mehren und somit zu einem Anstieg der Handelsumsätze und zur Steigerung der Direktinvestitionen beitragen. Diese Tendenz wird einerseits durch die wachsende Kapitalposition polnischer Unternehmen angetrieben, die weiterhin ihre Chancen auf dem großen, vielversprechenden deutschen Markt suchen werden; und der wachsende Wohlstand der polnischen Gesellschaft wird sich in einer steigenden Kaufkraft niederschlagen. Andererseits wird der Anstieg des deutschen Prokopfeinkommens nicht nur zu einem Anstieg des polnischen Exports führen, sondern ebenso deutsche Unternehmen, die vielfach einen Kapitalüberschuss haben und stark exportbereit aufgestellt sind, davon überzeugen, weiterhin in die immer attraktiver werdende polnische Wirtschaft zu investieren.
- **Trotz des Rückgangs polnischer Exporte nach Deutschland in den letzten Jahren, der zurückzuführen ist auf einen steigenden Handelsaustausch mit anderen Ländern vor allem außerhalb der EU, bleibt die Position Deutschlands als wichtigster Handelspartner auch im kommenden Jahrzehnt unangefochten.** Das Spektrum der Handelsbeziehungen, ihr Volumen sowie der Kostenvorteil, der sich aus der geographischen Nähe ergibt, sind zu günstig, als dass sich diese inzwischen so positiv ausgebildeten Strukturen innerhalb weniger Jahre radikal veränderten.
- **Laut Schätzungen von Ökonomen könnte ein Anstieg des deutschen Prokopfeinkommens um lediglich ein Prozent das Wachstum des polnischen Exports nach Deutschland um 3 bis 4 Prozent steigern**. Zudem werden polnische Unternehmen, die über zunehmende Kapitalmöglichkeiten verfügen, immer offensiver die Gelegenheit zur Fusion oder zur Übernahme jenseits der Oder ergreifen, um ihre

Präsenz auf dem deutschen Markt wirksamer auszuweiten. Trotz einer wirtschaftlichen Verlangsamung steigt die Zahl solcher Transaktionen auf dem deutschen Markt von Jahr zu Jahr; diese Tendenz wird sich in den kommenden Jahren aller Erwartung nach fortsetzen.

- **Ein Problem bleibt die Wahrnehmung. Das allgemeine Ansehen Polens auf gesellschaftlicher oder gar politischer Ebene ist um einiges positiver als – wirtschaftlich betrachtet – die Beliebtheit seiner Produkte am deutschen Markt. Die Entwicklung des positiven Erscheinungsbildes eines Markenzeichens "Made in Poland" wird aller Voraussicht nach noch einige Zeit auf sich warten lassen.** Dies erfordert auch das Engagement seitens staatlicher, regierungsunabhängiger und privater Akteure. Aufgrund der Erfahrungen polnischer Unternehmer, auch derer, die weltweit Erfolg haben, ergibt sich, dass die Qualität des Produkts oder der Dienstleistung allein nicht immer ausreicht. Ein komplementäres, langfristiges Marketing ist vonnöten, dessen Ziele es sein müssen, das Polnische als Markenzeichen herauszustellen und ihm ein höherstufiges Image zu verschaffen, so dass Polen nicht nur als "Zulieferer" für die deutsche Wirtschaft gesehen wird. In Anbetracht der Vorteile, die beide Länder aufgrund der Entwicklung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen haben, sind hier Aktivitäten beider Regierungen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gefragt. Die für Polen gegenwärtig günstige Situation, wonach eine graduelle, wenn auch nur langsame Verbesserung der Wahrnehmung der polnischen Wirtschaft stattfindet, sollte auch polnische Investoren dazu ermutigen, unter polnischen Firmennamen aufzutreten, was auf lange Sicht die Überzeugung der Deutschen vom Markenzeichen "Made in Poland" nach sich ziehen sollte.
- **Eine Herausforderung bleibt die Struktur deutscher Direktinvestitionen in Polen, da sich Firmen häufig "nicht zwingend langfristig" im östlichen Nachbarland niedergelassen haben, insofern Investitionen heutzutage zum Teil leicht rückgängig gemacht bzw. an andere Standorte verlagert werden können.** Um einem möglichen zukünftigen Abfluss deutscher Investitionen entgegenzuwirken, sollten Bemühungen unternommen werden, um weitere Forschungs- und Entwicklungszentren anzuziehen, die ein technologisches und wirtschaftliches Ökosystem rund um die Produktionsbetriebe schaffen

und somit als stärkere Investitionsanker in Polen wirken. In diesem Zusammenhang erfreulich sind die Zuwächse an reinvestiertem Kapital der in Polen ansässigen deutschen Unternehmen. Denn diese sind ein positives, Hoffnung spendendes Anzeichen für ein zu konstatierendes deutsches Umdenken gegenüber dem polnischen Markt. Das zehnte Jubiläum des polnischen EU-Beitritts sollte die Entscheidungsträger zur Reflexion darüber anhalten, wie das Potential des polnischen Marktes gesteigert werden kann, um die Attraktivität dieses Standortes für Investoren weiterhin zu verbessern und die Struktur der Direktinvestitionen in Polen zu modernisieren.

- **Wie aus Umfragen hervorgeht, würde sich ein Großteil der deutschen Investoren, die schon in Polen präsent sind, nochmals vor die Wahl gestellt abermals für diesen Standort bzw. Markt entscheiden. Die Wahrnehmung Polens als wirtschaftlich attraktives Land ist allerdings nicht immer so stark ausgeprägt, legt man die Bewertung zugrunde, die deutsche Unternehmer dem Standort insgesamt geben.** Daher liegt die Schlussfolgerung nahe, dass weiterhin Wirtschaftskontakte geknüpft werden sollten, um deutsche Investitionen jenseits der Oder zu fördern, da dies die beste Methode ist, um Polen gegenüber vorhandene Mythen und Stereotype zu durchbrechen. Zudem scheint der historische Moment dafür sehr günstig zu sein. Da die deutsche Industrie stark auf den Export ausgerichtet ist und dank der Investitionen in asiatische Märkte Rekordergebnisse erzielt, ist ausreichend Kapital vorhanden, das es dem Land erlaubt, Investitionen gemäß der Logik von Kostensenkungen zu tätigen und dennoch zugleich auf die Bewahrung und Förderung "europäischer" Qualitätsstandarts zu achten. Gleichzeitig müssen die polnischen Produzenten, die ihre Kapitalkraft vergrößern möchten, durch fortwährende Investitionen und Innovationen ihre Position im Rahmen der bilateralen wie globalen Produktionskette stärken, was wiederum zu einer höheren Qualität der angebotenen Waren und Dienstleistungen beitragen wird. Dadurch wird sich deren Rentabilität und – in der weiteren Perspektive – zugleich auch deren Wahrnehmung verbessern.
- **Eine Frage, die im kommenden Jahrzehnt zu beantworten sein wird, ist diejenige nach dem Beitritt Polens zur Eurozone,** der in bedeutendem Maße die wirtschaftliche Zusammenarbeit

vereinfachen und sich positiv auf die Handelsdynamik auswirken würde. Eine polnische Wirtschaft, die außerhalb der Eurozone verbleibt, wird kein gleichberechtigter Partner für die deutsche Wirtschaft sein. In Anbetracht der Probleme in der Eurozone, die eine Entscheidung über das Beitrittsdatum erschweren, ist es dennoch wichtig, die Anpassungsprozesse zu beschleunigen, um die makroökonomischen Kriterien zu erfüllen, die die Einführung des Euro ermöglichten. Die endgültige politische Entscheidung über den Beitritt zur Eurozone werden die Verantwortungsträger in Polen aber an die Bedingungen und Umständen – sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen – knüpfen, die zum betreffenden Zeitpunkt in der Eurozone herrschen werden.

Aus dem Polnischen: Anna Schlögel

Mehr zum Thema der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen in folgenden Publikationen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten:

- Agnieszka Łada, Floskeln oder Fakten? Polen und Deutschland auf dem Weg zu Polens Euroeinführung, Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Warschau 2013. (pln., dt.)
- Polen-Tschechien-Deutschland. Gegenseitige Beziehungen/Zusammenarbeit/Entwicklung (*Polska – Czechy – Niemcy. Wzajemne relacje/współpraca/rozwój*), Future Fuelled by Knowledge, Blatt 6, PKN Orlen, Warschau 2013. (pln., eng.)

Agnieszka Łada

GEMEINSAM IN DER EUROPÄISCHEN UNION – DIE VERBESSERUNG DER GEGENSEITIGEN WAHRNEHMUNG

Die Situation vor dem EU-Beitritt Polens

Das Bild Polens und der Polen in der Bundesrepublik und die Ansichten der Polen gegenüber den Deutschen haben sich über die Jahre verändert. Nach einer Studie des polnischen Zentrums für Meinungsforschung (Centrum Badania Opinii Społecznej, CBOS), durchgeführt im März 1990, gaben 69% der Befragten an, dass sie sich durch die Deutschen persönlich bedroht fühlen, 85% meinten, dass nach der deutschen Wiedervereinigung Polen einer größeren Gefahr ausgesetzt ist. Auch in den darauf folgenden Jahren konnte dieses Gefühl der Unsicherheit nicht gänzlich abgebaut werden. Im Zuge der Beitrittsverhandlungen fürchtete man sich beispielsweise davor, dass Vertriebenenverbände dem Beitritt Polens zur EU schaden könnten und nach dem EU-Beitritt massenhaft Land in Polen aufkaufen würden. Die Deutschen befürchteten eine Flut billiger Arbeitskräfte aus Polen. Jedoch waren die Deutschen die glaubhaftesten Fürsprecher bei den Bemühungen Polens um Aufnahme in die Europäische Union, was von den Polen wahrgenommen und gewürdigt wurde. Sympathie und Vertrauen im Verhältnis zu den Deutschen wuchsen.

Die Entwicklung im Laufe der letzten zehn Jahre

Auf die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Deutschen haben sich in den letzten Jahren verschiedene Faktoren ausgewirkt. Die wichtigsten unter ihnen sind Folgende:

- **Die Geschichte, die beide Gesellschaften verbindet:** Deutsch-polnische Auseinandersetzungen, die Grenzverschiebung, die preussische Besatzung, die Germanisierung, und schließlich der Zweite Weltkrieg und die Verbrechen der Nationalsozialisten in Polen haben nicht nur das Bild der Deutschen in Polen beeinflußt, sondern auch das Bild der Polen in Deutschland. Im Lauf der Geschichte,

angefangen mit der Politik Preussens im 18. Jahrhundert, vermittelten deutsche Herrscher ein Bild von Polen als schwachem Staat – ein Land der Unordnung, eine unterentwickelte Wirtschaft, Menschen zweiter Klasse –, in dem die Deutschen ihre Ordnung herstellen müssten. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg trug die Aufteilung in zwei politische Blöcke zu einer weiteren Vertiefung des Misstrauens, der Unkenntnis und zur Verbreitung stereotyper Meinungen bei. Die Westdeutschen sahen in Polen einen armen Nachbarn, dem nach 1989 Hilfe bei Reformen und bei der Aufnahme in die NATO und die EU zuteil werden müsse. Dies geschah nicht nur aus dem Gefühl historischer Verantwortung heraus, sondern auch aus pragmatischer politischer und ökonomischer Berechnung. Das dabei entstehende Bild des "kleinen Bruders", auf den von oben herabgeschaut wird, manchmal kritisch, manchmal mit einem Augenzwinkern, erlaubte nicht den Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen. Heute, da sich beide Länder in der Europäischen Union befinden, nehmen die gegenseitigen Beziehungen zunehmend den Charakter einer Partnerschaft an; es bestehen jedoch immer noch Unterschiede in den Potenzialen.

- **Die Beziehungen auf der internationalen Bühne, und wie sie in der Medienberichterstattung erscheinen:** In der Europäischen Union stehen die Regierungen beider Länder bei wichtigen Entscheidungen meist auf einer Seite. Die Rolle Polens in Europa, obwohl noch nicht der Eurozone beigetreten, wächst, und die polnische Ratspräsidentschaft im Jahr 2011 wurde positiv bewertet. Diese Tatsache ist jedoch vor allem den Eliten bewußt. Seitens der Gesamtbevölkerung werden die politischen Beziehungen zumeist nur dann wahrgenommen, sofern sie sich auf Regierungsebene atmosphärisch verschlechtern und es zu Konflikten kommt.
- **Die wirtschaftliche Lage:** Die Deutschen sind seit Jahren der wichtigste Wirtschaftspartner Polens, was sich sowohl auf die Kenntnis der wirtschaftlichen Lage als auch auf das gegenseitige Kennenlernen auswirkt. Der – im Vergleich zu manch anderen Ländern in der EU – stabilen Wirtschaft Polens wird in Deutschland zunehmend Achtung gezollt. Die sprichwörtliche "polnische Wirtschaft" verbinden die deutschen wirtschaftlichen Eliten nicht mehr mit Chaos, Unwirtschaftlichkeit und fehlender Planung; vielmehr wird sie heute als ein Synonym für Wirtschaftswachstum und erfolgreiche

Reformen gesehen. In den deutschen Medien werden regelmäßig Daten zur guten wirtschaftlichen Entwicklung des östlichen Nachbarn veröffentlicht, und deutsche Unternehmer beurteilen Polen wiederholt in Umfragen als für Investitionen sehr attraktiven Markt.

- **Die persönlichen Kontakte:** Seit 1989 ist das Netz deutsch-polnischer Beziehungen ständig gewachsen, und es gab Gelegenheit, viele negative Einschätzungen über Polen zu überdenken, die in Deutschland nicht erst seit Jahrzehnten, sondern seit Jahrhunderten kursieren. Die Polen andererseits lernen heute ein anderes Deutschland kennen als das aus den Witzen, die in Polen bis in die 1980er Jahre verbreitet waren. Der Jugendaustausch, Studenten des Erasmusprogramms, Städtepartnerschaften, die Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen ermöglichen täglich tausende deutsch-polnische Kontakte. Der Beitritt Polens zur EU und später zur Schengenzone erleichterte zudem grenzüberschreitende Kontakte. Sie reichen von der Arbeits- und Wohnungssuche, über Einkäufe auf der anderen Seite der Grenze bis zum Schulbesuch der Kinder im Nachbarland.
- **Die Kriminalität im deutschen Grenzraum:** Meldungen über Autodiebe und den Diebstahl von Landmaschinen nahe der Grenze stellen die Polen in sehr schlechtem Licht dar. Tatsächlich ist seit den 1990er Jahren, als es zu einem Höchststand bei diesen Delikten kam, beispielsweise in Brandenburg ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Auch im Vergleich mit dem Jahr vor dem EU-Beitritt ist die Zahl der Diebstähle im Grenzraum allgemein zurückgegangen – und das schneller als im gesamten Bundesland Brandenburg; doch sind sie relativ gemessen immer noch im Grenzraum auf einem höheren Niveau als in anderen Teilen Brandenburgs. Fakt ist jedoch, dass mit dem Beitritt zum Schengenraum und dem Aussetzen der Grenzkontrollen eine Zunahme an Diebstählen von Fahrzeugen und Landmaschinen, sowie Einbrüchen in Garagen zu verzeichnen ist, was die Einstellung der Deutschen Polen gegenüber sehr negativ beeinflusst.
- **Die polnischen Arbeitnehmer in Deutschland:** Die Polen arbeiteten in Deutschland zu Beginn hauptsächlich als Saisonarbeiter. Erst 2011 kam es zur vollständigen Öffnung des Arbeitsmarktes. Die langanhaltenden Sorgen vor der Flut polnischer Arbeiter nach Deutschland haben sich nicht bewahrheitet. Die Polen sind momentan gefragte Arbeitskräfte

– nicht nur in der Landwirtschaft und im Niedriglohnsektor. Dank der Anwesenheit von Polen, die in Deutschland arbeiten, haben Deutsche, die nicht nach Polen fahren, zudem bessere Gelegenheiten, mit dem "Polentum" in Kontakt zu kommen.

Gegenseitige Kontakte und Informationsquellen

Die Polen beziehen ihr Wissen über Deutschland heute vor allem aus den Medien, aber persönliche Kontakte sind weiterhin eine wichtige Informationsquelle. Fast ein Drittel der Polen war seit 1990 bereits in Deutschland (30%). Beinahe jeder zehnte Pole (9%) fährt regelmäßig – einmal oder mehrere Male im Jahr – dorthin. Ein Drittel der Polen (34%) hat Verwandte oder Bekannte in Deutschland. Jeder Fünfte verweist auf sporadische Kontakte mit Deutschen, die in Deutschland leben (19%), und 16 % haben deutsche Verwandte oder Bekannte in der Bundesrepublik. Zu einer zunehmend wichtigen Informationsquelle ist das Internet geworden (25%).

Die Deutschen beziehen ihr Wissen über Polen heute überwiegend aus dem Fernsehen (55%) und der Presse (33%), weniger über das Internet (10%). Ein Viertel der Deutschen war seit 1989 in Polen (24%). Am häufigsten fahren die Bewohner der ostdeutschen Bundesländer zu den Nachbarn jenseits der Oder. 17% der Deutschen haben polnische Bekannte in Polen, während 7 % der Deutschen in Deutschland polnische Bekannte haben.

Assoziationen mit dem Nachbarland und seiner Bevölkerung

Die häufigsten Assoziationen, die die Polen mit dem Wort "Deutschland" verbinden, beziehen sich vor allem auf die Geschichte – im besonderen Maße auf den Zweiten Weltkrieg, aber auch auf die Zeit der polnischen Teilungen und die Germanisierung in früheren Jahrhunderten. Sie machen ein Viertel (25,2%) aller angegebenen Assoziationen aus. Jeder fünfte Pole (20,1%) nimmt Deutschland als ein Land des Wohlstands wahr. Diese Gruppe nennt vor allem Begriffe, die einen hohen Lebensstandard, gute Gehälter und den allgemeinen Wohlstand beschreiben. In der weiteren Reihenfolge sehen die Polen Deutschland als ein Land der Sauberkeit und der Regeltreue, in dem Disziplin, Genauigkeit,

Zuverlässigkeit, Gewissenhaftigkeit, Verbindlichkeit, Rechtstreue, Sittenstrenge, Redlichkeit, Fleiß und Unternehmergeist herrschen (die Hälfte aller Assoziationen dieser Kategorie – 5,7%).

Vor dem Beitritt erschien Deutschland den Polen – häufiger als gegenwärtig – als ein Land des Wohlstands, der Ordnung und der Regeltreue. Verbunden war dies mit der generellen Überzeugung von einer entschieden besseren materiellen Situation, der besser funktionierenden Wirtschaft und der Verwaltung im Westen. Deutschland stellte in den Augen der Polen nahezu die Verkörperung dieses Modells dar und galt gleichzeitig als ein Vorbild, dem sie nacheifern wollten.

Die Deutschen assoziieren Polen und seine Bevölkerung hauptsächlich mit Aspekten des Alltagslebens, darunter insbesondere mit dem Bereich Arbeit (40% aller Assoziationen). Dies ist eine Tendenz, die seit Jahren unverändert ist. Die zahlenmäßig größte Kategorie im Bereich Alltagsleben betrifft die Kriminalität. Dabei werden Autodiebstähle, Korruption sowie die illegale Überführung von Waren über die Grenze genannt. Die zahlreichen Nennungen dieser Art zeigen, dass das Stereotyp vom Polen als Dieb in Deutschland noch immer sehr verbreitet ist. Dieses Vorurteil stammt noch aus den 1990er Jahren, in denen plumpe Witze über Polen diese als Diebe brandmarkten. Diese traditionell verbreitete, üble Darstellung der Polen in Deutschland sowie emotionale, geradezu erhitzte Reaktionen aus Polen hierauf, die gewissermaßen zur weiteren Verbreitung dieser Witze ihrerseits anregten, führten dazu, dass diese Assoziationen im Gedächtnis der Deutschen haften blieben. Diese Eindrücke werden angesichts hoher statistischer Werte im Bereich Grenzkriminalität sowie zwischenzeitlich sogar noch gestiegener diesbezüglicher Zahlen nach dem Beitritt Polens zum Schengener Abkommen bestätigt. Das negative Bild wird zu großen Teilen auch heute noch in den deutschen Medien bestärkt, die in schrillen Farben einzelne Vorfälle und zweifelsohne als Tragödie zu bewertende Situationen von Einzelpersonen beschreiben, und dabei weder konsequent auf die steigende Anzahl an Festnahmen von Straftätern noch auf die sinkenden Zahlen bezüglich einiger Delikte hinweisen. Zudem suggerieren Journalisten oftmals – unabhängig davon, wer tatsächlich eine begangene Straftat verübt hat –, dass es sich um Täter aus Polen handeln müsse, da das gestohlene Fahrzeug in diese Richtung weggefahren sei. All das führt dazu, dass Polen fortgesetzt mit Kriminalität assoziiert werden.

Eine zunehmend größere Rolle nehmen Assoziationen bezüglich der polnischen Landschaft, der Regionen und Städte ein. Ein Rückgang ist bezüglich der Gruppe von Assoziationen zu bemerken, die die Geschichte betreffen. Die Zahl der Assoziationen, die sich auf die Situation in Polen beziehen (Wirtschaft, Landwirtschaft), geht in ähnlichem Maße zurück.

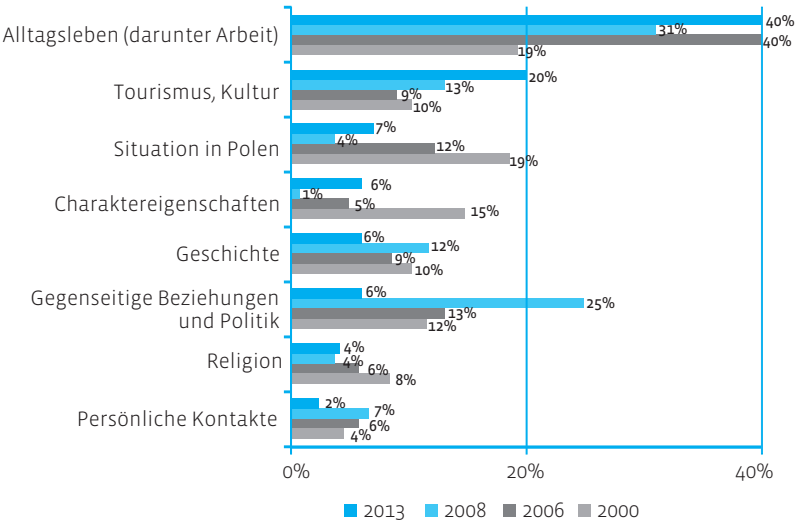

Abbildung 1. Womit verbinden die Deutschen Polen? Vergleich der Antworten aus den Jahren 2000, 2006, 2008 und 2013.

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2006, 2008 und 2013.

Frage: "Was fällt Ihnen ein, wenn Sie die Begriffe "Polen" oder "die Polen" hören?"

Das Bild des Nachbarlandes

Das Bild Deutschlands in Polen ist seit Jahren sehr gut. Die Bewertungen in diesem Zusammenhang sind bereits seit Jahren sehr positiv. Im Laufe der Jahre waren in keinen Umfragekategorien zu diesem Thema sprunghafte Verbesserungen zu verzeichnen.

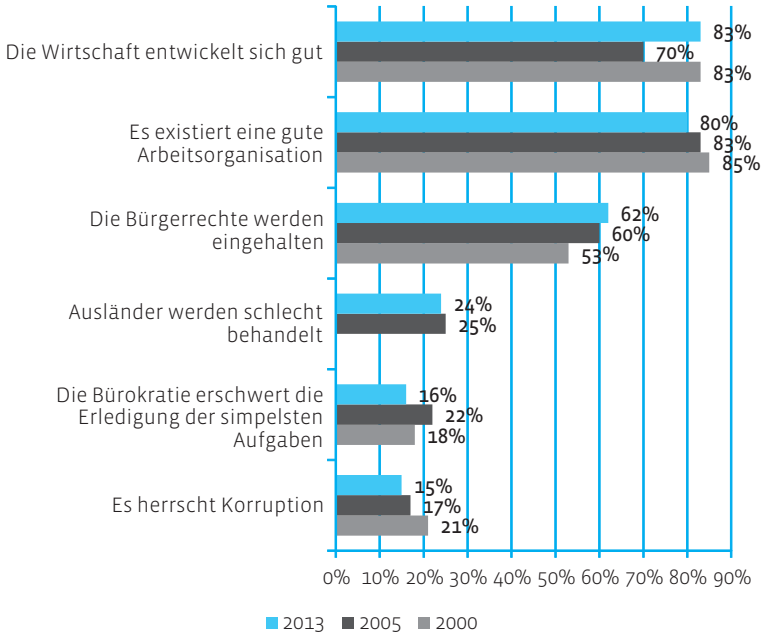

Abbildung 2.
Das Funktionieren von Deutschland als Staat nach polnischer Einschätzung, 2000, 2005 und 2013.

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2005 und 2013.

Bei der Bewertung des polnischen Staates lassen sich in der deutschen Gesellschaft seit einigen Jahren keine bedeutenden Veränderungen feststellen. Die Bewertungen fallen jedoch bedeutend weniger positiv aus als die Meinungen der Polen über Deutschland. Wie bereits seit Jahren festzustellen ist, gibt die Hälfte der Befragten an, dass in Polen Korruption herrscht. Ein Drittel meint, dass die Bürokratie simpelste Angelegenheiten erschwert. Auch der Anteil positiver Einschätzungen betreffend den Zustand des politischen Systems, die Einhaltung der Bürgerrechte sowie die Rechte nationaler Minderheiten oder zur vorhandenen parlamentarischen Demokratie unterlag jüngst keinen Schwankungen. Dass die positive Meinung der Deutschen auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau verbleibt, bekümmert etwas. Diese hier abgefragten Eigenschaften einer parlamentarischen Demokratie sind typische Zeichen eines gesunden demokratischen Systems. Die mangelnde Wahrnehmung der Veränderungen in Polen zeugt davon, dass die Deutschen Polen nach wie vor auf der Grundlage ausgeprägter Stereotype sehen, ihre Überzeugungen, die sich über viele Jahre hinweg herausgebildet haben, noch nicht revidiert haben und nicht über ausreichendes Wissen über die aktuelle Situation verfügen.

Zugenommen hat hingegen der Anteil positiver Beurteilungen der wirtschaftlichen Entwicklung Polens (40%). In diesem Zusammenhang zeichnen sich in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung ähnliche Tendenzen ab, wie in den Reihen der deutschen Eliten, die in den letzten Jahren den Zustand der polnischen Wirtschaft loben. Mit Sicherheit sind weitere Maßnahmen angebracht, zu diesem Thema in Deutschland weiter breit zu informieren, da Wirtschaftsfragen in der Bundesrepublik besonderes Interesse entgegengebracht wird. Die guten Ergebnisse erfreuen deshalb. Umso mehr bleibt zu wünschen, dass die deutsche Anerkennung der guten Arbeitsorganisation in Polen schneller wächst als bisher.

Seit Jahren vermag ein Drittel der befragten Deutschen nicht, zu Polen Stellung zu beziehen. Das zeigt sehr deutlich das fehlende Wissen über die Situation in Polen.

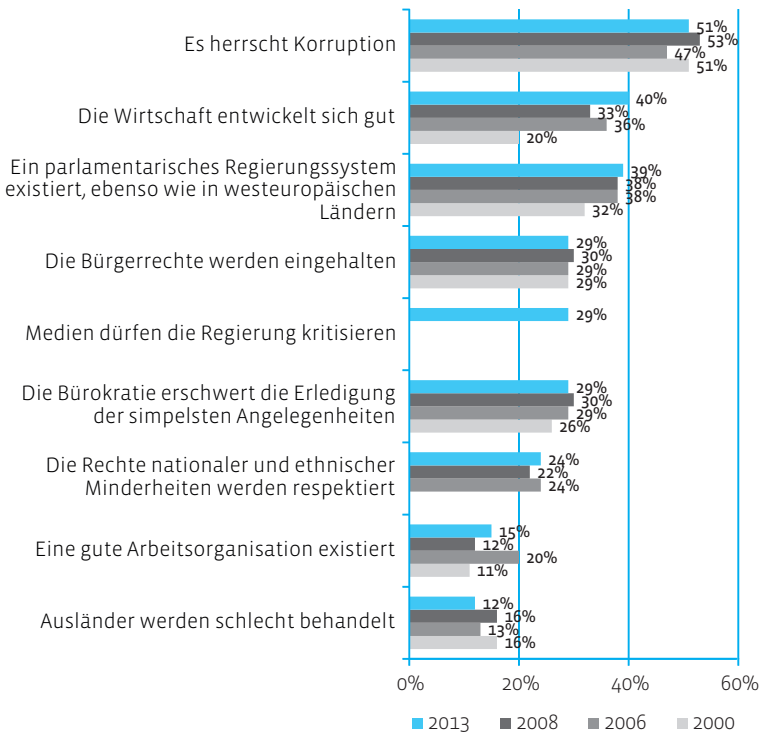

Abbildung 3. Das Funktionieren von Polen als Staat nach deutscher Einschätzung, 2000, 2006 und 2013.

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2006, 2008 und 2013.

Gegenseitige Sympathie und Akzeptanz

Die Sympathie der Polen gegenüber den Deutschen wächst stetig. Momentan empfindet fast die Hälfte der Polen den Deutschen gegenüber Sympathie. Dennoch finden die Polen Tschechen, Franzosen oder Amerikaner sympatischer.

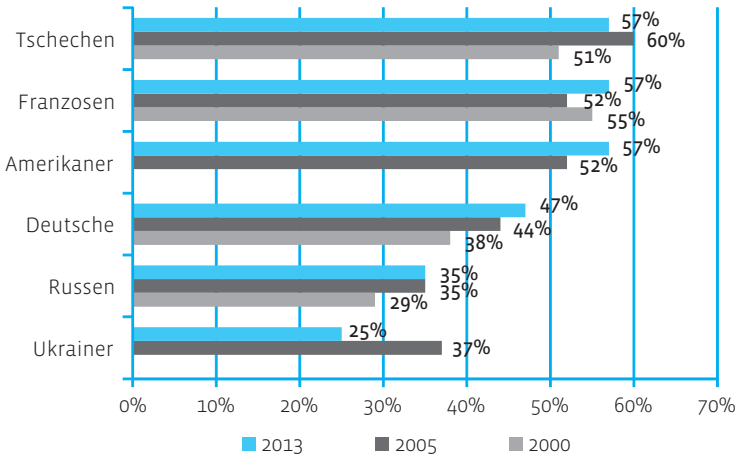

Abbildung 4. Beziehungen der Polen zu einzelnen Nationalitäten – Sympathiewerte von 2000, 2005 und 2013.

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2005 und 2013.

In den letzten Jahren ist zugleich die Abneigung gegenüber den Deutschen sehr deutlich gesunken. Im Jahr 2000 bekundete noch jeder vierte Pole Abneigung gegenüber den Deutschen (24%); aktuell liegt der diesbezügliche Wert bei lediglich 16%.

Die Sympathiebekundungen der Deutschen gegenüber den Polen sind vom Niveau her seit Jahren kaum Schwankungen unterworfen. Meist wählen die Befragten mittlere Werte auf einer Skala von 1 bis 5 (wobei 1 gleichbedeutend ist mit großer Sympathie, 5 mit Abneigung). Sympathie bekundeten vor dem polnischen EU-Beitritt beinahe genauso viele Deutsche (31% im Jahr 2000) wie derzeit (28% im Jahr 2013). Die **Abneigungsbekundungen fielen** dagegen von 24% im Jahr 2000 bzw. 29% im Jahr 2006 auf 17% im Jahr 2013.

Polen akzeptieren Deutsche in allen gesellschaftlichen Rollen. Die Akzeptanz ist sehr hoch und in den letzten Jahren sogar noch gestiegen. Der Anstieg der Akzeptanz seit dem EU-Beitritt Polens (bedeutender noch im Vergleich zum Jahr 2000) ist besonders groß, teilweise sogar riesig.

Daraus lassen sich eine Annäherung der beiden Gesellschaften sowie eine immer größere Offenheit der Polen gegenüber den Deutschen ablesen.

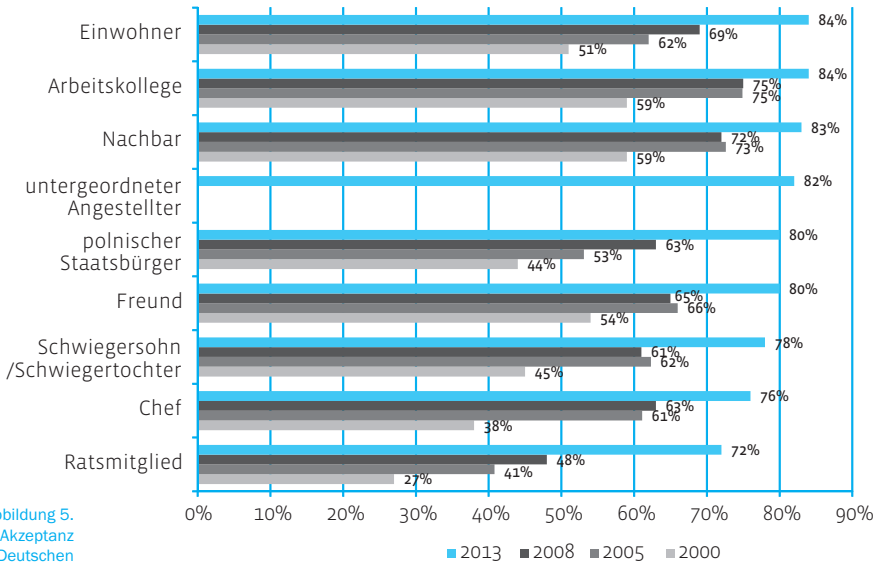

Abbildung 5. Polnische Akzeptanz von Deutschen in verschiedenen Gesellschaftsrollen, 2000, 2008, 2005 und 2013.

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2005, 2008 und 2013.

Der Grad der deutschen Akzeptanz von Polen in allen untersuchten Gesellschaftsrollen überwiegt eindeutig gegenüber dem Grad der Ablehnung. Die deutsche Akzeptanz von Polen veränderte sich in den letzten Jahren abhängig von konkreten gesellschaftlichen Rollen.

Während sich die Akzeptanz eines Polen als Einwohner oder Staatsbürger stark verbessert hat, fehlt zur Akzeptanz als Nachbar kaum noch etwas. Hingegen sank die Akzeptanz der Polen als Freunde, Mitarbeiter, Vorgesetzte, Schwiegersohn oder Schwiegertochter gegenüber den Anstiegen in den Jahren 2006 und 2008. Dies ist vermutlich verbunden mit der in Deutschland allgemein zunehmenden Ablehnung von Ausländern und steht in Verbindung mit ähnlichen Tendenzen in ganz Westeuropa.

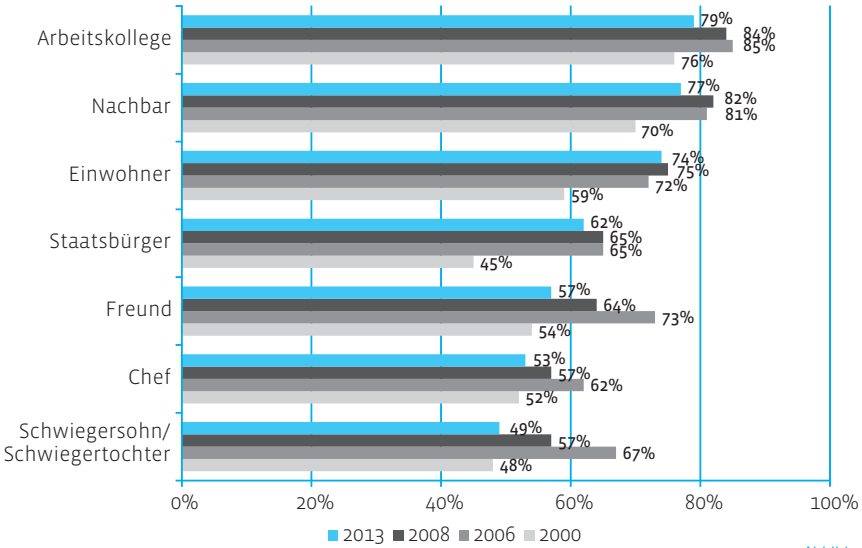

Abbildung 6.
Deutsche Akzeptanz von Polen in verschiedenen Gesellschaftsrollen, 2000, 2008, 2005 und 2013.

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2006, 2008 und 2013.

Die Polen akzeptieren die Deutschen in allen gesellschaftlichen Rollen; diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren verstärkt – in einigen Fällen in bedeutendem Maße (Anstieg von 5 auf 29%). Dieses Phänomen ist neu. Noch vor dem EU-Beitritt waren es die Deutschen, die eher einen Polen in der Rolle als Mitarbeiter, Nachbar, Einwohner, Chef, als Schwiegersohn bzw. Schwiegertochter oder auch als Gemeinderatsmitglied akzeptiert haben. Mit ähnlicher Akzeptanz hingegen betrachteten sich schon damals Deutsche und Polen gegenseitig in den Rollen als Staatsbürger oder Freund.

Gleich nach dem EU-Beitritt stieg die Akzeptanz auf der deutschen Seite. Erst in den letzten Jahren öffneten sich die Polen gegenüber den Deutschen in dem Maße, dass die Akzeptanz in den meisten gesellschaftlichen Rollen inzwischen höher auf der polnischen Seite zu registrieren ist. Diese Veränderung ist hauptsächlich mit der gestiegenen Akzeptanz der Deutschen durch die Polen verbunden. Polen kennen Deutschland eindeutig besser als die Deutschen Polen; dementsprechend sind Polen Deutschland gegenüber weniger abgeneigt und können sich ein Zusammenleben mit Deutschen eher vorstellen. Deutsche wissen generell weniger über das Land Polen und sind dementsprechend den Menschen gegenüber skeptischer.

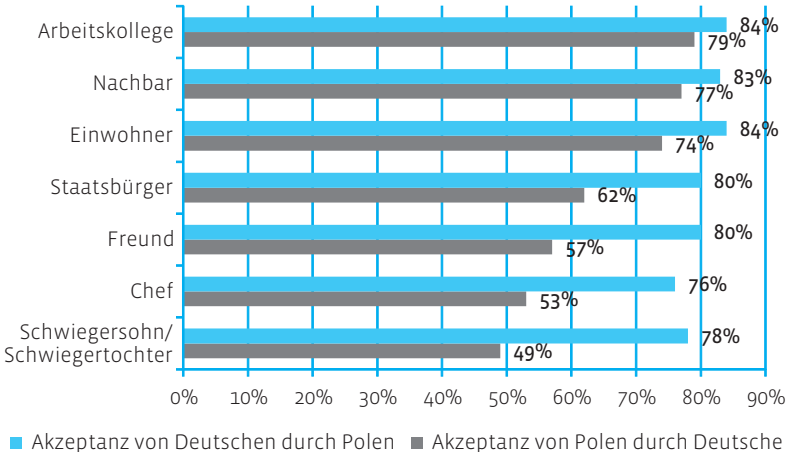

Abbildung 7. Akzeptanz von Deutschen durch Polen und von Polen durch Deutsche in verschiedenen Gesellschaftsrollen 2013.

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2013.

Auf Seiten der Deutschen hat sich die Bewertung polnischer Charaktereigenschaften entschieden verbessert. Gegenwärtig schreiben die Deutschen den Polen viel häufiger Eigenschaften wie

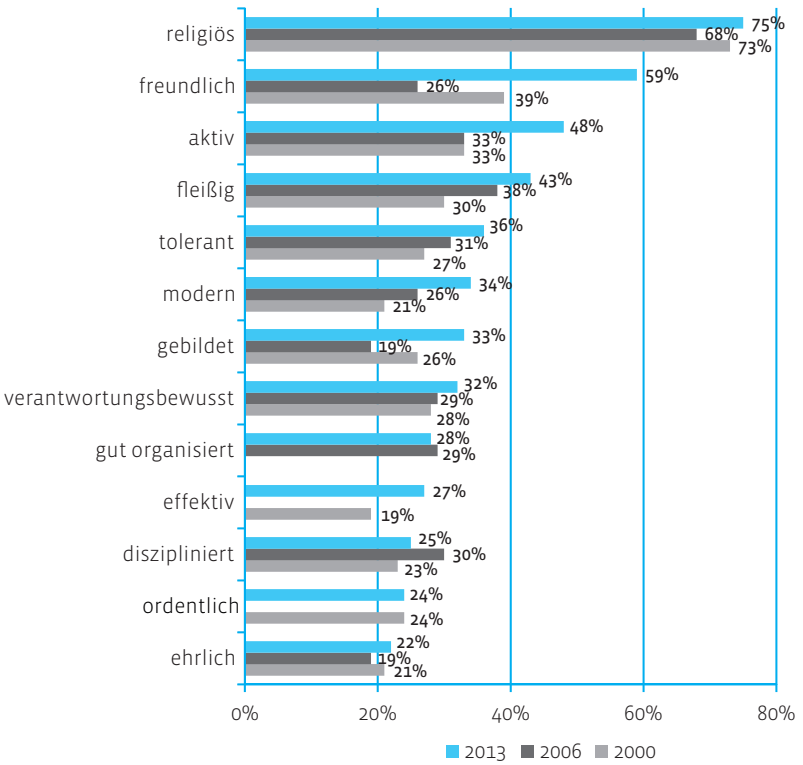

Abbildung 8. Typische polnische Charaktereigenschaften in den Augen der Deutschen, 2000, 2006 und 2013.

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2006 und 2013.

Freundlichkeit (Anstieg gegenüber 2006 um 33 Prozentpunkte), Aktivität (Anstieg um 15 Prozentpunkte), Bildung (Anstieg um 14 Prozentpunkte), Modernität (Anstieg um 8 Prozentpunkte) oder Religiosität (Anstieg um 7 Prozentpunkte) zu. Eine Verbesserung lässt sich fast in jedem Fall feststellen. In einem Bereich – Freundlichkeit – ist sogar eine Verbesserung um 100% zu verzeichnen.

Bewertung der politischen Beziehungen

Ein positives Bild vom Nachbarland und seiner Gesellschaft schafft gute Grundlagen für die Entwicklung der Zusammenarbeit in unterschiedlichen Bereichen, auch der auf höchster Ebene. **Beinahe drei Viertel der Polen (72%) schätzen die deutsch-polnischen Beziehungen als "sehr gut" oder "eher gut" ein.** Dies stellt eine Abnahme gegenüber der hohen Anerkennung dar, derer sich diese Beziehungen vor dem EU-Beitritt Polens erfreuten. In dieser Zeit waren die Deutschen starke Befürworter auf dem Weg zur Integration, worüber die Polen im Allgemeinen bescheid wussten und was sich in den Umfragen niederschlug. In den Jahren 2005 bis 2006 kam es zu einer Abkühlung der Beziehungen, die sich inzwischen wieder einer positiven Bewertung erfreuen.

Die wechselnden Meinungen zum Thema der deutsch-polnischen Beziehungen spiegeln die gesellschaftlichen Reaktionen auf politische Ereignisse wider. Die deutsche Unterstützung der Integration Polens in die EU schlug sich in einer hohen Anerkennung nieder, da die Polen dieser Angelegenheit große Bedeutung beimaßen. Probleme, wie sie sich nach dem EU-Beitritt ergaben (die Ostseepipeline, die Forderungen des Bundes der Vetriebenen, sowie die allgemein schlechte Stimmung auf höchster politischer Ebene), haben zu einer schlechteren Bewertung durch die Polen geführt. Erst mit Bildung der Regierung Tusk (2007) und nach einigen Monaten der aktiven Entwicklung der Beziehungen stellte sich seitens der Polen wieder die Überzeugung ein, dass die Kontakte mit Deutschland gut sind.

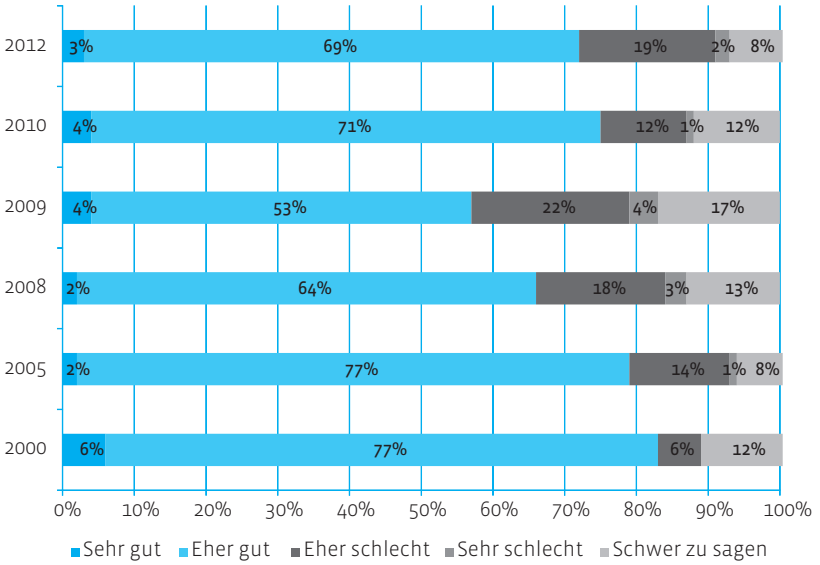

Abbildung 9. Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen durch die Polen, 2000, 2005, 2008, 2009, 2010 und 2012.

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2005, 2008, 2009, 2010 und 2012.

Die Deutschen bewerten die deutsch-polnischen Beziehungen derzeit ebenfalls mit "gut" bis "sehr gut" (70%). Zum ersten Mal seit Jahren beläuft sich der Anteil der positiven Antworten hierzu auf 70% und reicht somit an die Werte auf polnischer Seite heran. Im Vergleich zum Zeitraum vor dem polnischen EU-Beitritt hat sich die Meinung der Deutschen damit stark verbessert.

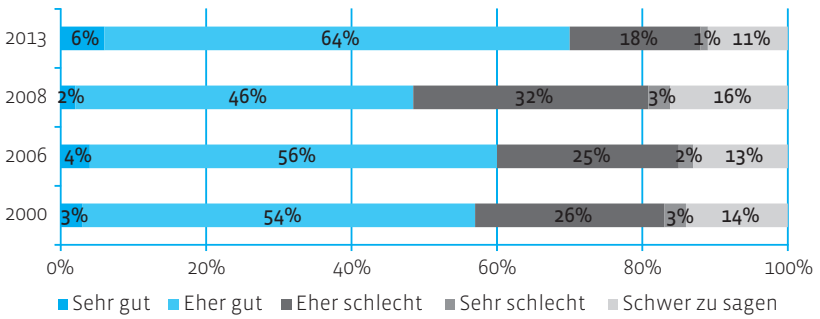

Abbildung 10. Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen durch die Deutschen, 2000, 2006, 2006 und 2013.

Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2006, 2008 und 2013.

Ein gemeinsames Jahrzehnt – Kommentar und Schlussfolgerungen

- **Der Beitritt Polens zur EU hat sich positiv auf die gesellschaftliche Annäherung ausgewirkt.** Dank des EU-Beitritts haben sich mehr Möglichkeiten für deutsch-polnische Kontakte ergeben, was direkten

Einfluss auf die gegenseitige Wahrnehmung hat. Der Beitritt Polens zur EU bedeutete gleichzeitig die Überschreitung einer symbolischen Grenze, die die moderne Welt des Westens vom rückständigen Rest trennte.

- **In der gegenseitigen deutsch-polnischen Wahrnehmung ist seit Jahren ein Missverhältnis zu beobachten.** Die Polen haben ein deutlich besseres Bild von Deutschland als die Deutschen von Polen.
- **Das positive Bild von Deutschland hat sich deshalb nicht wesentlich verändert. Bewertungen betreffend die deutsche Gesellschaft zeigen jedoch Verbesserungen.** Das hängt zusammen mit den verbesserten Möglichkeiten, mit Deutschen in Kontakt zu treten. Diese erlauben es, Stereotype abzubauen. Die Möglichkeiten, einen differenzierteren Blick auf Deutschland zu werfen – nicht nur im Hinblick auf die Geschichte –, tragen ebenfalls zu einer Verbesserung der polnischen Einschätzungen bei.
- **Die Deutschen wissen allgemein wenig über Polen.** Daraus ergeben sich teilweise negative Beurteilungen des Landes beziehungsweise die Unfähigkeit, ein Urteil abzugeben. Langsame positive Verränderungen sind aber sichtbar, vor allem im Kreise der Eliten.
- **Bei den deutschen Beurteilungen ist ein Unterschied zwischen der Bewertung des Staates und seiner Gesellschaft wahrzunehmen** – während sich die Meinungen gegenüber den Polen verbessern, verändert sich das Bild von Polen als Land nicht zum Besseren. Eine Ausnahme bildet die immer bessere Beurteilung der Wirtschaft.
- **Die Einwohner der östlichen Bundesländer haben ein allgemein besseres Bild von Polen.** Diese Veränderung stellte sich mit dem EU-Beitritt Polens ein, der den Einwohnern grenznaher Gebiete häufigere Kontakte mit Polen ermöglichte. Bis 1989 herrschte in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen eine von oben verordnete Freundschaft; doch in der Realität herrschte in beiden Gesellschaften keine besondere Zuneigung füreinander. Die Abneigung wurde, trotz der offiziellen Propaganda, durch das Vorhandensein althergebrachter Vorurteile verstärkt, die auch die Rhetorik der Machthaber prägte. Außerdem beneideten die DDR-Bürger Polen um die im Vergleich zu anderen Ostblockländern relative Freiheit. Nach der Wende waren deshalb die Polen in den neuen Bundesländern nicht besonders

beliebt. Momentan wissen die deutschen Bewohner in Grenznähe die Möglichkeiten billigen Einkaufens und günstiger Dienstleistungen zu schätzen. Ebenso profitieren sie davon, dass sich Polen in verwaisten Regionen der östlichen Bundesländer niederlassen, die von den ehemals dort ansässigen, gebürtigen Einwohnern zurückgelassen wurden. Die Anwesenheit der Polen – insbesondere polnischer Ärzte und Krankenschwestern – bewahrt auf diese Weise Grundschulen und Krankenhäuser vor der Schließung und leere Häuser vor dem Verfall.

- **Fahrten nach Polen und der Kontakt mit Polinnen und Polen wirken sich sehr positiv auf die deutschen Bewertungen des Landes aus.** Diejenigen Personen, die zumindest einmal in Polen waren oder ihr Wissen von Polen beziehen, die in Deutschland leben, bewerten das Land und seine Bevölkerung besser. Diese Tendenzen sind seit Jahren unverändert und sind das Ergebniss der vielfältigen Kontaktmöglichkeiten nach dem polnischen EU-Beitritt.
- **Die deutschen Bewertungen der deutsch-polnischen Beziehungen haben sich in den letzten Jahren stark verbessert. Diese sind jetzt auf dem gleichen Niveau wie die polnischen Meinungen hierzu.** Die guten Beurteilungen der Beziehungen heben sich von der allgemeinen Stagnation betreffend die Bewertung von Polen als Land ab. Dies deutet auf die Wahrnehmung von Veränderungen auf höchster politischer Ebene, die von guten Beziehungen geprägt sind und so auch in den Medien präsentiert werden. Zusätzlich nahm auf der deutschen Seite – im Gegensatz zu den ersten Jahren nach dem polnischen EU-Beitritt – der Glaube an das politische Gewicht Polens und das Potenzial der deutsch-polnischen Zusammenarbeit zu. In Polen war diese Überzeugung immer schon stark vorhanden. Gleichzeitig zeigt sich hierbei auch, dass sich Stereotype gegenüber Polen nur langsam abbauen lassen und sich verbesserte Vorstellungen von Land und und Leuten zögerlicher durchsetzen, als dies etwa im Kontext des politischen Geschehens bezüglich der öffentlichen Meinung geschieht.
- **Die Sicht der deutschen Eliten auf Polen ist positiv, aber in der Gesellschaft herrschen noch immer Stereotype vor**, wie es beispielsweise das regelmäßig bediente Klischee vom Polen als Autodieb verdeutlicht. Wenn man allerdings berücksichtigt, wie verbreitet die antipolnische Rhetorik in Deutschland jahrelang

gewesen ist, sind dennoch große Fortschritte sowie positive Tendenzen zu bemerken. Neben althergebrachten Vorurteilen ist der Einfluss neuer Erfahrungen spürbar, die langsam bestehende Stereotype verdrängen. In der deutschen Gesellschaft setzt sich allmählich die Überzeugung vom guten Zustand der polnischen Wirtschaft durch, aber auch hier fehlt es nicht an Assoziationen, die die polnische Armut bzw. eine kulturelle und wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes zum Inhalt haben.

Eine Gemeinsame Zukunft – Herausforderungen und Erwartungen

Die bisherigen Erfahrungen erlauben es, einige Thesen zur zukünftigen Entwicklung der gegenseitigen Wahrnehmung von Polen und Deutschen aufzustellen:

- **In den nächsten Jahren ist keine bedeutende Verbesserung des bereits sehr guten Deutschlandbildes in Polen zu erwarten.** Erweitern sich die Möglichkeiten der Polen, mit Ausländern, darunter Deutschen, in Kontakt zu treten (Fahrten nach Deutschland; Deutsche, die nach Polen kommen), kann dies jedoch die Meinung der Polen über die Deutschen weiter verbessern. Wenn Polen und Deutschland ihre konstruktive, partnerschaftliche Zusammenarbeit fortsetzen, werden die Bewertungen der politischen Beziehungen weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben.
- **Es besteht die Chance, dass sich das Bild Polens in Deutschland langsam verbessert, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaft.** Das wachsende Bewusstsein gegenüber der guten ökonomischen Situation in Polen, der gute Ruf polnischer Firmen in Deutschland sowie die positiven Bewertungen der polnischen Partner durch deutsche Unternehmer werden sich sicherlich in Deutschland weiter verbreiten und sich auf die allgemeine Meinung auswirken. Gemeinsame deutsch-polnische Beziehungen auf europäischer Ebene können zudem zu einem besseren Bild des polnischen Staates beitragen, der als Partner Deutschlands weitere Anerkennung gewinnt. Ähnlich kann auch die Rolle und Politik Polens in Europa bewertet werden. Hier hängt jedoch vieles von der politischen Situation ab. Schwieriger ist jedoch vorherzusehen, wie sich Einschätzungen zur polnischen Gesellschaft entwickeln werden. Einen großen Einfluss

auf deren Erscheinungsbild haben positive Einstellungen gegenüber polnischen Arbeitnehmern in Deutschland. Die Chancen stehen gut, dass diese auf einem guten Niveau bleiben. Jedoch kann sich die allgemeine Abneigung gegenüber Einwanderern, wie sie von populitischen Parteien in ganz Europa verbreitet wird, auch auf die Haltung gegenüber den Polen auswirken.

- **Eine Gefahr für die Verbesserung der gegenseitigen Wahrnehmung, der entgegengebrachten Sympathien oder die Bewertung der bilateralen Beziehungen** können unterscheidliche Positionen in Fragen der Sicherheitspolitik darstellen. Dies umso mehr in Verbindung mit unterschiedlichen Bewertungen der durch russische Aktivitäten in der Ukraine hervorgerufenen Krise sowie im Kontext der Energiepolitik. Unterschiede im historischen Diskurs können im Jahr 2014 (runde Jahrestage betreffend den Warschauer Aufstand 1944, den Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914, die Wende von 1989 in beiden Ländern), falls sie jenseits der Oder schlecht erklärt oder verantwortungslos präsentiert werden, Unfrieden und vor allem in Polen Enttäuschung hervorrufen. Es wäre empfehlenswert, einer derart möglichen Verschlechterung gegenbenfalls mittels einer gründlichen Darstellung der deutschen Diskussion in Polen entgegenzuwirken. In Deutschland kommt es hingegen auf Seiten der Journalisten, Kulturschaffenden und Politiker auf ein angemessenes Feingefühl in der Rhetorik an, sobald sie sich mit Themen der Vergangenheit befassen. Es ist unentbehrlich, sich weiterzubilden und Unterschiede in den Wahrnehmungen und Herangehensweisen zu historischen Themen, aber auch in Bezug auf Lebensweisen und die jeweilige Kommunikation aufzuzeigen. Andernfalls läuft man Gefahr, ungewollt die andere Seite zu verletzen.

Die größte Herausforderung bleibt es, die Wahrnehmung Polens in Deutschland zu verbessern. Dazu gibt es viele Möglichkeiten:

- **Im Allgemeinen sollte man in Polen weder Kosten noch Mühe scheuen, die gegenseitigen Kontakte beider Gesellschaften zu vertiefen und die öffentliche Diplomatie auszubauen.** Ein weiterer Ausbau des Jugendaustauschs, der Städtepartnerschaften, der Handelskontakte und touristischen Besuche ist notwendig. Die zentralen und lokalen Behörden sollten daher die Kontakte noch

stärker fördern, etwa durch weitere gemeinsame Projekte in den kommunalen Verwaltungen, den Austausch von Beamten oder die Erhöhung finanzieller Mittel für das Deutsch-Polnische Jugendwerk.

- **Es lohnt sich, weiterhin in Werbung für Urlaubsreisen in Regionen jenseits der deutschen Ostgrenze zu investieren.** Auch Fahrten der Bewohner der Grenzregionen ins Nachbarland zu Einkäufen oder zum Friseur tragen zur Verbesserung der gegenseitigen Wahrnehmung von Polen und Deutschen bei. Die Anpassung an deutsche Kunden in der Grenzregion ist weniger auf Pläne von Beamten in Rathäusern oder kommunalen Regierungsbehörden zurückzuführen, sondern vielmehr die Folge eines funktionierenden Marktes. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn die Regulierungen, die in der Region vorgenommen werden, diese Kontakte ebenfalls förderten bzw. nicht blockierten.
- **Auf das Wissen der Befragten haben das Fernsehen und die Presse einen enormen Einfluss.** Es sollten deshalb für deutsche Journalisten entsprechende Angebote, beispielsweise Fortbildungsprogramme, erarbeitet werden. Dank Studienaufenthalten in Polen oder im Zuge der Teilnahme an den Deutsch-Polnischen Medientagen, die von der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und der Robert Bosch Stiftung organisiert werden, können Stereotype mit der Realität abgeglichen und wichtige Kontakte für die spätere fundierte Berichterstattung geknüpft werden. Um eine hohe Qualität der polnischen Berichterstattung aus und über Deutschland zu gewährleisten, erscheint es darüber hinaus notwendig, die Anzahl der polnischen Korrespondenten in Deutschland, die gerade in der letzten Zeit deutlich reduziert wurde, wieder zu erhöhen.
- **Die größte Verantwortung für die Vermittlung von Allgemeinwissen über Polen in Deutschland kommt noch immer den Schulen zu, auch wenn sie zumeist nicht an erster Stelle genannt werden.** Ihr derzeit schwacher Einfluss auf die Ausbildung des Allgemeinwissens über Polen korrespondiert negativ mit der (verfehlten) Bildungsrolle der Medien. Dies ist zum Beispiel anhand der Antworten auf die Frage zu erkennen, ob in Polen ein Parlamentssystem ähnlich dem in westeuropäischen Staaten existiert. Die ausbleibenden Veränderungen in der Beurteilung des Systems deuten auf ein unangemessenes Informiertsein im Kreise der Journalisten hin, aber

auch auf große Lücken in der Allgemeinbildung bezüglich Polen. Dies ist nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, dass in der Schule keine Zeit für die Behandlung der jüngsten Geschichte und der aktuellen Politik bleibt, und die Schulbildung oft im 19. oder 20. Jahrhundert endet, einer Periode, in der der polnische Staat nicht existierte, auf der politischen Bühne schwach war oder sich im Kriegszustand mit Deutschland befand. Diesen Zustand wird auch das neu geschaffene deutsch-polnische Geschichtsbuch nicht beheben können, da es aller Voraussicht nach nicht überall in Deutschland und Polen gleiche Anwendung finden und dieselbe Wirkung erzielen wird. Notwendig sind vor allem klare Empfehlungen seitens der Landesministerien, die für die Lehrpläne und deren Umsetzung in den Schulen verantwortlich sind. Erneut ist hier die Notwendigkeit zu erkennen, dass es sich lohnt, in den Jugendaustausch oder andere direkte Kontakte zu investieren, die es erlauben, das eigene Wissen im Nachbarland zu überprüfen und zusätzliche persönliche Eindrücke vor Ort zu sammeln. Parallel begleitet werden sollte dies durch Polnischsprachkurse, vor allem in den östlichen Bundesländern, sowie von der Einrichtung von Lehrstühlen für Polenstudien an deutschen Hochschulen.

- **Um Polen auch für den "durchschnittlichen Normalbürger" interessant zu machen, lohnt es sich, Symbole zu verwenden, mit denen die Bürger bereits Positives verbinden.** Als solche Symbole könnten etwa der Fußball, und hier konkret die Erfolge polnischer Spieler in führenden deutschen Mannschaften, oder Biersorten dienen. Es wird auch beispielsweise inzwischen mit Anerkennung registriert, dass auf deutschen Straßen polnische Busse der Firma Solaris fahren. Ferner ernten polnische Brauereien zunehmend gute Kritiken. Und auch die Deutsche Bahn wählte kürzlich Züge polnischer Produktion der Firma Pesa. Auf Fakten dieser Art gilt es, bei unterschiedlichen Anlässen aufmerksam zu machen.
- **Die deutschen Eliten sollten nicht von der Annahme ausgehen, dass ihr positives Bild von Polen von der Gesamtbevölkerung geteilt wird.** Die deutschen meinungsbildenden Schichten stehen daher vor der Aufgabe, Stereotype zu erklären und abzubauen sowie das positive Bild des östlichen Nachbarn weiter in der Gesellschaft zu verbreiten. Dies sollte in politischen Ansprachen geschehen, bei denen Polen als wichtiger Partner hervorgehoben

wird. Es sollten deutsch-polnische Projekte initiiert und weit verbreitete, unwahre oder veraltete Überzeugungen durch Fakten und statistische Daten widerlegt werden. Unterstützt und vor allem als Symbol für die deutsch-polnische Annäherung hervorgehoben werden sollten gemeinsame Initiativen: Die deutsch-polnische Jugendzusammenarbeit, Städtepartnerschaften, gemeinsame deutsch-polnischen Polizeieinsätze sowie die Arbeit des gemeinsamen Deutsch-Polnischen Zentrums für die Zusammenarbeit der Grenz-, Polizei- und Zollbehörden in Świecko.

Die im Text präsentierten Daten sind den folgenden Publikationen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten entnommen:

- Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada, Cornelius Ochmann, Łukasz Wenerski: Im Osten was Neues? Das Bild Polens und Russlands in Deutschland, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013. (herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung)
- Agnieszka Łada: Deutsch-Polnisches Barometer 2013. Das Bild Deutschlands und der Deutschen in der polnischen Gesellschaft nach 10 Jahren gemeinsamer EU-Mitgliedschaft, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013. (herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Konrad Adenauer Stiftung in Warschau)

In den vorstehend genannten Publikationen finden sich noch tiefergehende Analysen der gegenseitigen deutsch-polnischen Wahrnehmung im Hinblick auf Altersunterschiede, Wohnorte und unterschiedliche Bildungsniveaus.

Aus dem Polnischen: Arthur Molt

Mehr zum Thema der deutsch-polnischen Wahrnehmung in folgenden Publikationen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten:

- Agnieszka Łada (Hg.), Nachbarn kennenlernen! Wirkung deutsch-polnischer Jugendbegegnungen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2014. [pln., dt.]
- Agnieszka Łada, Deutsch-Polnisches Barometer 2012. Polnische Ansichten zur Rolle Deutschlands in Europa und zu den deutsch-

polnischen Beziehungen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2012. [pln., dt.]

- Agnieszka Łada, Blicken wir in die Zukunft. Die Meinung der Polen über die deutsch-polnische Zusammenarbeit und die Bedeutung der Geschichte in den deutsch-polnischen Beziehungen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2011. [pln., dt.]
- Agnieszka Łada, 20 Jahre später. Das Meinungsbild in Polen über die Vereinigung Deutschlands und die deutsch-polnischen Beziehungen 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2010. [pln., dt.]
- Lena Kolarska-Bobińska, Agnieszka Łada (Hg.), Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2009. [pln., dt.]
- Beata Ociepka, Agnieszka Łada, Jarosław Ćwiek-Karpowicz, Die Europapolitik Warschaus und Berlins in der deutschen und polnischen Presse, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2008. [pln., dt.]

Karolina Grot, Agnieszka Łada, Justyna Segeš Frelak

GEMEINSAM IN DER EUROPÄISCHEN UNION – DIE POLEN AUF DEM DEUTSCHEN ARBEITSMARKT

Polen dürfen seit dem 1. Mai 2011 in Deutschland ohne Einschränkungen jeder Beschäftigung nachgehen.[1] Deutschland hatte – im Gegensatz zu Irland, Schweden und Großbritannien – nach der EU-Osterweiterung 2004 eine maximale Übergangsfrist von 7 Jahren (2+3+2 Jahre) geltend gemacht, die inzwischen abgelaufen ist. Die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit schließt seit dem 1. Januar 2014 nun auch Bulgaren und Rumänen mit ein. Von allen Bürgern der EU-Mitgliedstaaten unterliegen damit lediglich noch die Kroaten einem eingeschränkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt.

Deutschland bleibt ein wichtiges Zielland der polnischen Einwanderer. Nach Einwanderungsdaten des polnischen Statistikamtes (GUS) von Ende 2012 hielten sich, im EU-Ländervergleich, die meisten Polen in Großbritannien (637.000), Deutschland (500.000) und Irland (118.000) auf. Die verfügbare Statistik weist auch darauf hin, dass die Anzahl der Polen in Deutschland schrittweise zunimmt. So gab es beispielsweise 2010 455.000 Polen in der Bundesrepublik.[2] Überdies liegt Deutschland laut Umfragen des polnischen Zentrums für öffentliche Meinungsforschung (CBOS) gleich an erster Stelle (36%) unter den beliebtesten Zielländern der polnischen Auswanderer , vor Großbritannien (21%) oder den Niederlanden (9%).[3]

Die Situation vor dem EU-Beitritt Polens

Polen fahren seit dem 19. Jahrhundert nach Deutschland, wo sie z.B. in den Zechen des Ruhrgebiets arbeiteten. In den Jahren 1950 bis 1990

1 Ähnlich wie auch Tschechen, Litauer, Letten, Slowaken, Slowenen und Ungarn, also Bürger der Länder, die gemeinsam mit Polen im Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten sind und verkürzt als "EU 8" bezeichnet werden.

2 Vgl. Information zu Ausmaß und Richtung der polnischen Auswanderung 2004-2012 *(Informacja o rozmiarach i kierunkach emigracji z Polski w latach 2004–2012*), polnisches Statistikamt (GUS), Warschau, Oktober 2013.

3 Vgl. Zentrum für öffentliche Meinungsforschung (CBOS), Arbeitsmigrationen nach dem EU-Beitritt Polens (*Poakcesyjne migracje zarobkowe*), November 2013.

gab es Auswanderungen aus Polen nach Deutschland im Rahmen der Aussiedlungsaktionen (ca. 1,3 Mio. Personen). Diese Gruppe von Personen mit polnischem Migrationshintergrund wird gegenwärtig von keinem Ausländerregister erfasst, da die Mehrheit von ihnen eingebürgert wurde. Dabei gilt es zu beachten, dass diesem Personenkreis oft Freunde und Verwandte aus Polen folgten. Ihre Einwanderung nach Deutschland hat das Bild des polnischen Arbeiters/Arbeitnehmers bei den Deutschen bedeutend geprägt.

Eine Migrationswelle im Zeitraum von 1990 bis 2003, die als "Migration vor dem EU-Beitritt" bezeichnet wird, bestand hauptsächlich aus Arbeitsmigranten (saisonalen und pendelnden; teilweise blieben sie jedoch auch langfristig).[4] Zu dieser Gruppe gehörten auch Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit. Bis heute gibt es eine Gruppe polnischer Bürger, vor allem aus Schlesien, die zum Arbeiten nach Deutschland fahren, aber ihren festen Wohnort weiterhin in Polen haben und beide Pässe besitzen.[5]

Die gegenwärtige polnische Zuwanderung nach Deutschland ist in ihrer Intensität und im Ausmaß nicht mit der polnischen Zuwanderung nach Großbritannien vergleichbar. Nichtsdestotrotz ziehen immer noch relativ viele Polen gerne nach Deutschland um. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zählen die Polen unverändert Jahr um Jahr zu der zahlreichsten Gruppe der Zuwanderer in der Bundesrepublik. Die meisten Polen, ca. 150.000 pro Jahr, wanderten 1991 bis 1993 nach Deutschland aus, weitere kamen drei Jahre nach dem EU-Beitritt Polens. Gleichzeitig wanderte jedoch ein Teil der Polen wieder aus Deutschland aus. In der Bilanz ergibt sich danach: 2001 gab es in Deutschland 310.432 Polen, im Jahr 2002 dann 317.603 und 2003 schließlich 326.882 Polen.

4 Mehr zu diesem Thema: A. Cimała, Polen in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert (*Polacy w Berlinie w XIX i XX wieku)* und W. Lesiuk, Polnische Einwanderung nach Deutschland im Zeitalter der Industrialisierung *(Polska migracja wewnątrzniemiecka i do Niemiec okresu industrializacji)*, in: M. Lis (Hg.), Polen in Deutschland *(Polacy w Niemczech),* Oppeln 1996, S. 30; E. *Kępińska,* Saisonale Migrationen aus Polen nach Deutschland *(Migracje sezonowe z Polski do Niemiec),* Warschau 2008, S. 116; J. Schmidt, Neue Identitäten in Zeiten der europäischen Transformationen. Polnische Migranten in Deutschland *(Nowe tożsamości w czasach transformacji europejskich. Imigranci z Polski w Niemczech),* Oppeln 1996, S. 11; G. Janusz, Die Polonia in der Bundesrepublik Deutschland *(Polonia w Republice Federalnej Niemiec),* Lublin 1990.

5 Diese Zahlen sind schwer zu ermitteln. Das Generalkonsulat in Wrocław hat beispielsweise seit 1992 ca. 250.000 deutsche Pässe ausgestellt. Dabei ist jedoch zu beachten, dass manche Personen seit diesem Zeitpunkt mehrfach einen Antrag auf einen neuen Pass gestellt haben, aufgrund seiner eingeschränkten Gültigkeit, während andere gar keinen Antrag gestellt haben.

2004 nahm in Deutschland, nach langjährigen Debatten, die Angst überhand, die Bundesrepublik werde aufgrund des uneingeschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt mit billigen Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedsländern "überflutet". In der Debatte dominierten Argumente, man solle die einheimischen Arbeitskräfte vor dem Arbeitsplatzverlust und vor einem Lohndumping schützen, da die Unterschiede in den Lebensunterhaltskosten und im Einkommen so hoch sind.[6] Auch die geographische Nähe zwischen Polen und Deutschland wurde zum Argument gegen die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Geringe Fahrtkosten aus der Heimat zum zukünftigen Wohnort erleichterten die Entscheidung über eine Auswanderung. Zum gleichen Zeitpunkt gab es ein Instrumentarium (eingeführt durch bilaterale Verträge zwischen beiden Ländern), das selektives Rekrutieren ausländischer Arbeitskräfte ermöglichte und somit die Notwendigkeit einer Einführung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit noch mehr auf unbestimmte Zeit vertagte. Ähnliche Meinungen wurden auch in den Folgejahren vertreten, als zeitweise die Aufhebung der Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt zur Debatte stand.[7] Zusätzlich wurden auch Stimmen laut, dass nach Aufhebung der Einschränkungen der Andrang von Geringqualifizierten aus Mittel- und Osteuropa zu erwarten sei, da Spezialisten aus diesen Ländern bereits früher in andere Länder auswanderten – nach Großbritannien oder Irland. Gegen die Liberalisierung sprachen sich sowohl Politiker von Seiten der SPD als auch von der CDU/CSU aus, somit die Angehörigen der beiden größten deutschen Parteien. Die Liberalen von der FDP, die traditionell Unternehmer vertreten, förderten hingegen eine Öffnung des Arbeitsmarktes. Die Grünen und Die Linke plädierten zwar für eine Aufhebung der Einschränkungen, wollten diese aber an die Einführung des Mindestlohns knüpfen, um Arbeitnehmer vor Lohndumping zu schützen. Alle Parteien wollten jedoch im Hinblick auf die Wahlen keine heiklen Entscheidungen treffen, die die Gesellschaft in Frage stellen könnte.[8] Eine wichtige Rolle im öffentlichen Diskurs spielten

6 Die damaligen Debatten wurden auch durch die deutsche Arbeitslosenstatistik beeinflusst. Die Arbeitslosenquote lag 2003 bei 10,5% und 2005 bei 11,7%. Derzeit liegt sie bei 7,2%. Vgl. die deutschen Statistiken: online nachlesbar unter: http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/ [aufgerufen am: 2. April 2014].

7 Deutschland war nach der EU-Osterweiterung verpflichtet, eine Entscheidung über die Verlängerung der Übergangsfristen nach zwei, dann nach weiteren drei, und dann wiederum nach zwei Jahren zu treffen.

8 Die Bundestagswahlen fanden 2009 statt. Im föderalen deutschen Staat gibt es fast jedes Jahr Landtagswahlen und kommunale Wahlen, so dass es immer wieder Wahlkämpfe gibt.

auch Gewerkschaften und Handwerker, die gegen die Liberalisierung Stellung bezogen. Arbeitgeber- und Industrievertreter waren hingegen für eine schrittweise zu bewerkstelligende Marktöffnung, eventuell unter Anwendung von Ausnahmeregelungen für ausgewählte schutzbedürftige Branchen.

Die Entwicklung im Laufe der letzten zehn Jahre

Trotz formeller Einschränkungen des Zugangs zum deutschen Arbeitsmarkt vor 2011 machten Polen von vielen anderen alternativen Beschäftigungsformen in Deutschland Gebrauch. So wurden beispielsweise Einschränkungen legaler Beschäftigungen in Berufen wie Ingenieur, Arzt oder Elektroniker aufgehoben. 2007 wurden auch Erleichterungen für Absolventen deutscher Universitäten bzw. Hochschulen eingeführt. Seit 2008 durften alle Hochschulabsolventen (nicht nur die der deutschen Hochschulen) aus den "neuen" EU-Mitgliedsstaaten in Deutschland nach Arbeitsstellen suchen, die mit deren Studienfach kompatibel waren, ohne vorherige Prüfung der Arbeitsmarktlage (ohne Prüfung, ob die Stelle nicht mit einem bevorrechtigten einheimischen Arbeitssuchenden besetzt werden kann).[9] Es gab auch Aussichten auf legale Tätigkeiten für Saison- oder Leiharbeiter (eingestellt durch polnische Vermittlungsfirmen, die ihre Dienstleistungen auf deutschem Gebiet als Subunternehmer leisten), für Selbstständige (Gewerbe/Einpersonenunternehmen) oder für Gastarbeiter/-arbeitnehmer (die in Deutschland berufliche Qualifikationen ablegen). Mit Privilegien konnten auch arbeitende Studenten in Deutschland während der Semesterferien rechnen sowie Mitarbeiter in Grenzgebieten, die Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis in Deutschland hatten, unter dem Vorbehalt, dass sie täglich in ihr Heimatland zurückkehrten oder höchstens zwei Tage pro Woche in Deutschland arbeiteten.[10]

Seitdem auf dem deutschen Arbeitsmarkt die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen gilt, geben Arbeitsmigranten

9 Information über die Beschäftigungsverhältnisse polnischer Bürger in den Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Schweiz sowie über EWR-Bürger in Polen (Informacja w sprawie zatrudnienia obywateli polskich w państwach Europejskiego Obszaru Gospodarczegoi Szwajcarii oraz obywateli państw EOG w Polsce), in: Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik, Warschau, Mai 2011.

10 Vgl. P. Kaczmarczyk, W. Łukowski (Hg.), Polnische Mitarbeiter auf EU-Märkten (*Polscy pracownicy na rynku Unii Europejskiej*), Wydawnictwo Naukowe "Scholar", Warschau 2004.

Deutschland immer noch, aber seltener als bevorzugtes Zielland an. 2007 gaben 46% der Befragten an, dass sie in Deutschland arbeiten bzw. gearbeitet haben. 2013 fiel der Anteil auf 36%. Für die Polen bleibt Deutschland unverändert der attraktivste Zielort für Saisonarbeit. Dabei ist nicht auszuschließen, dass die Zuwanderer aufgrund der Aufhebung der Einschränkungen immer häufiger dazu tendieren, ihre Aufenthaltszeit in Deutschland zu verlängern.

Die Anzahl der in Deutschland wohnhaften Polen

Im Dezember 2013 hielten sich in Deutschland 7,6 Mio. Menschen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit auf – dies bedeutet einen Höchststand seit 1967, seitdem es das Ausländerzentralregister (AZR) gibt.[11] Drei Viertel der Ausländer sind EU-Bürger (75%). Die größte Gruppe rekrutiert sich aus Bürgern der 10 Mitgliedsstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind. Dabei dominieren die Polen. Die zweite Gruppe bilden die Bürger Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens, die dritte die der am stärksten durch die Finanz- und Wirtschaftskrise betroffenen Länder: Griechenland, Irland, Spanien und Portugal. Obwohl die Zahl der Türken gesunken ist, ist eine generelle Erhöhung der Ausländerzahl aus Nicht-EU-Ländern, vor allem aufgrund eines erhöhten Andrangs an Russen und Syrern, zu verzeichnen.

11 Die Zahlen, die in das Ausländerzentralregister (AZR) einfließen, entstehen auf Basis folgender drei Indikatoren: 1) Veränderungen aufgrund der Anzahl an Einwanderern nach und Auswanderern aus Deutschland, 2) Veränderungen aufgrund der Geburtenraten und Todesfälle unter Ausländern in Deutschland und 3) Veränderungen aufgrund von Einbürgerungszahlen.

	2003	2004	2010	2011	2012	2013
Anzahl ausländischer Personen insgesamt	7 334765	6 717 115	6 753 621	6 930 896	7 213 708	7 633 628
Ausländische Personen aus allen Mitgliedsländern (EU-25)	2 346 990	2 108 010	2 241 925	2 346 079	2 501 655	2 711 735
Anteil ausländischer Personen aus Beitrittsländern von 2004 (EU-10)	481 998	439 948	613 626	692 708	800 018	927 083
Anteil ausländischer Personen aus Polen	326 882	292 109	419 435	468 481	532 375	609 855
Anteil ausländischer Personen aus Beitrittsländern von 2007/2013	369 974	341704	421 604	476 125	548 756	654 769
Anteil ausländischer Personen aus von der Eurokrise betroffenen Ländern - Griechenland, Italien, Portugal, Spanien	1 212 488	1 089 189	1 012 840	1 029 566	1 068 462	1 132 181
Anteil ausländischer Personen aus Nicht-EU-Ländern	4 987 775	4 609 105	4 090 092	4 108 692	4 163 297	4 267 124

Tabelle 1. Anzahl der Polen im Vergleich zu weiteren Ausländern aus und von außerhalb der EU nach ausgewählten Jahren.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes: "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen 2004", Artikelnr. 2010200047005 vom 27.Oktober 2005; "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit", Artikelnr. 2010210127005 vom 26. August 2013; "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit", Artikelnr. 2010200137005 vom 7. März 2014.

Laut deutscher Statistik lebten in Deutschland im Vorjahr des EU-Beitritts Polens (2003) 326.882 Polen. Mit Ende des ersten Kalenderjahres der EU-Mitgliedschaft Polens (Dezember 2004) fiel diese Zahl auf 292.109, um jedoch bis Dezember 2010 wieder anzusteigen – auf 419.435. Seit dieser Zeit wuchs die Anzahl der Polen in Deutschland kontinuierlich, wobei anfangs in unerheblichem Maße. Ende 2011 lebten in Deutschland 468.481 Polen, Ende 2012 waren es 532.375 und im Dezember 2013 bereits

609.855. **Die Polen stellen gegenwärtig die zweigrößte Ausländergruppe in Deutschland (10,08%)** nach den Türken (11,87%) und vor den Italienern (9,14%). Wenn man diese Statistik ausschließlich auf EU-Bürger anwendet, so ist – mit Ausnahme der Deutschen – **jeder vierte in Deutschland lebende EU-Bürger ein Pole.**

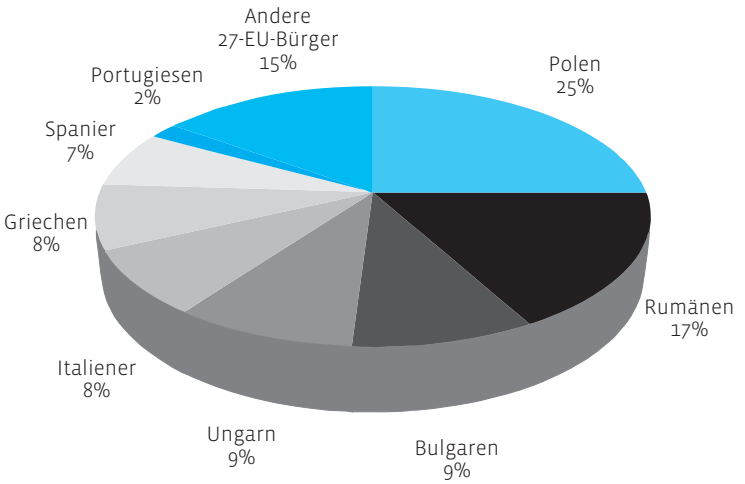

Abbildung 1.
Anzahl der EU-Bürger in Deutschland, 2013.

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben des Statistischen Bundesamtes, 2013.

Im Jahr 2013 wurde mit einem Zuwachs um 77.480 Personen der höchste Anstieg der Anzahl von in Deutschland lebenden Polen im Verhältnis zum Vorjahr seit Beginn der statistischen Erfassung in der Bundesrepublik verzeichnet.[12] Die steigende Tendenz war für die Gesamtzahl der Ausländer in Deutschland symptomatisch und schlägt sich auch betreffend weiterer nationaler Gruppen nieder. Die florierende deutsche Wirtschaft braucht dringend Arbeitskräfte und besitzt eine starke Anziehungskraft.

12 Diese Zahlen zeigen den Einwanderungs- und Auswanderungssaldo nach bzw. aus Deutschland.

Tabelle 2. Veränderung des Ausländeranteils in Deutschland nach ausgewählten Gruppen und Jahren (mit Einwanderungs- und Auswanderungssaldo).

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, "Ausländerzahl in Deutschland 2013 auf Rekordniveau", Pressemitteilung vom 7. März 2014 – 81/14; "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen 2004", Artikelnr. 2010200047005 vom 27.Oktober 2005; "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit", Artikelnr. 201020013700 vom 7. März 2014.

	Veränderung des Ausländeranteils					
	2004 gegen-über 2003	2005 gegen-über 2004	2010 gegen-über 2009	2011 gegen-über 2010	2012 gegen-über 2011	2013 gegen-über 2012
Insgesamt	– 617 650	38 696	58 845	177 275	282 812	419 920
EU-Mitglied-staaten (zum jeweiligen Gebietsstand, EU 25, 27, 28)	– 238 980	36 638	75 422	155 860	228 207	316 093
Mitgliedsländer 2004 (EU-10)	– 42 050	42 916	35 901	79 082	107 310	127 065
Polen	– 34 773	34 487	20 922	49 046	63 894	77 480
Beigetrete-ne EU-Mit-gliedsländer 2007/2012 (Bul-garien, Rumäni-en, Kroatien; zum jeweiligen Zeitpunkt	– 28 270	– 582	33 548	54 521	72 631	106 013
Von der Euro-krise betroffene Länder – Grie-chenland, Ita-lien, Portugal, Spanien	– 23 299	– 15 201	41	16 726	38 896	63 719
Nicht EU-Staa-ten	– 378 670	2 058	– 16 577	21 415	54 605	103 827

Einige der in Deutschland lebenden Polen werden eingebürgert. Diese Personen werden selbstverständlich – wie bereits erwähnt – nicht vom Ausländerregister erfasst. So **erhielten im Jahr 2004 7.499 Polen und im Jahr 2012 4.496 Polen die deutsche Staatsangehörigkeit.** Als EU-Bürger müssen diese Personen nicht auf ihre polnische Staatsangehörigkeit verzichten und werden in deutschen Statistiken nicht als Ausländer erfasst.[13]

13 Entgegen mancher falscher Meinung sei klargestellt, die gegenwärtige innerdeutsche Debatte über das Optionsmodell – des Verzichts auf eine der beiden Staatsangehörigkeiten durch volljährig gewordene Kinder – bezieht sich nicht auf Polen, sondern auf Personen, die von außerhalb der EU kommen.

Jahr	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2010	2011	2012
Anzahl der Polen, die eingebürgert wurden	10 174	1 604	1 774	2 646	2 990	7 499	3 789	4 281	4 496
Anzahl der eingebürgerten Ausländer insgesamt	313 606	186 688	178 098	154 547	140 731	127 153	101 570	106 897	112 348

Tabelle 3.
Anzahl der Polen, die eingebürgert wurden, nach Jahren.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes: "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen 2004", Artikelnr. 2010200047000 vom 27. Oktober 2005; "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Einbürgerungen", Artikelnr. 2010210127005 vom 26. August 2013, Tabelle 10, korrigiert am 27. August 2013, und Tabelle 12, korrigiert am 02. September 2013.

Die Charakterisierung der in Deutschland lebenden Polen

Gegenwärtig wandern Polen aus praktisch jeder Region Polens nach Deutschland aus, und nicht ausschließlich solche aus Grenzgebieten oder aus Schlesien (darunter Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit), die traditionell viele Bindungen nach Deutschland haben. Das Durchschnittsalter eines in Deutschland lebenden Polen beträgt dabei 37,4 Jahre und seine Aufenthaltsdauer in Deutschland 8,9 Jahre. 2004 waren es entsprechend 35,4 Jahre und 9,7 Jahre.

	Insgesamt	Durchschnitts- Alter	Durchschnitts- Aufenthalts--dauer	Insgesamt	Durchschnitts- Alter	Durchschnitts- Aufenthalts--dauer
		in Jahren			in Jahren	
	2004			2013		
Polen	292.109	35,4	9,7	609.855	37,4	8,9
EU 25/28 2013	2.108.010	38,8	19,4	3.366.504	41,1	18,3

Tabelle 4.
Anzahl der Polen im Vergleich zu weiteren EU-Bürgern 2004 und 2012 – mit Aufteilung nach Durchschnittsalter und durchschnittlicher Aufenthaltsdauer in Deutschland.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen 2004", Artikelnr. 2010200047005 vom 27.Oktober 2005; "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit", Artikelnr. 2010200137005 vom 7. März 2013.

Laut Untersuchungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weisen Polen, im Vergleich mit anderen in Deutschland lebenden Ausländergruppen, den höchsten Bildungsstand auf (22,7% von ihnen haben die mittlere Schulreife und 38,9% besitzen einen Hochschulabschluss).[14] Nichtsdestotrotz, und obwohl die Polen eine ähnliche Ausbildung wie deutsche Arbeitskräfte in vergleichbaren Anstellungsverhältnissen haben, üben die meisten Polen einfache Tätigkeiten aus, für die lediglich niedrigere Qualifikationen erforderlich

14 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Forschungsbericht 8, Nürnberg 2010. Im Bericht wird auf die Lage der Migranten aus Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien, aus Polen, Italien und der Türkei eingegangen.

sind. Einerseits kann dies mit einer Tendenz zu eher kurzzeitigen Aufenthalten in Deutschland begründet werden, andererseits kann es auch die Folge sein einer relativ einfachen Zugänglichkeit von Arbeiten solcher Art für Migranten.

Die meisten Polen wohnen in Nordrhein-Westfalen (132.723), Bayern (58.125) und Hessen (53.495).[15] In den östlichen Bundesländern (außerhalb Berlins) bilden die Polen die jeweils größte nationale Gruppe nach den Deutschen.

Polnische Arbeitskräfte in Zahlen

Die Anzahl an EU-Bürgern ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die nach 2011 eine Tätigkeit in Deutschland aufgenommen haben, stieg von 227.000 im April 2011 auf 413.000 im Dezember 2013, was eine Steigerung um 187.000 bedeutet (ein Anstieg um 82%). Diese Personen stellen 1,2% aller Beschäftigten in Deutschland. Die Mehrheit dieser Bürger sind Polen, in Zahlen: 262.808 aller Beschäftigten.

Zu den Branchen, in denen Polen (und Bürger aus weiteren Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind) in Deutschland eine Beschäftigung gefunden haben, zählen vor allem (bei Frauen): Gesundheitsschutz, Pflege und Soziales (20,2%), Handel (14,4%), Hotelgewerbe und Gastronomie (11,2%), und (bei Männern): Industrie (26,4%) und Bauwesen (11,1%).[16]

Obwohl die in einem der Mitgliedsländer erworbenen Berufsqualifikationen generell im ganzen EU-Raum anerkannt werden sollten, gibt es nach wie vor Berufe, die erst nach vorheriger Prüfung im Anerkennungsverfahren in einem anderen Mitgliedstaat ausgeübt werden dürfen. Auch in Deutschland stellen jedes Jahr Polen einen Antrag auf Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen. So kamen 2012 von insgesamt 10.989 gestellten Anträgen auf Anerkennung der Abschlüsse 837 von Polen (bei insgesamt 5.538 Anträgen von EU-Bürgern). Bis zum heutigen Zeitpunkt wurden 516 davon anerkannt (von insgesamt 7.980 - 4.473 dabei von EU-Bürgern).[17]

15 Statistisches Bundesamt 2011.
16 Vgl. M. Amann, L. Nienhaus, Deutscher Arbeitsmarkt. Gastarbeiter dringend gesucht, in: FAS vom 17. April 2011.
17 Vgl. Bundesministerium des Inneren / Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses zu "Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten", Berlin 2014, S. 131.

	Beschäftigte						Arbeitslose					
	04.2004*	12.2010	04.2011	12.2011	12.2012	12.2013	04.2004	12.2010	04.2011	12.2011	12.2012	12.2013
Polen	62.363	120791	157998	174030	219703	262808	k.A.	31161	32556	32788	37898	46334
EU-Mitgliedsländer nach 2004	k.A.	185063	226876	266410	342088	413440	k.A.	22696	23790	23979	27237	33000
EU-Mitgliedsländer nach 2007	k.A.	67631	94635	84649	110227	136690	k.A.	7663	8060	8579	11606	16431
Südeuropäische Länder	349132	407440	421822	429396	461450	499630	k.A.	57108	56395	53878	57741	63733

Tabelle 5.
Anzahl der beschäftigten und arbeitslosen Polen sowie die Gesamtheit aller EU-Bürger in Deutschland nach Jahren.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Michael Hartmann, Kim Reimer, Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, Februar 2014.
*Die Statistik für 2014 erfasst nur Sozialversicherte und keine Berufsgruppen wie z.B. Soldaten, Beamte, Firmenbesitzer, etc. Unterschiede in den Gesamtzahlen sind nicht gravierend und betragen z.B. für das Jahr 2013 217.822 bei einer Gesamtzahl von 262.808.

Obwohl die Hürden bei der Einstellung aufgehoben wurden, arbeiten manche Polen in Deutschland immer noch illegal, wie z.B. polnische Frauen in privaten Haushalten. Da es sich dabei um Arbeiten informeller Art handelt, lässt sich nur schwer schätzen, wieviele Polen tatsächlich auf diese Art arbeiten. Die anhaltende Popularität der illegalen Beschäftigung resultiert einerseits aus der Rentabilität, andererseits aus dem spezifischen, "verdeckten" Charakter solcher Tätigkeiten. Laut manchen Schätzungen arbeiten 150.000 bis 200.000 Einwanderer (vor allem aus Polen) illegal als Pflegekräfte.[18]

Polen nehmen auch gerne Tätigkeiten in Grenzgebieten auf. So waren beispielsweise im Juni 2013 7.955 Beschäftige in brandenburgischen Unternehmen Polen – die größte nationale Gruppe unter allen ausländischen Beschäftigten. Ein Jahr zuvor waren es entsprechend 5.350 Personen und im Juni 2011 2.850. Die meisten Polen (3.559) arbeiteten bei Dienstleistungsfirmen und wurden häufig über Leiharbeitsagenturen rekrutiert. Eine weitere Gruppe von Polen fand eine Beschäftigung in der Landwirtschaft (ca. 900 Personen), in den Bereichen Transport und Logistik (711), im Handwerk (637), auf Baustellen (511), aber auch im Bereich Gesundheit und Pflege (380).[19]

Die Wahrnehmung polnischer Arbeitsmigranten

Die Wahrnehmung künftiger und aktueller Arbeitsmigration hat sich in den letzten Jahren verändert. Vor dem polnischen EU-Beitritt dominierten Ängste vor negativen Auswirkungen der Zuwanderung aus Polen. In öffentlichen Debatten wurden jedoch mit der Zeit Stimmen von Unternehmern und Bauern lauter, die über einen Mangel an gut qualifizierten Arbeitskräften klagten. Unabhängig von der Diskussion über die Liberalisierung des Arbeitsmarktes wurden hingegen polnische Arbeitskräfte von den Deutschen auch schon zu dieser Zeit traditionell hoch geschätzt.

Wie bereits erwähnt, nahm 2004 in Deutschland die Angst überhand, der uneingeschränkte Zugang zum einheimischen Arbeitsmarkt führe

18 Vgl. E. Palenga-Mollenbeck, Care Work Migration in Germany: Semi-Compliance and Complicity, Social Policy & Society, Cambridge University Press, Cambridge 2010.
19 Vgl. Deutsche Presse Agentur (dpa), "Immer mehr Polen arbeiten in Brandenburg", in: Berliner Zeitung vom 5. Februar 2014, online nachlesbar unter: http://www.berliner-zeitung.de/brandenburg/fachkraeftemangel-immer-mehr-polen-arbeiten-in-brandenburg,10809312,26092762.html [aufgerufen am: 23. April 2014].

dazu, dass Deutschland von billigen Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedstaaten "überflutet" werde. So waren damals gar 75% der Deutschen davon überzeugt, dass infolge der EU-Osterweiterung die Arbeitslosigkeit steigen wird.[20]

2008 waren 84% der Deutschen der Meinung, dass Menschen, die sich in Deutschland nicht anpassen können, das Land verlassen sollten. 75% der Befragten plädierten für eine einwanderungshemmende Politik.[21] Dagegen sprachen sich - nach einer Meinungsumfrage des German Marshall Funds 2011 - 69% der Deutschen für die Einwanderung aus, vor allem für eine solche von Hochqualifizierten, während 22% ebenfalls Akzeptanz für die Aufnahme von auch weniger qualifizierten Migranten bekundeten. 44% der Deutschen hielten die Beherrschung der deutschen Sprache für den wichtigsten Indikator einer gelungenen Integration (der europäische Durchschnitt betrugt dabei 22%).[22] Gleichzeitig fürchteten im Jahr 2011 immer noch 73% der Deutschen negative Auswirkungen der Einführung einer vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Zeit nach dem 1. Mai desselben Jahres. 30% befürchteten vor allem einen zu starken Zustrom an unqualifizierten Arbeitern. Nur 15% der Befragten vermuteten keine negativen Auswirkungen für einheimische Beschäftigte.[23]

Anfang 2014 gab es einen spannenden Perspektivwechsel in der deutschen Einwanderungsdebatte, der jedoch nur teilweise vergleichbar ist mit Trends in anderen EU-Ländern, die auch als populäre Zielorte polnischer Einwanderer gelten. Die CSU hat die Einwanderungsfrage im Kontext der vollständigen Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für Bürger aus Bulgarien und Rumänien neu aufgegriffen. Die Christsozialen aus Bayern bekundeten die Meinung, dass es sich in den Fällen der meisten Migranten um eine gezielte Einwanderung in deutsche Sozialsysteme handelt und dass viele von ihnen in Deutschland Arbeitslosengeld beziehen könnten. Das Beispiel der polnischen Einwanderers wurde in diesem Kontext selten erwähnt, wenn aber ja, dann um diese Ängste zu beseitigen.

20 Vgl. Hamburg Institute of International Economics (Hg.), EU expansion and the free movement of workers: Do continued restrictions make sense for Germany? Policy Brief 4, Hamburg 2006.
21 Vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.), Diskriminierung im Alltag. Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft, Heidelberg 2008.
22 Vgl. The German Marshall Fund of the United States (Hg.), Transatlantic Trends: Immigration 2011, 2011.
23 Vgl. "Deutsche fürchten Einführung der Freizügigkeit", in: Gazeta Prawna vom 27. Februar 2011.

Die zu dieser Zeit – im Januar 2014 – durchgeführten Umfragen[24] haben jedoch gezeigt, dass 68% der Deutschen der Ansicht sind, dass ihr Land qualifizierte ausländische Arbeitskräfte braucht, auch um die künftige Konkurrenzfähigkeit Deutschlands zu erhöhen. Lediglich ein Drittel der Befragten (34%) fürchtet negative Konsequenzen der Einwanderung. Ungefähr ebenso viele Menschen sind der Meinung, dass die Einwanderung Deutschland mehr Nutzen als Schaden bringt. Überfremdungsängste und Schaden für das eigene Land sehen dabei vor allem weniger ausgebildete Personen.

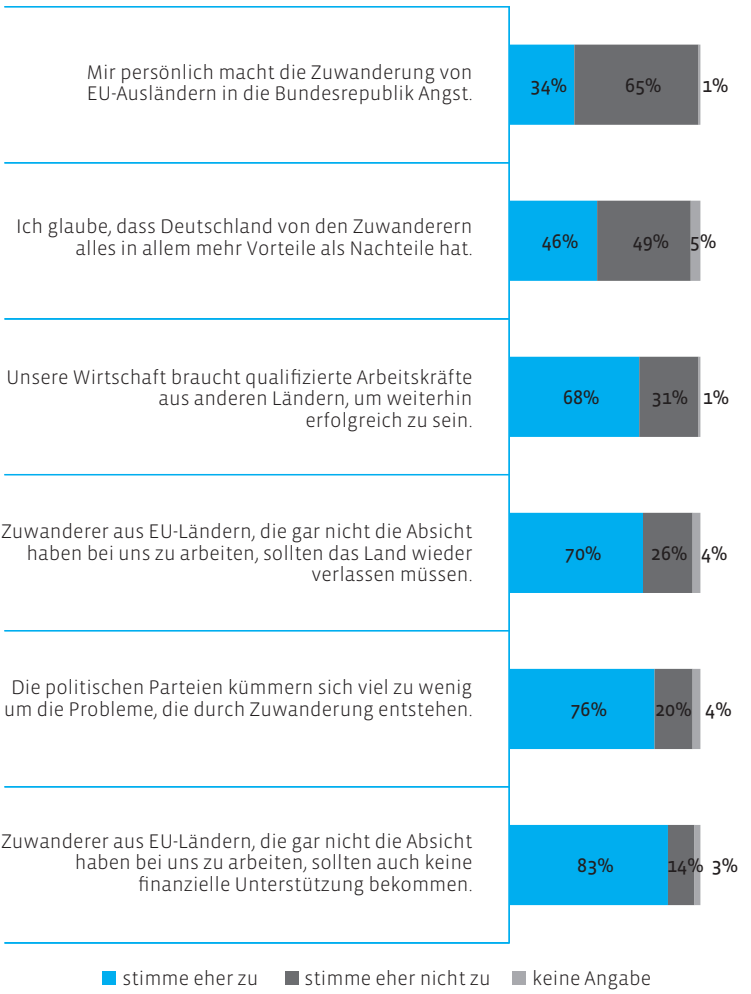

Abbildung 2. Deutsche Ansichten zum Thema Zuwanderung aus EU-Ländern im Jahr 2014.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben von Infratest Dimap, Deutschland Trend vom Januar 2014.

24 Infratest Dimap, “DeutschlandTrend”, Januar 2014.

Die deutsche Zuwanderungsdebatte hat auch das schweizerische Referendum von Februar 2014 zugespitzt, als eine geringe Mehrheit der Schweizer für eine Einschränkung der Einwanderung gestimmt hatte. Für feste Migrantenquoten waren damals 48% der Deutschen (46% waren dagegen), darunter insbesondere Anhänger der europaskeptischen und populistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) (83%), aber auch Anhänger von CDU und CSU (51%). Meinungsunterschiede wurden auch zwischen Ost- und Westdeutschen festgestellt. Für eine Einschränkung der Einwanderung sprachen sich 46% der Westdeutschen und 56% der Ostdeutschen aus.[25]

Deutsche Presse über polnische Arbeitsmigranten

Die Debatte in der deutschen Presse zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen variierte während der letzten Jahre. Bis 2004 nahm sie vor allem Bezug auf die Einführung von Übergangsfristen bei der Einstellung von Polen, 2005 bis 2009 auf die Verlängerung von Übergangsfristen und deren Wirkung. Nach 2010 standen die vollständige Freizügigkeit und deren Konsequenzen im Mittelpunkt der Debatte. Weniger differenziert wurde hingegen das Bild des polnischen Arbeitnehmers in der deutschen Presse dargestellt.[26]

In der Debatte über die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen in den Jahren 2001 bis 2011 – also vor der vollständigen Marktöffnung, als es politische Diskurse gab, ob man den Arbeitsmarkt liberalisieren sollte oder nicht – informierten meinungsbildende Zeitungen über die Argumentationsweisen beider Seiten (Befürworter und Gegner

25 Vgl.A. Pawlak, "Deutsche unterscheiden sich nicht von den Schweizern – auch sie würden Einwanderung einschränken", Beitrag für die Deutsche Welle vom 15. Februar 2014, online nachlesbar unter: http://www.dw.de/niemcy-w-niczym-nie-r%C3%B3%C5%BCni%C4%85-si%C4%99-od-szwajcar%C3%B3w-te%C5%BC-ograniczyliby-imigracj%C4%99/a-17434629 [aufgerufen am: 14 April 2014].

26 Vgl. A. Łada, Das Bild der polnischen Arbeitsmigranten in der deutschen Presse, in: J. Frelak, A. Łada, K. Schwarz, Polnische Arbeitsmigration nach Deutschland – Fakten und Mythen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2009; J. Frelak, A. Łada, B. Petrulewicz (Zusammenarbeit), *Die Polen kommen!* Na endlich! Polnische Arbeitsmigration nach Deutschland – Analyse am Vortag der Arbeitsnehmerfreizügigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt für Polen *(Polacy nadchodzą!... Wreszcie! Polska migracja zarobkowa do Niemiec – analiza w przededniu otwarcia niemieckiego rynku pracy dla polskich obywateli)*, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2011.

der raschen Marktöffnung), ohne selbst Stellung zu beziehen, und um stattdessen große Neutralität zu bewahren.[27]

Die Artikel über die Freizügigkeit ab Mai 2011 lassen sich in zwei Kategorien unterteilen: Texte, die auf eine Gefahr durch Lohndumping bei der Marktöffnung hingewiesen haben – konnotiert mit negativem Unterton (solche erschienen viel häufiger als positive Berichte), und Texte, die auf die arbeitsmarktpolitische Notwendigkeit einer Zuwanderung von polnischen Arbeitern, wie Vertretern bestimmter mangelnder Berufe (Pflegepersonal, Hilfskräfte in der Landwirtschaft) hingewiesen haben. Diese Artikel waren hingegen entweder neutral oder positiv. Viele dieser Texte hatten einen beruhigenden Unterton, indem sie die Botschaft vermittelten, dass kein Andrang an Polen in Deutschland zu erwarten sei, sondern umgekehrt – polnische Arbeitskräfte seien begehrt und würden gebraucht werden, und die Arbeitnehmerfreizügigkeit komme zu spät, was den Deutschen nur Schaden zufüge. Verfasser von Artikeln über die Beschäftigung von Polen in Deutschland bis 2011 betonten, dass es sich nicht selten um eine Arbeit in der Grauzone handelt. Laut der Presse hätten die Arbeitskräfte selbst kein besonderes Interesse an der Veränderung beim Beschäftigungsstatus und zwar auch nicht angesichts der Perspektive legaler Beschäftigung nach dem 1. Mai 2011.

Zu den Ursachen des geringen Interesses der Polen an der Arbeitsmigration nach Deutschland nach dem 1. Mai 2011 wurden gezählt: die bevorzugte Einwanderung in Länder, die bereits früher ihre Arbeitsmärkte für Polen geöffnet haben, die relativ gute Wirtschaftslage Polens, die gegen eine Auswanderung spreche, und relativ hohe Lebensunterhaltungskosten in Deutschland, die eine Migration unrentabel machten. Die prägnanteste Veränderung in Tonfall und Inhalt der 2011 publizierten Artikel im Vergleich zu Texten, die entweder vor oder kurz nach dem EU-Beitritt Polens veröffentlicht wurden, sind festzumachen an einem spürbaren Übergang von ursprünglichen Kosten-Nutzen-Bilanzen einer Marktliberalisierung in Richtung einer eindeutig positiven Bilanz, manchmal sogar einer Spur von Enthusiasmus.

27 Bei der Untersuchung wurden einige deutsche Zeitungen ausgewählt, darunter angesehene überregionale Tageszeitungen unterschiedlicher politischer Ausrichtung: “Die Welt”, “Süddeutsche Zeitung”, “Frankfurter Allgemeine Zeitung”, “Frankfurter Rundschau” und “taz”; außerdem meinungsbildende Wochenzeitschriften: “Der Spiegel”, “Focus” und “Die Zeit”. Durch den erschwerten Zugang zum Archivmaterial wurden nur einige der in “Bild” im Jahr 2009 veröffentlichten Artikel berücksichtigt.

Nach dieser Vielzahl an Artikeln im Zeitraum April und Mai 2011 zur Arbeitnehmerfreizügigkeit, wurde die Frage der polnischen Arbeitsmigration in den Folgemonaten in der deutschen Presse viel seltener thematisiert. Auch im Kontext der Debatten zum Thema Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen von Ende 2013 und Anfang 2014 wurden Polen nur selten erwähnt – und zwar darum, um zu zeigen, dass die Überfremdungsängste meist übertrieben sind.

Im Laufe der Jahre gab es keine wesentlichen Veränderungen des Bildes des polnischen Arbeitnehmers in der deutschen Presse. Dieser wurde nur selten negativ dargestellt. Nicht vorteilhaft für die Polen waren Texte, die auf potenzielle Arbeitsplatzverluste der Deutschen durch die Polen bzw. auf Einbußen beim Einkommen durch Preisdumping durch die Polen hinwiesen. Ein Übermaß an solchen Artikeln war jedoch nur im Zeitraum von 2003 bis 2004 bemerkbar, im Rahmen der Debatte um die Marktliberalisierung nach der EU-Osterweiterung.

Der polnische Arbeitnehmer wird unverändert sehr positiv bewertet. Polen wurden als kompetente, engagierte und begehrte Mitarbeiter beschrieben, die pflichtbewusst sind und ihre Aufgaben geschickt meistern, obwohl es sich dabei meistens um schwierige physische Arbeit handelt. Die Artikel präsentierten selten negative Beispiele und gaben nicht das Bild des polnischen Diebes oder Schiebers wieder, sondern vielmehr umgekehrt – sie würdigten die polnische Arbeitstüchtigkeit, Mühe und Ausdauer.

Besonders begehrt auf dem Arbeitsmarkt waren, sowohl kurz vor, wie auch kurz nach dem EU-Beitritt Polens, – laut Zeitungsberichten – Pflegekräfte im Seniorenbereich, landwirtschaftliche Arbeiter und Handwerker auf den Baustellen, also gering qualifizierte Arbeitskräfte. In der deutschen Presse wurde im Laufe der Zeit auch der erhöhte Bedarf an Hochqualifizierten spürbar. Diese Frage wurde jedoch selten ausführlich behandelt. Dieser Trend änderte sich gravierend in den letzten Jahren, als immer häufiger die Rede von polnischen Spezialisten, z.B. Ärzten oder Krankenschwestern, die Rede war. Es gab auch Stimmen, dass beispielsweise Informatiker kein Interesse an einer Einwanderung haben, da sich für sie die Arbeit in Deutschland nicht lohne.

Einwanderung im Grenzgebiet

Auch in deutsch-polnischen Grenzgebieten findet eine intensive, jedoch spezifische Integration der Polen statt. Nicht die Arbeitsstellen, sondern vielmehr billiger Wohnraum (Wohnungen und Häuser) wirken hier wie ein "Magnet" auf die polnischen Zuwanderer. Als Musterbeispiel hierfür lässt sich das von Abwanderung betroffene Gebiet Uecker-Randow im Nordostdeutschland nennen.[28] Diese periphere Region Deutschlands mit einer für deutsche Verhältnisse sehr hohen Arbeitslosenrate (16,5%)[29] lockt Polen hauptsächlich mittels attraktiver Wohnangebote an. Letztlich können sich diejenigen, die sich in Stettin mit einer engen Zweizimmerwohnung begnügen müssten, in Löcknitz eine Vierzimmerwohnung leisten. Selbstverständlich spielt dabei die Nähe der Grenze eine wesentliche Rolle, da Pendler auf ihr bisheriges Lebensumfeld nicht verzichten müssen. So liegt die Ortschaft Löcknitz beispielsweise nur 25 km westlich von Stettin. "*Ich habe Familie in Polen, und ich brauche nur eine Stunde, um bei ihr zu sein*", betonen Polen, die dauerhaft zwischen beiden Ländern pendeln. Viele von ihnen arbeiten auf der polnischen Seite der Grenze, meistens in Stettin – der größten Stadt dieses deutsch-polnischen Grenzgebietes. Unter ihnen gibt es vor allem Familien, gut ausgebildete junge Paare, die auf der deutschen Seite der Grenze Häuser kaufen, gerne im ländlichen Raum. Ihre Kinder besuchen häufig lokale Kitas und Schulen. Es gibt aber auch umgekehrte Beispiele – von polnischen Pendlern, die in Deutschland arbeiten, aber einen festen Wohnort in Polen haben. Aufgrund der Besonderheiten des lokalen bzw. des regionalen Arbeitsmarktes handelt es sich dabei vor allem um Spezialisten mit guten Deutschkenntnissen, die entweder in deutschen Firmen angestellt sind oder um Selbständige mit einem niedergelassenen Gewerbe. 200 Unternehmer/Gewerbe mit polnischem Kapital oder polnischen Anteilseignern oder auch – im Dienstleistungssektor – mit polnischen Firmenleitern wurden allein im Kreis Uecker-Randow registriert. Die Mehrheit dieser polnischen Firmen bilden kleine Familienbetriebe (z.B. Schneidereien, Lebensmittelgeschäfte,

28 Vgl. A. Łada, J. Segeš Frelak (Hg.), Eine Grenze verschwindet, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2012.
29 Vgl. Bundesagentur für Arbeit, online nachlesbar unter: http://www.statistik.arbeitsagentur.de [aufgerufen am: 4 April 2014].

Restaurants und Bars), manchmal gibt es aber auch mittelständische Unternehmen.[30]

Bei all diesen positiven Beispielen gibt es im Grenzgebiet selbstverständlich auch einige "schwarze Schafe". Es handelt sich dabei um Polen, die attraktive Wohnangebote in Deutschland als Chance zur Steigerung ihrer Lebensqualität durch finanzielle Zuschüsse sehen (sei es mittels Wohngeld oder Arbeitslosenhilfe). Einige von ihnen sind jedoch nach Polen zurückgekehrt, da die Lebenshaltungskosten in Deutschland den erwarteten Nutzen übersteigen.[31]

Bei der grenznahen Zuwanderung spielt auch die aktive Politik der lokalen Selbstverwaltung eine Rolle. Die grenznahen Gemeinden fördern die Zuwanderung aus Polen als wichtige Entwicklungschance für ihre Region. So werden beispielsweise gezielte regionale oder lokale PR-Kampagnen veranstaltet (wie Werbespots in lokalen Fernsehprogrammen, in denen einer der Bürgermeister für Mecklenburg-Vorpommern wirbt).[32] Polnische Immobilieneigentümer haben auch – wie Deutsche – Anspruch auf Zuschüsse bei Renovierungsarbeiten aus lokalen Förderprogrammen. Sie sind auch berechtigt, Kindergeld zu beziehen. Überdies stellen lokale Selbstverwaltungen gerne Mitarbeiter mit Polnischkenntnissen ein, um den Einwanderern die Behördengänge zu erleichtern. Diese Marketingstrategie hat sich häufig als wirkungsvoll erwiesen. So wurden u.a. in manchen Ortschaften bestehende Probleme mit leerstehenden Wohnungen und leeren Schulen oder Kitas gelöst.[33]

Obwohl polnische Zuwanderung von lokalen Selbstverwaltungen gefördert wird und von der Mehrheit der Einheimischen positiv wahrgenommen wird, gibt es auch negative Reaktionen. Skeptisch gegenüber polnischen Migranten sind vor allem diejenigen Vertreter der lokalen Gemeinschaften, die – aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit auf dem heimischen Arbeitsmarkt – durch Propaganda der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) beeinflusst sind. Die Rechtsextremen machen die Polen für regionale Probleme verantwortlich

30 Vgl. Statistik der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg, Stand: Juli 2011.
31 Vgl. Łada, Frelak , Eine Grenze verschwindet, a.a.O.
32 Vgl. M. Świtała-Koślacz, Die in östlichen Bundesländern ansässigen Polen werden zum Opfer der nationalistischen Gewalt, Zentrum für Osteuropastudien, Warschau, 8. Mai 2008.
33 Vgl. F. Barthel, Auswirkungen der Immigration polnischer Bürger auf den Landkreis Uecker-Randow am Beispiel von Löcknitz: im Fokus: Wohnungsmarkt, Siedlungsentwicklung sowie Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, Schriftenreihe der Hochschule Neubrandenburg, Bd. 9, Neubrandenburg 2010.

und beschuldigen sie u.a. des Diebstahls oder lasten ihnen nicht genügend vorhandene Arbeitsplätze an.[34]

Die Integration der Polen in Deutschland

Unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache stellen eine der höchsten Hürden bei der Arbeitssuche dar und hemmen eine noch erfolgreichere Integration der Polen. Jeder vierte Pole (24%) gibt an, Englisch zu sprechen, ein Fünftel (20%) spricht Russisch, und jeder Achte (12%) kann Deutsch. Die Ergebnisse einer Untersuchung über tatsächliche und nicht angegebene Deutschkenntnisse der in Deutschland ansässigen Polen liefern jedoch Belege dafür, dass die Sprachkenntnisse nicht zufriedenstellend sind.[35]

Laut des Berichts des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) pflegen **polnische Migranten (63,3%), ähnlich wie Italiener (66,5%) und Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, Kontakte zu Deutschen und haben deutsche Bekannte/Freunde.** Die am besten in Deutschland integrierte Zuwanderergruppe sind dabei die Polinnen, was auf häufigere Beziehungen mit Deutschen als bei anderen Migranten zurückzuführen ist.[36]

Ein wichtiger Indikator für erfolgreiche Integration ist auch die zivilgesellschaftliche Partizipation. Die neusten Einwanderer aus Polen beteiligen sich nicht im Rahmen der traditionellen Polonia-Strukturen, die sie als zu konservativ und zu fixiert auf Fragen des "Polentums" wahrnehmen. Sie engagieren sich in verschiedenen Lebensbereichen und agieren auf wenig formalisierte Art. Es handelt sich dabei vor allem um Initiativen junger Kulturschaffender und Künstler mit polnischem Migrationshintergrund bzw. um diejenigen, die für polnische Einwanderer in Deutschland verschiedenartige Hilfestellungen bieten.[37]

In der Regel gründen sie private Initiativen, z.B. um Polnischunterricht für Kinder zu geben oder Treffen mit polnischen Altersgenossen zu organisieren. Diese Gruppe der sogenannten "neuen Mittler" gilt als

34 Vgl. Łada, Frelak , Eine Grenze verschwindet, a.a.O.
35 Nach dem Bericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gaben 27,3% der Polen und 13,5% der Polinnen zu, im alltäglichen Umgang Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache zu haben. Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, (Hg.), Fortschritte der Integration. Zur Lage der fünf größten Ausländergruppen in Deutschland, Nürnberg 2010.
36 Ebd.
37 Vgl. E. Mansfeld, M. Szaniawska-Schwabe, Neue Mittler – Junges polnisches Engagement in Deutschland / Nowi pośrednicy – O młodych formach polskiego zaangażowania w Niemczech, Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart 2012.

"ungenutzte Chance für die Vertiefung des deutsch-polnischen Dialogs auf zivilgesellschaftlicher Ebene ".[38]

Polen haben auch Anspruch auf Kindergeld, unter der Voraussetzung, dass einer der Elternteile in Deutschland legal tätig ist, einen festen Wohnort im Land hat und hier Steuern zahlt. 144.058 polnische Kinder (von insgesamt 660.000 ausländischen Kindern) zählen zu den Leistungsempfängern von Kindergeld.[39] Fast ein Drittel dieser Kinder (28,71%) lebt in Polen. 60 Mio. von 357 Mio. Euro, die der deutsche Staat jährlich für Kindergeld ausgibt, fließen direkt nach Polen.[40] Die Bundesregierung stellte im März 2014 Änderungen bei der Inanspruchnahme sozialer Sicherungen in Deutschland durch Angehörige von Bürgern aus EU-Mitgliedstaaten vor. Die Änderungen seien nicht gegen Migranten, sondern vielmehr gegen systematischen Missbrauch gerichtet, so die Begründung.[41]

Folgen der polnischen Auswanderung nach Deutschland für Polen

Zum Zeitpunkt des polnischen EU-Beitritts wurde die Anzahl der sich temporär im Ausland aufhaltenden Polen auf ca. 1 Mio. Personen

38 Barbara Cöllen, "Junge Polonia in Deutschland – Neue Mittler, Polen und Deutschland" (*Młoda Polonia w Niemczech – nowi pośrednicy*), Beitrag für die Deutsche Welle vom 23. Juni 2012, online nachlesbar unter: http://www.dw.de/m%C5%82oda-polonia-w-niemczech-nowi-po%C5%9Brednicy/a-16040236 [aufgerufen am: 4. April 2014].

39 Polen stellten in Deutschland beispielsweise 7.025 Anträge auf Kindergeld/Sozialgeld für polnische Kinder, die 2011 geboren wurden. Dies waren 0,88% von allen 800.173 gestellten Anträgen – der größte Anteil unter den EU-Bürgern nach den Deutschen selbst (insgesamt belief sich der Anteil der Anträge ausländischer EU-Bürger auf 4,3% aller Anträge). Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses zu "Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten", Berlin 2014, S. 32.

40 Vgl. Malgorzata Matzke, "Polnische Kinder auf deutsche Hilfe angewiesen. Jedes Jahr werden 60 Mio. Euro nach Polen transferiert" (Polskie dzieci na niemieckim zasiłku. Co roku transfer 60 mln euro do Polski), Beitrag für die Deutsche Welle vom 23. Dezember 2013, online nachlesbar unter: http://www.dw.de/polskie-dzieci-na-niemieckim-zasi%C5%82ku-co-roku-transfer-60-mln-euro-do-polski/a-17317938 [aufgerufen am: 26. März 2014]; Barbara Cöllen, "Deutsche planen Verschärfung der Kontrollen bei Inanspruchnahme von Kindergeld für Kinder der Ausländer" (Niemcy planują ostre kontrole zasiłków na dzieci obcokrajowców), Beitrag für die Deutsche Welle vom 23. März 2014, online nachlesbar unter: http://www.dw.de/niemcy-planuj%C4%85-ostre-kontrole-zasi%C5%82k%C3%B3w-na-dzieci-obcokrajowc%C3%B3w-tak%C5%BCe-polak%C3%B3w/a-17514946 [aufgerufen am: 26. März 2014]

41 So soll beispielsweise durch eine Verpflichtung zur Nennung der Steuernummer beider Elternteile die Möglichkeit des doppelten Bezugs von Kindergeld ausgeschlossen werden. Es soll besser koordiniert und geprüft werden, ob für das Kind in Polen bzw. in einem anderen Land bereits ein Zuschuss ausgezahlt wird. Bei nachweislichem Missbrauch solle eine Strafe folgen. Die Bundesregierung bietet auch Unterstützung für die Kommunen mit der höchsten Anzahl an Migranten, die Sozialtransfers beziehen. Dafür wurde ein Fond von 200 Mio. Euro bereitgestellt. Vgl. Bundesministerium des Inneren / Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses zu "Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten", Berlin 2014.

geschätzt. Ende 2012 waren es bereits 2,13 Mio. Personen.[42] Das enorme Ausmaß der Auswanderung hat viele positive wie negative Folgen für Polen, so dass sich dieser Prozess nicht eindeutig beurteilen lässt.

Als wichtige volkswirtschaftliche Folge der polnischen Auswanderung gelten die Finanztransfers von im Ausland lebenden Polen in die Heimat. Laut Schätzungen der Polnischen Nationalbank (NBP) betrug die Gesamthöhe der privaten Transfers aus dem EU-Raum 32.250 Mio. Euro, errechnet für den Zeitraum vom 2. Quartal 2004 bis Ende 2012.[43] Diese Finanzspritze trug indirekt, aber wesentlich zum Wirtschaftswachstum bei, ob durch das Ankurbeln der Nachfrage oder durch Investitionen in Bildung oder Neugründungen. Auf lokaler Ebene fiel der Einfluss der Arbeitsmigration auf die wirtschaftliche Entwicklung jedoch geringer aus.[44]

Die Migrationsentscheidung selbst empfinden viele Polen als Möglichkeit zur Verbesserung ihrer materiellen Situation, als Karrieresprung und/oder sozialen Aufstieg. Die Migration könnte jedoch gleichzeitig polnische Familienstrukturen destabilisieren, u.a. durch den Zerfall des familiären Zusammenhalts oder in Folge der steigenden Passivität von Familienmitgliedern, die im Heimatland bleiben, aber von ausländischen Geldtransfers abhängig werden.[45]

Der so genannte ‚Brain Drain' ist eine weitere Herausforderung in Zusammenhang mit der Arbeitsmigration von Polen. Dieses Phänomen bedeutet die Ausübung einer Tätigkeit, die entweder unterhalb der eigenen Qualifikationen liegt oder nicht kompatibel ist mit bereits erworbenen Qualifikationen. Die Allgegenwärtigkeit dieses Problems resultiert aus Besonderheiten der Nachfrage nach Arbeitskräften in den Aufnahmeländern gegenüber polnischen Migranten. Langfristig kann dies von der Verminderung der eigenen Qualifikationen bis hin zum Berufsverlust und der generellen Verschlechterung der eigenen Stellung auf einheimischen wie auch ausländischen Arbeitsmärkten führen.

42 Vgl. Polnisches Statistikamt (GUS) (Hg.), Information über Ausmaß und Richtungen der Auswanderung aus Polen 2004-2012 *(Informacja o rozmiarach i kierunkach emigracji z Polski w latach 2004–2012)*, Warschau, Oktober 2013.

43 Vgl. Einfluss der Finanztransfers auf die polnische Wirtschaft 1992-2012, Bericht der Western Union, vorbereitet durch CASE (Wpływ przepływów pieniężnych na polską gospodarkę w latach 19992 – 2012 – raport Western Union przygotowany przez CASE).

44 Vgl. P. Kaczmarczyk, Gegenwärtige ausländische Migration der Polen. Lokale und regionale Aspekte (Współczesne migracje zagraniczne Polaków. Aspekty lokalne i regionalne), Zentrum für Migrationsforschung, Universität Warschau, Warschau 2008.

45 Vgl. ebd.; E. Jadźwińska, M. Okólski, Menschen auf einer Schaukel. Migration zwischen peripheren Regionen Polens und des Westens (Ludzie na huśtawce. Migracje między peryferiami Polski i Zachodu), Wydawnictwo Naukowe Scholar, Warschau 2001.

Wandeln die Polen ihre im Ausland erworbenen Berufserfahrungen nach der Rückkehr ins Heimatland in einen Erfolg auf dem Arbeitsmarkt um? Laut Umfragen für die Wojewodschaft Schlesien arbeiten 49,2% der Zurückgekehrten Vollzeit, 8,7% sind selbständig und 17,8% bleiben arbeitslos. Die Autoren der zitierten Analyse stellen fest, dass Migrationserfahrungen die berufliche Aktivität der Personen, die ohne Berufserfahrung auswanderten, erhöhten, wodurch sie sich relativ leicht in den regionalen Arbeitsmarkt reintegrieren konnten. Arbeitslos bleiben dagegen die Personen, die nach ihrer Rückkehr keine neuen Berufsqualifikationen erworben haben, die der Nachfrage auf dem lokalen Arbeitsmarkt entsprechen. In dieser Gruppe gibt es viele Hochschulabsolventen, die unterhalb ihrer Qualifikationen gearbeitet haben.[46]

Gemeinsame 10 Jahre – Kommentar und Schlussfolgerungen

- **2004 dominierten in Deutschland Befürchtungen, dass ein uneingeschränkter Zugang zum einheimischen Arbeitsmarkt Deutschland mit billigen Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedstaaten "überfluten" wird.** Heute weist vieles darauf hin, dass die deutsche Volkswirtschaft durch die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit aufgrund der Übergangsfristen für Bürger aus den neuen Mitgliedstaaten viel verloren hat und dass die ursprünglichen Überfremdungsängste unbegründet waren.
- **Skeptische, verängstigte Stimmen sind mit der Zeit verstummt, und es hat sich eine immer bessere Wahrnehmung der polnischen Arbeitnehmer entwickelt. Die Überzeugung, dass – vor allem in ausgewählten Bereichen – polnische Arbeitsmigration notwendig ist, hat sich durchgesetzt.**
- **Bevor der Arbeitsmarkt vollständig liberalisiert wurde gab es verschiedene Spekulationen bzgl. der zu erwartenden Anzahl polnischer Migranten** in Deutschland nach dem 1. Mai 2011. Experten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung errechneten, man könne – je nach Szenario – 51.000 bis 134.000 Arbeitsmigranten aus den EU-8-Staaten für das Jahr 2011 und 22.000 bis 58.000 für das

46 Vgl. J. Brzozowski, Analyse der zurückkehrenden Migranten auf die sozial-ökonomische Entwicklung der Wojewodschaft Schlesien (Analiza wpływu powrotów z emigracji na rozwój społeczno-gospodarczy województwa śląskiego), Krakau 2012.

Jahr 2020 erwarten.[47] Laut Berechnungen der Kieler Bundesagentur für Arbeit sollte es in Deutschland vier Jahre nach 2011 höchstens noch 250.000 polnische Arbeitskräfte geben.[48] Die Analyse der tatsächlichen Zuwanderungstrends lässt Schlussfolgerungen zu, wonach diese Schätzungen ziemlich genau sind. Man könnte dabei allerdings eine Korrektur einführen – die verstärkte Einwanderung fand nicht direkt nach der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit statt, sondern in den darauf folgenden Jahren. Dies ist die Folge der damaligen Wirtschaftslage in Europa. Es kam zu einer verstärkten Arbeitsmigration anderer EU-Bürger – aus den von der Krise besonders betroffenen Ländern Südeuropas.

- **Vor einigen Jahren glaubte man, dass die stärkste Migrationswelle aus Polen bereits nach der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit durch manche EU-Mitgliedsländer vorbei sein würde, also noch vor der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes.** Diese ursprünglichen Trends wurden durch die Finanz- und Wirtschaftskrise revidiert. Viele Polen haben sich zu einer Rückkehr ins Heimatland entschieden. Gleichzeitig sank auch die generelle Bereitschaft zum Auswandern. Die polnische Auswanderung hat nicht selten einen temporären Charakter. Das bedeutet, dass die Auswandernden nicht unbedingt an dieselben Orte oder in dieselben Länder migrieren. Auch Deutschland reizt einige dieser Migranten, da dieses Land seit fast 150 Jahren in Polen als attraktives Zielland der Arbeitsmigration gilt, schon aufgrund der territorialen Nähe[49]. Überdies erzeugen die verbesserte wirtschaftliche Konjunktur Deutschlands, die Erfolge der deutschen Exporte und die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in diesem Jahr.
- **Im Laufe der Zeit änderte sich auch die Art und Weise, wie sich Polen in Deutschland beruflich aufstellen.** Auch außerhalb der Tätigkeiten im Pflegebereich, im Bauwesen oder in der Landwirtschaft

47 Vgl. T. Baas, H. Brücker, Wirkungen der Zuwanderungen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft. WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010, S.37-39, 47-48, 54.

48 Vgl. C. Tenbrock., M. Zdziechowska, "Arbeitskräfte 'Wir brauchen junge Leute", in: "Die Zeit" vom 14. Oktober 2010, online nachlesbar unter: http://www.zeit.de/2010/42/Lehrlinge-Facharbeiter-Osteuropa. [aufgerufen am: 4. April 2014].

49 Vgl. Gespräch über Freizügigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt mit Professor Marek Okólski vom Zentrum für Migrationsforschung der Universität Warschau *(Rozmowa o otwarciu niemieckiego rynku pracy z Prof. Markiem Okólskim z Ośrodka Badań nad Migracjami UW)*, in: Biuletyn Migracyjny, Mai 2011.

finden immer mehr Polen Beschäftigungen, für die hohe Berufsqualifikationen nötig sind, wie etwa Anstellungen als Ärzte oder Krankenschwestern.

- **In der deutschen Zuwanderungsgesellschaft fallen Polen nicht auf und finden Anerkennung als gut integrierte Ausländergruppe, sowohl durch ihre kulturelle Nähe, als auch aufgrund ihres Integrationswillens.** Polen bilden keine "Wohngettos". Wer sich von ihnen zu einem längeren Aufenthalt in Deutschland entscheidet, beherrscht auch meistens die deutsche Sprache und schickt seine Kinder auf deutsche Schulen und Kitas. Aus diesem Grund werden Polen nicht von der aufnehmenden Gesellschaft kritisiert. Es werden in Deutschland keine aggressiven Stimmen seitens bedeutender politischer Kräfte laut, wie dies in Großbritannien oder in den Niederlanden der Fall ist. Antipolnische Parolen greifen nur Rechtsextreme in den östlichen Bundesländern auf. Diese - z.B. der Vorwurf, dass Polen den Deutschen die Arbeit wegnehmen – basieren jedoch nicht auf tatsächlichen Fakten. Das durchaus positive Bild des polnischen Arbeitnehmers und Statistiken, die auf keinerlei Andrang von polnischen Migranten hinweisen, tragen dazu bei, dass in der Debatte zum Thema Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen die Polen sogar als vorbildliche Migranten dargestellt werden.
- **Junge, gut ausgebildete Polen in Deutschland schließen sich keinen traditionellen Polonia-Gruppierungen an. Sie bilden eher eigene Gruppen oder haben kein Interesse an Kontakten zu polnischen Organisationen.**
- **Die Öffnung der Grenzen intensivierte vielfältige Beziehungen im Grenzraum,** u.a. in nördlichen Regionen des deutsch-polnischen Grenzgebietes. Die Freizügigkeit führte in diesem Gebiet zur Entstehung einer "neuen" polnischen Migration. Die Besonderheit dieser Einwanderung ist ihr partieller Charakter – Migranten teilen harmonisch ihre wichtigsten Lebensbereiche (Arbeit und Familienleben) zwischen Polen und Deutschland auf.

Gemeinsame Zukunft – Herausforderungen und Erwartungen

- **Eine Verstärkte Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist auch in den nächsten Jahren zu**

erwarten (aufgrund demographischer Gründe – der allgemeinen Alterung der Gesellschaft). Da in diesem Zusammenhang **Hochqualifizierte besonders nachgefragt** sein werden, wird die Einwanderung aus Polen von Berufsgruppen wie Ärzten, Krankenschwestern oder Informatikern zunehmend im Fokus stehen.

- **Polen werden auch zukünftig nach Deutschland ziehen, da dieses Land traditionell eines der beliebtesten Auswanderungsziele polnischer Arbeitsmigranten ist.** Für Deutschland spricht vor allem Folgendes: die Nachbarschaftslage, die Stabilität der deutschen Volkswirtschaft, das deutsche Sozialsystem sowie einfach die Tatsache, dass hier bereits Verwandte oder Freunde leben. Gleichzeitig kann jedoch – mit der schrittweisen Einführung der Mindestlöhne – die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Arbeiter auf dem deutschen Arbeitsmarkt sinken. Zu Konkurrenten um Arbeitsplätze in Deutschland können sich in den nächsten Monaten auch Bulgaren und Rumänen entwickeln. Migrationsströme aus Polen könnten auch durch den Prozess der schleichenden Angleichung des Durchschnittseinkommens zwischen beiden Ländern ausgebremst werden.
- **Die Einführung von Mindestlöhnen könnte vor allem polnische Saisonarbeiter und andere Arbeiter, die einfache Tätigkeiten ausüben, beeinflussen.** Mindestlöhne könnten die Arbeitslosenquote in Deutschland erhöhen, da durch die Verpflichtung von Arbeitnehmern zu höheren Löhnen einige Beschäftigte ihre Stellen verlieren könnten. Auch für Migranten würde dadurch die Arbeitssuche erschwert. Überdies könnten neue arbeitsrechtliche Probleme entstehen, z.B. in Bezug auf Arbeiter bei der Ernte, auf Baustellen oder im Dienstleistungssektor, also in Bereichen, in denen die Polen bisher für niedrigere Stundenlöhne als Deutsche gearbeitet haben.
- **Gut ausgebildete Polen, die in Deutschland bessere Stellen besetzen (Hochqualifizierte), können sich für einen längeren Aufenthalt in Deutschland entscheiden** und sich gut in lokalen Gemeinschaften integrieren. Diese bereits heute spürbaren Trends werden somit fortgesetzt.
- **Passende Angebote (vor allem Sprachangebote) sind unabdingbar, um die Zuwanderung von hochqualifizierten Polen zu fördern.**

- **Negative Meinungen gegenüber Zuwanderern wird es wieder in Deutschland geben, ähnlich wie es derzeit schon der Fall ist in anderen Zielländern** wie Großbritannien oder den Niederlanden. Negative Stimmen werden zyklisch stärker, meistens während der Wahlkämpfe. Nichtsdestotrotz hat die deutsche Zuwanderungsdebatte weder die emotionale Stärke noch das populistische Ausmaß jener Diskussionen in Großbritannien oder in den Niederlanden. Die Debatten in Deutschland wirken nicht so stark polarisierend wie in anderen Ländern. Dies liegt an der deutschen politischen Streitkultur und einem auf Fakten abstellenden öffentlichen Diskurs, der ohne scharfe Proteste stattfindet (Parolen a lá David Cameron, der mit erhobenem Zeigefinger auf die Polen zeigte als angeblich Schuldige des nationalen Haushaltsdefizits aufgrund ihrer Inanspruchnahme von Sozialhilfen, werden in Deutschland nur durch extreme Gruppierungen aufgegriffen). Die Deutschen beobachten und reagieren allerdings auch auf britische oder niederländische Argumente und werden wohl mit der Zeit einige (protektionistische) Regulierungen im einheimischen Sozialsystem vornehmen. Als Beispiel hierfür können erste formalrechtliche Anpassungen beim Kindergeld-Verteilungsschlüssel gelten. Diskussionen um Auswirkungen der Einwanderung auf die Sozialsysteme werden die gesellschaftliche Wahrnehmung von Migranten beeinflussen. Die Einführung eines Verbots der Inanspruchnahme von sozialen Transferleistungen könnte Entscheidungen über eine Auswanderung nach Deutschland negativ beeinflussen, wobei keine gravierenden Veränderungen bei der Einstellung der Polen zu erwarten sind.
- **Bis zum heutigen Zeitpunkt hat das durchaus positive Bild des polnischen Arbeiters/Arbeitnehmers Auswirkungen auf die generelle Wahrnehmung der Polen durch die Deutschen**[50]. Für die nächsten Jahre ist mit der Fortsetzung dieses Trends zu rechnen, insbesondere wenn immer mehr Hochqualifizierte nach Deutschland einwandern sollten.
- **Gegenwärtige europaweite Migrationsdebatten sind auch in Deutschland spürbar.** Das positive Bild des polnischen Arbeitnehmers kann jedoch dazu beitragen, dass in diesen Diskursen kein negativer

50 Mehr dazu im Kapitel: Gemeinsam in der Europäischen Union – Die Verbesserung der gegenseitigen Wahrnehmung.

Zusammenhang mit Polen hergestellt wird. So war es bereits anlässlich der Diskussion über die Liberalisierung des Arbeitsmarktes für Bulgaren und Rumänen der Fall. Langfristig wird es in Deutschland auch keine migrantenfeindliche Stimmung geben. Die steigende Nachfrage der deutschen Wirtschaft nach Arbeitskräften und die Dringlichkeit einer Zuwanderung, um die Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme angesichts des Geburtenrückgangs sicherzustellen, verstärken die Bereitschaft zur Öffnung für Migranten aus kulturell verwandten europäischen Ländern.

- **Die größten Verluste beim BIP-Anstieg aufgrund der Auswanderung zwischen 2014 und 2020 werden schätzungsweise folgende Wojewodschaften zu spüren bekommen: Schlesien (15 Mrd. Euro), Kleinpolen (12,2 Mrd. Euro), Niederschlesien (11,8 Mrd. Euro), Vorkarpaten (11,6 Mrd. Euro)**. Geringere Verluste werden dagegen spürbar werden in: Masowien (9,6 Mrd. Euro), Pommern (8,6 Mrd. Euro), Lublin (7,3 Mrd. Euro), in Podlachien (7,1 Mrd. Euro), Ermland-Masuren (7,0 Mrd. Euro), Oppeln (7,0 Mrd. Euro), Westpommern (7,0 Mrd. Euro), Großpolen (6,9 Mrd. Euro) und Kujawien-Pommern (6,9 Mrd. Euro). Die Metropolen dieser Wojewodschaften (Rzeszów, Opole, Białystok, Olsztyn, Kraków, Lublin und Szczecin) sind nicht ausreichend attraktiv, wenn es um die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht[51].
- **Nach neuesten Prognosen soll Deutschland im Zeitraum 2014 bis 2020 zu einem der größten Profiteure der polnischen Zuwanderung werden (**mit 50 Mrd. Euro), neben den Volkswirtschaften Großbritanniens (63,7 Mrd. Euro), Irlands (11,8 Mrd. Euro), Italiens und der Niederlande (je 9,7 Mrd. Euro), Frankreichs (6,3 Mrd. Euro), Belgiens (4,8 Mrd. Euro), Schwedens (3,8 Mrd. Euro) und Spaniens (3,7 Mrd. Euro)[52].

Aus dem Polnischen: Magdalena Szaniawsa-Schwabe

51 Vgl. Polnisches Statistikamt (GUS) (Hg.), Ausländische Migration der Bevölkerung. Nationale Volkszählung 2011, Bericht vom 28. Oktober 2013, S. 88.

52 Vgl. J. Kobeszko, 2014 bis 2020 werden polnische Einwanderer zum wirtschaftlichen Wachstum Großbritanniens und Deutschlands beitragen, Analyse des Sobieski-Instituts, Nr. 60, November 2013.

Mehr zum Thema der polnischen Zuwanderung nach Deutschland in folgenden Publikationen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten:

- J. Frelak, A. Łada, K. Schwarz, Polnische Arbeitsmigration nach Deutschland – Fakten und Mythen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2009. [pln., dt.]
- J. Frelak, A. Łada, B. Petrulewicz (Zusammenarbeit), Die Polen kommen! Na endlich! Polnische Arbeitsmigration nach Deutschland – Analyse am Vortag der Arbeitsnehmerfreizügigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt für Polen *(Polacy nadchodzą!... Wreszcie! Polska migracja zarobkowa do Niemiec – analiza w przededniu otwarcia niemieckiego rynku pracy dla polskich obywateli)*, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2011.[pln.]
- A. Łada, J. Segeš Frelak (Hg.), Eine Grenze verschwindet, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2012. [pln., dt.]
- A. Łada, M. Fałkowska-Warska (Mitarbeit), Das Erscheinungsbild der polnischen Erwerbsmigration nach Deutschland im Spiegel der polnischen und deutschen Presse im Zuge der vollständigen Öffnung des Arbeitsmarktes, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2012. [pln., dt.]

Eva Feldmann-Wojtachnia, Magdalena Szaniawska-Schwabe

GEMEINSAM IN DER EUROPÄISCHEN UNION – CHANCEN FÜR VERTIEFTE JUGENDBEGEGNUNGEN

Laut Meinungsforschung gilt die Jugend als eine der größten Nutznießer des europäischen Integrationsprozesses.[1] In der Tat hat die Europäische Union den Jugendlichen viele Türen geöffnet. Angesichts der Verhältnisse zwischen jungen Deutschen und Polen ist dies besonders stark zu spüren, weil die Oder über Jahre gleichsam eine Grenze bildete zwischen zwei Welten – der Europäischen Union und dem beitrittswilligen Mittel- und Osteuropa. **Die polnische EU-Mitgliedschaft ermöglicht der jungen Generation von Polen und Deutschen vielfältigste Möglichkeiten der gegenseitigen Kontaktaufnahme, um so Gemeinsamkeiten zu erfahren und diese miteinander zu teilen.**

Nach dem Umbruch 1989 und zu Beginn der 1990er Jahre wurden gewaltige Prozesse des gesellschaftlichen Wandels und der politischen Transformation in Polen, aber auch im wiedervereinigten Deutschland eingeleitet. Die Generation derjenigen Jugendlichen, deren prägendste Erlebnisse der Mauerfall oder die ersten freien Wahlen in Polen waren, ist heute erwachsen. Für die heutige Jugend und die jetzt Zwanzigjährigen ist das freie und grenzenlose Europa zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Die uneingeschränkte Freizügigkeit wurde ihnen praktisch in die Wiege gelegt. Sie kennen keine andere Realität und spüren oft kein Bedürfnis, das vereinte Europa mitzugestalten. Dieses Europa – konkret: die europäische Integration – beeinflusst sie jedoch stärker, als es ihnen bewusst ist. Im europäischen Rahmen können sie unbeschwert Kontakte knüpfen, sich im EU-Ausland weiterbilden und Qualifikationen erwerben, spannende Reisen unternehmen – ohne dabei auf Formalitäten achten zu müssen. Globale Trends, das Internet, ein ähnlicher Lebensstil oder vergleichbare Interessen führen dazu, dass sie alle eine gemeinsame

1 Vgl. Ł. Wenerski, Die Union gibt oder nimmt weg? Die erste Dekade der EU-Mitgliedschaft Polens in den Augen der Vertreter der polnischen Selbstverwaltungen (*Unia daje czy zabiera? Dekada członkostwa Polski w UE w oczach przedstawicieli polskich samorządów*), Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013.

Werte- und Interessengemeinschaft bilden. Fußball oder soziale Netzwerke verbinden dabei mehr als das nationale kulturelle Erbe.[2]

Das vergangene Jahrzehnt der gleichberechtigten Mitgliedschaft in der EU gab den jungen Polen und Deutschen die Möglichkeit, sowohl die Vorteile der Integration zu nutzen, als auch das Vorhandensein der oben erwähnten Interessengemeinschaft zu reflektieren. Nichtsdestotrotz bleibt noch viel zu tun – Asymmetrien sind auf der Ebene der Jugendzusammenarbeit vor allem beim gegenseitigen Interesse und beim Wissen voneinander besonders stark ausgeprägt. Die Polen interessieren sich stärker für und wissen viel mehr über Deutschland als junge Deutsche über Polen.

Die Situation vor dem EU-Beitritt Polens

Vielfältige Möglichkeiten zum gegenseitigen Kennenlernen gab es bereits in den 1990er Jahren. Beispielsweise besteht das Sokrates/Erasmus-Programm, das heute als erfolgreichstes Studentenaustauschprogramm weltweit gilt, für Polen seit 1998.[3] Gleichzeitig wurden auch die Programme "Jugend für Europa" und "Leonardo Da Vinci" (die Förderung von Innovation und Weiterbildung) auf Polen ausgeweitet.[4] Die ersten polnischen Studenten nahmen so noch vor 2004 am Sokrates/Erasmus-Programm in Deutschland teil. Vor dem EU-Beitritt Polens (im Wintersemester 2003/2004) kamen 1.870 von insgesamt 6.276 im Ausland studierenden Polen nach Deutschland (fast 30%). Zum Vergleich: nur 395 der insgesamt 20.688 im Ausland studierenden Deutschen besuchten zur selben Zeit eine Hochschule in Polen (knapp 2%).[5] In Deutschland sahen

2 Vgl. A. Łada (Hg.), Nachbarn kennenlernen! Wirkung deutsch-polnischer Jugendbegegnungen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2014.

3 Das Erasmus-Programm wurde 1987 gegründet. Heute nehmen fast 3 Mio. Studierende am Erasmus-Programm teil. Polen entsandte das meiste Hochschulpersonal ins Ausland. Vgl. Europäische Kommission (Hg.), Erasmus. Fakten, Zahlen und Trends. Die Förderung des Austauschs von Studierenden und Hochschulpersonal sowie der Hochschulzusammenarbeit in der Europäischen Union 2010-11, Brüssel 2012, S. 5.

4 Das Programm "Erasmus+" löste 2014 bisherige Programme ab. Der siebenjährige Finanzrahmen (2014-2020) beläuft sich auf 14,7 Mrd. Euro; dies bedeutet eine 40-prozentige Erhöhung im Vergleich zur vorherigen Tranche der EU-Bildungsprogramme. Das Programm richtet sich an über 4 Mio. Personen: Studierende, Schüler und Erwachsene, die an Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung teilnehmen oder sich zu Studienzwecken im EU-Ausland aufhalten. Vgl. hierzu die Angaben des polnischen Bildungsministeriums, online nachlesbar unter: http://www.men.gov.pl/index.php/aktualnosci6/882-akademia-erasmus-konferencja-z-udzialem-wiceminister-edukacji-narodowej [aufgerufen am: 21. April 2014].

5 Vgl. Eurostat, Sokrates/Erasmus in Zahlen, online nachlesbar unter: http://www.e-fellows.net/HOME/Archiv/node_59181 [aufgerufen am: 21. April 2014].

sich diese polnischen "Vorreiter" als Nicht-EU-Bürger jedoch mit strikten Rahmenbedingungen für Auslandsaufenthalte konfrontiert. Vielen Polen kamen zudem die finanziellen Belastungen durch vergleichsweise höhere Lebenshaltungskosten besonders hoch vor. Vor der Einreise mussten sie eine bestimmte Summe auf ihrem Konto nachweisen können, um ein Studienvisum zu bekommen. Und nach der Ankunft in Deutschland mussten sie mit dem Bürokratiedickicht zurechtkommen. Sie klagten über Schwierigkeiten beim Eröffnen eines Bankkontos oder über Unhöflichkeiten des Personals bei Ausländerbehörden. Gleichzeitig lobten sie die gute Organisation und die erfahrene Bereitschaft zur Unterstützung an den aufnehmenden Universitäten. Polen, die nach dem 1. Mai 2004 nach Deutschland einreisten, d.h. bereits EU-Bürger waren, brauchten kein Visum mehr. Zudem wurde die Zuständigkeit für die Polen damals auf lokale Bürgerämter verlagert.

Die Entwicklung im Laufe der letzten zehn Jahre

Was bereits vor 2004 im bilateralen Rahmen geschah, konnte während der letzten zehn Jahre noch vertieft werden. Dank der – selbst wenn auch ursprünglich nur eingeschränkt gewährten – Freizügigkeit und der Fördergelder aus Brüssel haben sich für junge Polen neue Perspektiven eröffnet. Junge Deutsche und Polen nehmen heutzutage ein Studium im jeweiligen Nachbarland auf, bewerben sich dort um Stellen und nehmen an Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung teil.[6]

Perspektiven im Bereich Hochschulaustausch

Die Gruppe, die eindeutig vom polnischen EU-Beitritt profitiert hat, ist die der polnischen Studierenden und des polnisches Hochschulpersonals. Sie konnten plötzlich ohne Einschränkungen und relativ unbürokratisch an Programmen teilnehmen, die einen Studien- oder Forschungsaufenthalt im EU-Ausland ermöglichen.

6 Das Thema der Freiwilligenprogramme wird hier nicht ausführlich betrachtet aufgrund folgender Veröffentlichung, die zeitgleich herausgegeben wird: S. Marzluff, F. Pazderski (Hg.), Voluntering abroad in Poland and Germany, its implications on attitudes towards the respective neighbouring country, and its effects on images of Europe, Centre for Developments in Civil Society in FIVE e.V., Freiburg 2014.

Deutschland gehört unverändert übergreifend zu den beliebtesten Zielländern aller Studierenden. In Polen bekleidet Deutschland als beliebtestes Studienland im Wechsel mit Spanien sogar regelmäßig Platz 1 oder 2. Dagegen liegt Polen bei den deutschen Studierenden auf der Beliebtheitsskala relativ weit hinten.

Deutschland gehört zwar nicht zu den EU-Ländern mit den effektivsten und am stärksten geförderten Hochschulsystemen (etwa wie die Länder Skandinaviens). Dennoch gilt die deutsche Hochschullandschaft für Studierende aus Polen als äußerst attraktiv. So kamen zwischen 2008 und 2012 10.802 polnische Studierende nach Deutschland, während nur 3.632 Deutsche nach Polen wechselten.[7] 2012 gab es 20-mal mehr polnische Studierende in Deutschland als deutsche Studierende in Polen. Dies ist auf Unterschiede in politischen und verwaltungstechnischen Gegebenheiten zurückzuführen. Polen mangelt es vor allem an einer Struktur vergleichbar dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), sowie an einer staatlichen Agentur zur Koordinierung des Studienaustauschs. Die unterschiedlichen Zahlen der Austauschstudenten beruhen teilweise zudem auf einer sprachlichen Asymmetrie (viel mehr Polen sprechen Deutsch als umgekehrt), sowie auch auf einer von Seiten der Deutschen subjektiv empfundenen mangelnden Attraktivität Polens.

Sichtbare Unterschiede gibt es auch im Hinblick auf die Gesamtzahl der ausländischen Studierenden in beiden Ländern. So sind gegenwärtig (2014) in Polen 29.172 ausländische Studierende registriert (1,74% aller Studierenden). Das sind ca. 5.000 Studenten mehr aus dem Ausland als im Jahr 2012.[8] Deutsche gehören jedoch, anders als die östlichen Nachbarn Polens sowie Schweden oder Norweger, nicht zu den Nationalitäten, die bevorzugt Polen als Studienland wählen. Einige Deutsche hingegen studieren aber doch in Polen an medizinischen Facheinrichtungen, insbesondere in Grenzgebieten (z.B. in Stettin).

Die deutschen Hochschulen sind viel bunter als die polnischen. 4% von insgesamt über 11% der ausländischen Studierenden in Deutschland (Wintersemester 2012/13) waren Polen (6.972 Personen). Gleichzeitig geben viele Ausländer an, dass sie in Deutschland studieren, um hier

7 Vgl. Eurostat, Migrationsdaten für Studierende im Zeitraum 2008-2012, online nachlesbar unter: http://www.statisticsforall.eu/maps-erasmus-students.php [aufgerufen am: 21. April 2014].

8 Vgl. die Hochschulstatistik mit den Zahlen der Studierenden, online nachlesbar unter: https://www.sgsp.edu.pl/aktualnosci-sgsp/studenci-zagraniczni-w-polsce-2014-93.html [aufgerufen am: 21. April 2014].

einwandern zu können. Unter den Absolventen, die auch nach dem Studium in Deutschland geblieben sind (Angaben betreffend die Jahre 2001-2010) bilden die Polen die drittgrößte nationale Gruppe, nach Chinesen und Russen.[9] Hierzu zählen sowohl Studierende, die nach dem EU-Beitritt Polens eingewandert sind, als auch Deutsche mit polnischem Migrationshintergrund. Ebenfalls zu erwähnen ist, dass auf Basis einiger studentischer Initiativen auch polnischsprachige Netzwerke und Vereine entstanden sind.[10]

Herausforderungen im Zusammenhang mit der Anerkennung von ausländischen Qualifikationen

Im EU-Kontext sind für Polen neue Möglichkeiten durch formalrechtliche Garantien der Mobilität entstanden. So hat das bereits erwähnte Erasmus-Programm im Rahmen des Bologna-Prozesses (eingeleitet 1999)[11] den Weg für die Harmonisierung der Hochschulabschlüsse im Europäischen Hochschulraum (EHEA) geebnet. Es gibt auch eine EU-Berufsanerkennungsrichtlinie (RL 2005/36/EG) und die Lissaboner Anerkennungskonvention (LCR) von 1997 – die zwar nicht auf der Ebene der EU, sondern des Europarats und der UNESCO verabschiedet wurde. Nichtsdestotrotz bleibt in manchen Berufen die **Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen** eine Voraussetzung für die Berufsausübung im EU-Ausland. Deutschland hat einen hohen Bedarf an Hochqualifizierten. Die diesbezüglichen Hürden sind allerdings nur schwer zu meistern. **Die Polen zählen in diesem Kontext zu den Nationalitäten, die am häufigsten einen Antrag auf Anerkennung ihrer Qualifikationen in Deutschland stellen.** Dabei handelt es sich zumeist um Berufstätige im medizinischen Bereich.[12] Und während ausländische Absolventen verschiedener Studienrichtungen oft in der Bundesrepublik

9 Diese Hochschulstatistik wird in den jährlich erscheinenden Berichten "Ausländische Studierende in Polen" der Stiftung Bildungsperspektiven veröffentlicht, vgl.: R. Fuchs, "Polnische Studenten bleiben gerne in Deutschland", vom 25.10.2013, online nachlesbar unter: http://wiadomosci.onet.pl/swiat/studenci-z-polski-chetnie-zostaja-w-niemczech/k0d91N [aufgerufen am: 21. April 2014]; M. Jaranowski, "Statistik: Deutsche Studierende wählen Polen selten aus", Beitrag für die Deutsche Welle vom 28. November 2012.

10 Z.B. folgende Initiativen: Polonia Colonia e.V. in Köln (www.Polonia-colonia.eu) oder Studenci.de, etwa in München (www.studenci.de).

11 Dem EHEA gehören gegenwärtig 47 Länder an. Für mehr Informationen siehe online unter: http://www.ehea.info/.

12 Seit dem 1. April 2012 gilt in Deutschland das Anerkennungsgesetz für Verfahren zur Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen auf Bundesebene. Mehr zum Anerkennungsverfahren online nachlesbar unter: http://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/statistik_zum_bundesgesetz.php (Bericht zum Anerkennungsgesetz).

Arbeit finden, weil sie erfolgreich in Deutschland studiert haben und hier bleiben, werden Ärzte oder Krankenschwestern sogar zumeist über das Anerkennungsverfahren rekrutiert.

Auch die deutsche Industrie setzt im Zusammenhang mit der Suche nach neuen Lehrlingen große Hoffnungen in die EU-Osterweiterung. Weder gezielte Anwerbekampagnen noch Internetbörsen konnten jedoch dabei helfen, tausende freie Stellen (aufgrund von Abwanderung und Geburtenrückgang) in Ostdeutschland mit Auszubildenden aus den "neuen" EU-Mitgliedsländern zu besetzen. Die größte Herausforderung im Kontext der Anwerbung von Lehrlingen aus dem Ausland bleibt allerdings nach wie vor die deutsche Sprache.[13]

Einflüsse intensivierter Kontakte auf die gegenseitige Wahrnehmung

Jugendbegegnungen beeinflussen die gegenseitige Wahrnehmung gegenüber der anderen Gesellschaft positiv. Auch an diesem Beispiel werden einige Unterschiede zwischen Deutschen und Polen deutlich, aber Ähnlichkeiten fallen gleichfalls auf.

Junge Polen sind besser informiert über ihr Nachbarland als umgekehrt. Sie können das andere Land auch ohne persönliche Erfahrungen beurteilen. Ihre durchaus positiven Einstellungen ändern sich auch nicht durch einen Besuch in Deutschland. Dagegen haben ihre deutschen Altersgenossen kein ausgeprägtes Bild von Polen, solange sie das Land nicht persönlich besucht haben. In diesem Fall führt ein Aufenthalt – ob im Rahmen eines Schul- oder Studentenaustauschs oder auf anderem Wege – zu spürbaren Ergebnissen.

Generelle Sympathiewerte lassen sich auch bei der Einstellung der deutschen und polnischen Jugend gegenüber dem Nachbarland feststellen, wobei die Polen Deutsche besser bewerten als Deutsche die Polen. In Deutschland sind nach wie vor einige antipolnische Vorurteile verbreitet. Aufenthalte im Nachbarland und Kontakte mit Vertretern des anderen Landes führen bei den Jugendlichen beidseits der Grenze zu einer Verbesserung der Meinung gegenüber der jeweils anderen Gesellschaft. Befragungen der Teilnehmer von Jugendaustauschprogrammen deuten darauf hin, dass direkte Kontakte zu einem besseren

13 Vgl. u.a. J. Segeš Frelak, A. Łada (Hs.), Eine Grenze verschwindet, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2012.

gegenseitigen Verständnis führen. Dabei hat sich erwiesen, das gerade – und öfter noch als deutsche Jugendliche – die jungen Polen, die an Austauschprogrammen teilnehmen, Fähigkeiten zu differenziertem Denken, auch zur Selbstreflexion, und damit eine höhere interkulturelle Kompetenz (eine höhere Akzeptanz der "Einzigartigkeit" einer anderen Gesellschaft, gegenüber den dort vertretenen Haltungen und Normen) an den Tag legen.

Grundsätzlich bewerten 70% der Jugendlichen aus beiden Ländern die deutsch-polnischen Beziehungen positiv. Personen, die im Rahmen eines Austauschprogramms direkte Erfahrungen im Nachbarland gesammelt haben, bewerten die Beziehungen hingegen auf Basis ihrer interpersonellen Kontakte und nicht aufgrund der offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen.

Sowohl die Jugendlichen in Deutschland als auch in Polen kommen bei den Begegnungen mit den Gleichaltrigen aus dem Nachbarland immer wieder auf das Thema Geschichte zurück. Als Vertreter der Generation, die nicht direkt in die tragische gemeinsame Vergangenheit verwickelt war, empfinden sie weder Schuldgefühle noch eine Verpflichtung, diese Fragen zu vertiefen. Dabei gibt es jedoch einen Unterschied: Während junge Polen von ihren deutschen Freunden nicht erwarten, dass diese Fragen thematisiert werden, glauben die Deutschen, dass es auf der polnischen Seite gerade eine solche Erwartung gibt.[14]

Aktuelle Herausforderungen in der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich Jugendbegegnung

Die gleichberechtigte Mitgliedschaft in der EU bedeutet auch die Förderung der Intensivierung der bilateralen Beziehungen, und Jugendbegegnungen haben hierbei schon immer eine wichtige Rolle eingenommen.

1991 wurde im Rahmen des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags auch die Gründung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) beschlossen. Das Hauptziel dieser Organisation ist die Herstellung direkter Kontakte zwischen Altersgenossen der Nachbarländer, um das gegenseitige Verständnis zu fördern. Dies findet

14 Vgl. Łada, Nachbarn kennenlernen!, *a.a.O.*

mittels der Unterstützung von Schüleraustauschprogrammen sowie außenschulischen Projekten in vielfältigen Kooperationsbereichen statt.

Insgesamt nahmen bisher 3.500 Organisationen und Schulen und fast 2,5 Millionen Jugendliche am deutsch-polnischen Jugendaustausch teil. Die positive Wirkung des Jugendaustauschs auf die gegenseitige Wahrnehmung und ein verbessertes Verständnis des Nachbarlandes wurden durch zahlreiche – u.a. auch die bereits oben erwähnten – Untersuchungen bestätigt.[15]

Eine wichtige Rolle bei der Knüpfung neuer Kontakte zwischen jungen Polen und Deutschen spielen auch Austauschinitiativen auf lokaler Ebene. An gemeinschaftlichen Projekten, realisiert im Rahmen von Städtepartnerschaften, nehmen auch Vertreter jüngerer Generationen teil, wie etwa Schüler, die in Sportvereinen auf kommunaler Ebene aktiv sind. Solcherlei Kontakte reichen sogar bis in die Zeiten vor dem Umbruch 1989 zurück. Die erste deutsch-polnische Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Danzig wird bald das vierzigste Jubiläum feiern. Auch bei den Deutsch-Polnischen Gesellschaften (den DPGs) gibt es junge Engagierte. Junge Mittler zwischen Polen und Deutschland und junge Intellektuelle aus beiden Ländern bilden insofern das soziale Kapital der deutsch-polnischen Beziehungen.[16]

Unterstützung für solche bilaterale Partnerschaften zwischen jungen Menschen bieten auch zahlreiche Organisationen, sowohl bilaterale, als auch solche, die sich an die Jugend in der Region oder in der ganzen Welt richten. In Polen agieren Mittler der deutschen Kultur, wie das Goethe-Institut oder der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), Vertretungen deutscher politischer und privater Stiftungen oder Mittlerorganisationen wie die Gemeinschaft für Studentischen Austausch in Mittel- und Osteuropa (GFPS) e.V. In Deutschland gibt es keine polnischen Institutionen, die mit diesen in Polen tätigen deutschen Organisationen vergleichbar sind. Ihre Rolle muss in der Praxis von zivilgesellschaftlichen Mittlern – Personen mit polnischem Migrationshintergrund – übernommen werden.[17] Ein Angebot für junge Deutsche bieten daneben die Polnischen Institute in Berlin (mit Filiale in

15 Vgl. ebd., sowie beispielsweise K. Koseła, B. Jonda (Hg.), Junge Polen und junge Deutsche im neuen Europa, Verlag des Instituts für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau 2005.
16 Vgl. E. Mansfeld, M. Szaniawska-Schwabe, Neue Mittler. Junges polnisches Engagement in Deutschland, Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart 2012.
17 Ebd.

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Teilnehmende (insgesamt)	46 400	59 749	72 737	89 868	102 490	124 986	125 252	137 426	137 318	135 382	142 509
Teilnehmende aus Polen	22 500	29 612	37 309	45 929	53 131	62 843	62 467	66 488	66 875	66 710	69 588
Teilnehmende aus Deutschland	23 900	30 137	35 428	43 939	49 359	61 279	61 201	67 165	66 804	65 113	69 323
Teilnehmende aus einem Drittland						864	1 584	3 773	3 639	3 559	3 598

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	GESAMT
Teilnehmende (insgesamt)	148 101	165 350	145 978	141 407	122 386	110 962	109 556	107 871	108 152	112 296	2 446 176
Teilnehmende aus Polen	72 276	80 864	71 934	68 298	59 182	53 841	53 416	52 243	52 209	53 865	1 201 580
Teilnehmende aus Deutschland	72 129	80 346	70 468	69 346	60 145	53 970	53 140	52 947	52 570	55 062	1 193 771
Teilnehmende aus einem Drittland	3 696	4 140	3 576	3 763	3 059	3 151	3 000	2 681	3 373	3 369	50 825

Tabelle 1.
Die Anzahl der Teilnehmenden an einem deutsch-polnischen Jugendaustausch, unterstützt durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk in den Jahren 1993-2013.

Quelle: Deutsch-Polnisches Jugendwerk 2014 (http://www.dpjw.org/presse/zahlen-fakten).

Leipzig) und in Düsseldorf, die vor allem zeitgenössische polnische Kultur und Kunst präsentieren.

Wissenschaftliche Einrichtungen richten Angebote an junge Forscher. Das traditionsreiche Deutsche Polen Institut (DPI) in Darmstadt ist das Exzellenzzentrum für Polenforschung in Deutschland. Das DPI veranstaltet Sommerschulen und lädt junge Experten der Polenforschung beispielweise zu Sommerakademien ein. Ein Beispiel für Deutschlandforschung in Polen stellt etwa im Gegenzug das Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europaforschung der Universität Wrocław dar, das als akademische Einrichtung auch regulär Studenten unterrichtet.

Ein einzigartiges Beispiel für deutsch-polnische Hochschulzusammenarbeit bietet die Universität Viadrina. Die an der Grenze in Frankfurt (Oder) gelegene Universität soll jungen Leuten aus beiden Ländern das gemeinsame Studieren ermöglichen. Bei insgesamt 6.645 Studierenden im Wintersemester 2013/2014 waren 5.001 Deutsche und 695 Polen immatrikuliert.[18]

Ein Angebot für Absolventen offerieren auch die Parlamente in Berlin und Warschau. Vorreiter des seit über 15 Jahren existierenden Programms des Internationalen Parlamentsstipendiums (IPS) war der Deutsche Bundestag. Der Sejm folgte mit dem Internationalen Programm der Parlamentspraktika (MPSP). Es handelt sich dabei nicht um rein bilaterale Austauschprogramme, sondern um Programme, die für Hochschulabsolventen aus vielen Ländern offen stehen. Deutsche Studierende sind jedoch im polnischen Sejm besonders stark vertreten. Die Programme werden von öffentlichen Universitäten in Berlin und Warschau begleitet. Seit dem Startjahr des Programms (2007) nahmen während aller sieben bisherigen Programme der Parlamentspraktika im Sejm 27 junge Deutsche teil. Im Bundestag haben seit 1990 schon 114 Polen ein Praktikum absolviert. Der Mehrwert eines solchen Aufenthalts im Partnerland hat eine besondere Bedeutung – er gibt den jungen Menschen die Möglichkeit, hinter die Kulissen der nationalen Politik zu schauen und sie dadurch besser verstehen zu lernen. Zugleich stellt die erfolgreiche Teilnahme auch eine Auszeichnung dar, dass man die

18 Vgl. Studierendenstatistiken im Wintersemester 2013/14, siehe online unter: http://www.europa-uni.de/de/struktur/zse/pressestelle/studierendenstatistik/index.html [aufgerufen am: 22. April 2014]. Die Europa-Universität Viadrina arbeitet eng mit der Adam-Mickiewicz-Universität zusammen, insbesondere im Rahmen des Collegium Pollonicums im benachbarten Słubice.

Sprache eines anderen Landes beherrscht und sein Interesse in besonders intensiver Weise der Politik des Nachbarlandes widmet.

Ein weiteres prestigereiches, aber auch herausforderndes Beispiel der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Bildungsbereich besteht seit 1972 in der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz. Auf Anregung der Außenminister Deutschlands und Polens (2008) wurde eine paritätisch besetzte Projektgruppe in politischer und wissenschaftlicher Zusammensetzung berufen, um ein **gemeinsames deutsch-polnisches Geschichtsbuch** zu entwerfen. 2010 hat diese so genannte "gemeinsame Schulbuchkommission" offizielle Empfehlungen abgegeben.[19] Der erste Band der Schulbuchreihe soll 2015 erscheinen. Obwohl die Bearbeitung gemeinsamer Empfehlungen durchaus als spektakulärer Erfolg der Buchautoren bewertet wird, steht das Projekt vor enormen Herausforderungen. Eine davon besteht in der Frage der Finanzierung des Schulbuchs in beiden Ländern. Darüber hinaus gilt es ebenso, die generelle Zulassung des gemeinsamen Geschichtsbuchs zu regeln. Und es muss die Problematik gelöst werden, wie es faktisch in die deutschen Rahmenlehrpläne integriert werden kann, denn im Hinblick auf den Bildungsföderalismus innerhalb der Bundesrepublik verfügt jedes der 16 deutschen Bundesländer über uneingeschränkte Kompetenzen im Bereich des Bildungswesens – die so genannte "Bildungshoheit".

Eine große Herausforderung lässt sich im Hinblick auf die Sprachkenntnisse beobachten, wobei eine starke Asymmetrie zwischen jungen Polen und Deutschen festzustellen ist. Während über 2 Mio. polnische Schüler Deutsch lernen, ist Polnisch in Deutschland lediglich bei den Einwanderern mit polnischem Migrationshintergrund populär. Beidseits der Oder gibt es dafür bilinguale Schulen mit besonderem Sprachstatus. So kann man beispielsweise an der Willy-Brandt-Schule in Warschau neben der deutschen Reifeprüfung, dem Abitur, auch die polnische Matura erwerben. Ein ähnliches Model wird auch in Deutschland umgesetzt – im grenznahen Gymnasium in Löcknitz etwa oder an der Berliner Robert-Jungk-Oberschule. Ein einzigartiges Modell zweisprachigen Unterrichts wird in Berlin angeboten. So gibt es dort eine Grundschule und eine Gesamtschule mit Polnisch als Unterrichtssprache. Auch kann beispielsweise in München an einem Gymnasium Polnisch

19 Schulbuch Geschichte. Ein deutsch-polnisches Projekt. Empfehlungen. Berlin/Warschau 2010, siehe online unter: http://dpsk.gei.de/fileadmin/bilder/pdf/Projekte/Schulbuch%20Geschichte.%20Ein%20deutsch-polnisches%20Projekt-Empfehlungen.pdf [aufgerufen am: 21. April 2014].

in der Kollegstufe belegt und als Abiturfach gewählt werden. Es fehlt jedoch an Schulen in Deutschland an einem systematischen Aufbau eines Angebots betreffend Polnisch als Fremdsprachenfach – zumindest in den an Polen angrenzenden Bundesländern.

Ein gemeinsames Jahrzehnt – Kommentar und Schlussfolgerungen

Die bilaterale Zusammenarbeit im Jugendbereich hat zu einem besseren gegenseitigen Verständnis geführt. Dennoch gibt es nach wie vor viel zu tun:

- Mit der EU-Mitgliedschaft Polens seit 2004 sind für junge Polen – dank der Freizügigkeit und Fördergelder aus Brüssel – neue Möglichkeiten zu einem noch intensiveren Austausch mit ihren deutschen Altersgenossen entstanden.
- **Langsam wird die neue "e-Generation" in Polen und Deutschland aktiv. Ihr prägendes Generationserlebnis ist weder der Mauerfall, noch die Solidarnosc-Bewegung, sondern der Alltag im freien Europa und in der globalisierten Welt.** Für viele junge Deutsche und Polen sind die offenen Grenzen, eine weitreichende Vernetzung, Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung des eigenen Lebenswegs und Mobilität eine Normalität. Seit dem EU-Beitritt Polens ist in beiden Ländern eine neue, pragmatisch orientierte Generation von Jugendlichen herangewachsen, die sich stark an Konsumwerten ausrichtet. Die junge Generation denkt eher postnational und lebt ohne Geschichtstrauma, wobei das Geschichtsbewusstsein in Polen stärker ausgeprägt ist als in Deutschland. Hinzu kommt auch ein eher diffuses, politisch unscharfes Europabild beidseits der Oder.
- **Während der vergangenen zehn Jahre hat sich in Polen und in Deutschland die Jugendarbeit europäisiert und professionalisiert**. Polnische und deutsche Fachkräfte begegnen sich in verschiedensten Arbeitsgruppen und arbeiten in europäischen jugendpolitischen Kontexten zusammen.
- **Während manche Gruppen, wie etwa polnische Studenten, durchaus vom EU-Beitritt Polens profitiert haben, finden viele Kooperationsprojekte effektiv im bilateralen Rahmen statt.** Auch in diesen Fällen hilft die gleichberechtigte Mitgliedschaft Polens und Deutschlands in der EU bei der Aufnahme und Pflege der Kontakte.

- Während die polnischen Jugendlichen über ein solides Wissen verfügen, von Erfahrungen mit Deutschland profitieren und Deutsch oft in der Schule lernen, verfügen ihre deutschen Altersgenossen, die oftmals nie in Polen waren, nur über vergleichsweise geringes Wissen über das räumlich nahe, mental aber weit entfernte Nachbarland. Diese eindeutige Asymmetrie bleibt bestehen. Während junge Polen Deutschland als Land sehr positiv bewerten, basiert auf Seiten der deutschen Jugendlichen die Wahrnehmung Polens oft auf negativen Stereotypen. Viele Deutsche geben auch zu, fast nichts über das Nachbarland zu wissen, so dass sie dieses Land auch nicht rational bewerten können.
- **Hinsichtlich der gegenseitigen Wahrnehmung und der Akzeptanz junger Menschen in Polen und Deutschland hat während der letzten zehn Jahre eine Normalisierung eingesetzt.** Junge Leute sind offen für gegenseitige Kontakte. Obwohl sie die gemeinsame Geschichte kennen, lassen sie nicht zu, dass die diesbezüglichen Altlasten der Aufnahme von Kontakten ins andere Land im Wege stehen.
- **Eine Asymmetrie in Bezug auf den jeweiligen Nachbarn betreffend das Wissen und das Interesse wird anhand von Aussagen junger Menschen deutlich, die ins Nachbarland reisen**. Seit Jahren ist es ein Trend, dass viel mehr polnische Studierende nach Deutschland fahren als umgekehrt. Dies resultiert aus der allgemein geringeren Anziehungskraft Polens im Vergleich mit anderen studienbezogenen Zielländern. Weniger attraktive Angebote für Ausländer in Polen sowie schwache Kenntnisse der polnischen Sprache sind ein weiteres Hemmnis.
- Die Teilnahme an Austauschprogrammen – ob bilateral oder im EU-Kontext organisiert – könnte dazu beitragen, dass sich Jugendliche offener zeigen für die Teilhabe an politischen Prozessen und zugleich aufgeschlossener sind gegenüber Gleichaltrigen. Ferner könnte auf diesem Wege bei ihnen ein stärkeres Interesse an anderen Ländern und Kulturen in Europa geweckt werden.

Gemeinsame Zukunft – Herausforderungen und Erwartungen

- Im Zuge der nunmehr zehn Jahre währenden Mitgliedschaft Polens in der EU sind die Grundlagen für eine verstärkte Zusammenarbeit

der jungen Generation in Polen und Deutschland in zahlreichen Bereichen des Jugendaustauschs und der Jugendarbeit mit vielfältigen Angeboten gelegt worden. Europäisches Bewusstsein und gemeinsames bürgerschaftliches Handeln im Sinne einer guten Nachbarschaft beginnen jedoch im Kleinen. Es kann von Jugendlichen, die nicht gelernt haben, verantwortungsvoll an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitzuwirken, schwerlich erwartet werden, dass sie plötzlich als Volljährige nun von sich aus in der Lage sind, ihre demokratischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Voraussetzung hierfür ist die Förderung und Entwicklung von sozialer Kompetenz und Teilhabe im öffentlichen, vorpolitischen Raum, ob in der Schule oder im Rahmen von Projekten der politischen und kulturellen Bildung. Informelle Bildungserfahrungen spielen bei der Sozialisation und bei der Prägung des Partizipationsverhaltens eine Schlüsselrolle. Ein Beispiel hierfür ist das EU-Programm "Jugend in Aktion". In dessen Rahmen können Jugendliche aus vielen europäischen Ländern, so auch aus Deutschland und Polen, zusammenarbeiten.[20]

- Im Zuge von Projekten des deutsch-polnischen Jugendaustauschs sollte die Chance ergriffen werden, mittels aktiver Beiträge gemeinsam die deutsch-polnischen Beziehungen und die EU-Jugendpolitik mitzugestalten. Dabei soll man auch den Mehrwert eines Austauschs betonen, auf Verhaltensweisen von Jugendlichen im multikulturellen Raum positiv Einfluss nehmen zu können und den Erwerb interkultureller Kompetenzen zu stärken.
- **Im Rahmen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit sollten – insbesondere aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa – gezielter die Gruppen angesprochen werden, die von einem solchen Austausch besonders profitieren könnten,** bzw. denen ansonsten droht, von der Teilnahme an solchen Programmen ausgeschlossen zu sein (z.B. sozial benachteiligte Jugendliche und Jugendliche aus ländlichen Räumen). Heutzutage nehmen solche Personen selten an derlei Projekten teil.
- **Eine neue Qualität aufgrund des "Erasmus+ Programms" sollte auch als neue Chance für die Weiterentwicklung von bilateralen Kontakten**

20 Vgl. E. Feldmann-Wojtachnia, B. Tham, H. Otten: Unter der Lupe. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von JUGEND IN AKTION in Deutschland. Bonn/München 2012; E. Feldmann-Wojtachnia, B. Tham: Jugend im Dialog: Beteiligung von lokal bis europäisch. in: "Journal für politische Bildung", Nr. 1, S. 33-42.

zwischen jungen Polen und Deutschen im EU-Kontext begriffen werden. Es ist dabei darauf zu achten, das "Erasmus+ Programm" mit Fragen der verstärkten Professionalisierung des deutsch-polnischen Austauschs zu verknüpfen.

- Die Vorbild- und Vermittlungsfunktion von politischen europaweiten Bildungsangeboten sollte ausgebaut werden. Jugendliche in Deutschland und Polen sind auf der Suche nach Orientierung und warten auf Angebote. Hier ist die gemeinsame Erarbeitung von nachhaltigen Konzepten der politischen Bildung gefragt, die eine kritische Reflexion der gemeinsamen europäischen Werte im deutsch-polnischen Kontext ermöglichen. Hierzu könnten in Polen politische Stiftungen nach deutschem Vorbild entstehen, die ihr Angebot auch an junge Leute richten.
- **Ein europäisches Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung in Europa entsteht bei jungen Menschen nicht von selbst, sondern im Dialog und in der Auseinandersetzung um Identität und Werte**. Eine gelungene Kommunikation zu fördern und eine kritische deutsch-polnische Verständigung zu unterstützen, bleibt eine der zentralen Bildungsaufgaben in beiden Ländern. Eine diesbezüglich erfolgreiche Strategie könnte das Partizipationsverhalten der Jugendlichen positiv beeinflussen.
- Aufgrund der nach wie vor bestehenden Asymmetrie betreffend den Stellenwert der deutschen Sprache in Polen und der polnischen Sprache in Deutschland sollten zivilgesellschaftliche und öffentliche **Sprachangebote und polnischsprachige Initiativen auf deutscher Seite noch stärker gefördert werden**.
- Um junge Zielgruppen besser zu erreichen, **sollten neue Kommunikationswege erschlossen werden** (Online-Angebote und soziale Netzwerke).
- Auch das durchaus vorbildliche Beispiel des Jugendwerks sollte zukunftsfähiger gestaltet werden. Um sich weiterzuentwickeln braucht das DPJW ein Konzept der nachhaltigen Finanzierung. Obwohl die Aufgaben zunehmen, wurden die Zuschüsse seit Jahren nicht erhöht. Dies müsste schnell geändert werden – die Regierungen beider Länder sind an dieser Stelle gefragt.
- Die Entstehung von Netzwerken zwischen den Veranstaltern der Jugendbegegnungen sollte – auch finanziell – stärker gefördert

werden. Den Veranstaltern von Austauschprogrammen sollten Netzwerke zur Verfügung stehen, um das gegenseitige Kennenlernen und den Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Auf diese Weise könnten auch bewährte Praktiken verbreitet und gemeinsame Qualitätsstandards erarbeitet werden. Dies wäre auch im Interesse der Geldgeber – es ist somit zu überdenken, ob eine solche Art des Austausches unter Multiplikatoren nicht finanziert werden sollte.

- Zusätzlich sollten gerade an ehemalige Teilnehmer verschiedener Austauschprogramme auch andere deutsch-polnische Projektanfragen gerichtet werden, da man davon ausgehen kann, dass diese Personen auch zukünftig gerne an anderen Begegnungen teilnehmen würden. So könnte ihr Wissen über das Nachbarland gefestigt und zugleich erreicht werden, dass sie zu Botschaftern dieses Landes werden.
- **Der prestigeträchtige Pilotversuch des gemeinsamen Geschichtsbuchs darf nicht in der Umsetzungsphase scheitern**. So sollten die Empfehlungen der Expertenkommission weiterhin koordiniert werden, damit sie in allen 16 Bundesländern und auch in Polen Akzeptanz finden. Bei der Komplexität der Zuständigkeiten ist viel politischer Wille auf beiden Seiten von Nöten.

Aus dem Polnischen: Magdalena Szaniawska-Schwabe

Mehr zum Thema der Begegnungen von jungen Polen und Deutschen in folgenden Publikationen:

- A. Łada (Hg.), Nachbarn kennenlernen! Wirkung deutsch-polnischer Jugendbegegnungen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2014. [pln., dt.]
- S. Marzluff, F. Pazderski (Hg.), Voluntering abroad in Poland and Germany, its implications on attitudes towards the respective neighbouring country and its effects on images of Europe, Centre for Developments in Civil Society in FIVE e.V., Freiburg 2014. [eng.]

Werner Weidenfeld

DIE EUROPÄISCHE UNION IN DER KRISE – UND DENNOCH EIN STRATEGISCHES INTEGRATIONSPROJEKT FÜR DEUTSCHE UND POLEN?

Der Mauerfall und die deutsche Einheit wären im historischen Umbruchsjahr 1989 ohne politische Zustimmung der neuen Eliten in Polen nicht möglich gewesen. Der Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland mit dem Einigungsvertrag vom 3. Oktober 1990 war anschließend wiederum der Wegbereiter für den Beitritt Polens zur EU am 1. Mai 2004. Heute, 25 Jahre später, profitieren beide Länder als gleichberechtigte Mitgliedstaaten der EU von den offenen Grenzen und dem gemeinsamen Markt.

Trotz dieser Errungenschaften erlebt Europa seit der Finanzkrise im Jahr 2006 eine Zeitenwende. Negativ-Schlagzeilen wie "Alptraum Europa" oder das "Ende der Europäischen Integration" prägen die mediale Berichterstattung. Die Krisenlage hat sich inzwischen zugespitzt. Längst kann nicht mehr nur von "einer" Krise gesprochen werden. Hinzugekommen sind die Bankenkrise, sowie damit verbunden eine tiefe Vertrauenskrise gegenüber der EU auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger. Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die europäische Integration lassen sich hieran festmachen. Hinzu kommt nun noch die aktuelle Sicherheitskrise, die sich in der Frage zuspitzt, inwieweit sich die Ukraine in Richtung der Europäischen Union öffnen kann, ohne ihre Souveränität durch aggressive russische machtpolitische Interessenpolitik zu gefährden.

Die täglichen Krisenmeldungen irritieren die Bevölkerungen in beiden Ländern und führen auf unterschiedliche Weise in Deutschland und Polen zu Angst, wachsender Skepsis und vermehrt auch zu gegenseitigem Unverständnis. Wenn auch die großen Erfolge der europäischen Integration längst selbstverständlich erscheinen, so muss sich die gemeinsame Handlungsfähigkeit nun erneut in instabiler Lage beweisen. Hierzu ist es wichtig, Zeit auch für den bilateralen Austausch zu finden, um zu einer gemeinsamen, oder wenn das nicht möglich ist, zumindest zu einer abgestimmten Bewertung der aktuellen Situation zu kommen.

Aber wie schlecht steht es wirklich um die europäische Politik? Ist nicht die Geschichte der Europäischen Union auch eine Geschichte der Bewältigung von Krisen? Letztendlich lässt sich die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise der EU auf Versäumnisse nach dem Vertrag von Maastricht zurückführen, der die Grundlage der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) geschaffen hat. Anfang 2010 wurde deutlich, dass die vorhandenen Strukturen, Prozesse, Regeln und Instrumente der WWU unzureichend sind, um die Schuldenkrise mit effektiven Maßnahmen zu bekämpfen. Um den globalen Herausforderungen entgegenzuwirken, wurde deshalb die auf 10 Jahre angelegte Wachstumsstrategie "Europa 2020" ins Leben gerufen. Mit Hilfe dieser Strategie soll nicht nur die Wirtschaftskrise überwunden, sondern sollen neue Grundlagen für mehr Wachstum in Europa geschaffen werden. Leitbild ist die Vision einer europäischen sozialen Marktwirtschaft, in der ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau sowie ein ausgeprägter sozialer Zusammenhalt angestrebt werden. Eine erste Bilanz der EU zeigt jedoch, dass auf nationaler Ebene noch erheblicher Implementierungsbedarf besteht und die Reformprogramme weiter forciert werden müssen.

Insbesondere betrifft dies den Arbeitsmarkt in Europa. Die Beschäftigungssituation und die soziale Lage in Europa sind äußerst angespannt. Die Arbeitslosenzahlen steigen, wobei zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede bestehen. Die finanzielle Situation der Haushalte hat sich verschlechtert, und die Armut in Europa, vor allem die Kinderarmut, nimmt zu. Gegenwärtig sind mehr als 26 Millionen Europäer arbeitslos. EU-weit lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2013 bei 10,7%, wobei sowohl Polen (10,1%) wie auch Deutschland (5,1%) unter dem EU-Durchschnitt und damit weit hinter Griechenland (27,8%) oder Spanien (25,8%) liegen.

Aber nicht nur im Inneren der EU zeigt sich vielfältiger Reformbedarf. Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten haben die Möglichkeiten eines koordinierten Handelns der EU im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geschwächt. Die Situation im Hinblick auf die Ukraine ist leider ein trauriges Beispiel hierfür. Die Gefahr einer Spaltung und damit einer Trennung in Europa ist real. Gemeinsame Positionen und konsequentes Handeln sind zunehmend schwerer zu vereinbaren. Der gemeinsame Versuch der drei Außenminister, Deutschlands, Polens

und Frankreichs, in Kiew zu verhandeln, müsste schneller und klarer von einer gesamteuropäischen Strategie getragen werden, um Konsequenz zu zeigen. Das zu wenig abgestimmte Auftreten der EU wird auch außerhalb der EU kritisch wahrgenommen; ebenso hat der Modellcharakter der europäischen Integration deutlich an Attraktivität verloren. Der Sorgenhorizont, unter dem sich die EU gegenwärtig befindet, ist daher vielschichtig. Nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrise stellen die EU vor große Herausforderungen, auch die innere Gestaltungskraft sowie die Handlungsfähigkeit nach außen stehen in Frage. In der aktuellen Lage muss sich erst erweisen, inwieweit hier zwischen Deutschen und Polen und im Rahmen des "Weimarer Dreiecks" zudem auch mit Frankreich eine solide politische Interessengemeinschaft aufgebaut werden konnte.

Die Krise, in der sich die EU offensichtlich befindet, wirft zudem in Deutschland und Polen weiterführende und grundlegende Fragen nach dem Sinn und der Zukunftsfähigkeit der EU auf. Wenngleich die zentralen Ziele der Vergangenheit, wie Frieden, Wohlstand, Sicherheit und Stabilität, durch die Krise in der Ukraine wachgerüttelt werden, so haben sie deutlich an Strahlkraft verloren; vielmehr führen sie zu Verunsicherung. Deutsche und Polen sehen wie auch die übrigen Europäer die Freizügigkeit der Personen, Güter und Dienstleistungen sowie die gemeinsame Währung weiterhin als Haupterrungenschaft der europäischen Integration an. Doch ist dies ausreichend für die zukünftige Gestaltung Europas?

Anders als Nationalstaaten verfügt die EU nicht über eine gefestigte Legitimationsbasis, sondern bedarf einer eigenen und immer wieder zu erneuernden Daseinsberechtigung. So überrascht es im Lichte der krisenhaften Entwicklungen in Europa nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger in Europa zunehmend kritischer in ihren Einstellungen zur EU werden. Gemäß der aktuellsten Eurobarometer-Umfrage von Herbst 2013 haben nur noch 31% der EU-Bevölkerung ein positives Bild von der EU. Hierbei decken sich die deutsche und die polnische Einschätzung weitgehend. Im Hinblick auf die Zukunft der EU sprechen sich zwar noch durchschnittlich 51% der EU-Bürgerinnen und Bürger optimistisch aus, 43% sehen aber die EU eher pessimistisch. In Polen sind sogar noch 66% optimistisch und nur 25% pessimistisch eingestellt. In Deutschland variieren diese Zahlen: 60% Optimisten gegenüber 34% Pessimisten. Trotz der insgesamt skeptischen Haltung sprechen sich 52% der EU-Bevölkerung weiterhin für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit der

gemeinsamen Währung Euro aus. 41% lehnen dies ab. Auch wird die EU – zusammen mit den nationalen Regierungen – als derjenige Akteur in Europa angesehen, der am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu ergreifen. 22% der EU-Bevölkerung sprechen sich hierfür aus. Die Ziele, die sich die EU mit ihrer Strategie "Europa 2020" gesetzt hat, bleiben demgemäß für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger glaubwürdig, wenngleich die Einschätzung zur Überwindung der Krise stark vom Alter, vom Bildungsabschluss und von der sozioökonomischen Situation des Einzelnen abhängt. Die Unterstützung der EU-Politik ist bei der jüngsten Altersgruppe am höchsten, gefolgt von den Befragten mit Hochschulabschluss, leitenden Angestellten sowie vermögenden Personen.

Zehn Jahre nach der großen Osterweiterung der Europäischen Union muss die EU insgesamt transparenter, effizienter und bürgernäher werden, um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Gerade in Polen, einem Land, in dem eine lebhafte zivilgesellschaftliche Bewegung zum demokratischen Umbruch 1989 und dem europäischen Einigungsprozess geführt hat, muss die EU die europäische Bevölkerung stärker in den europäischen Integrationsprozess und die Umsetzung ihrer Politik einbeziehen. Die Bürgerinnen und Bürger in Polen und Deutschland wollen und müssen wissen, welche Mitwirkungsmöglichkeiten für sie in der EU bestehen. Der Lissabon-Vertrag spricht von einer partizipativen Demokratie in der EU.

Trotz zahlreicher Willensbekundungen der EU, die Bevölkerung stärker in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, fehlen den Bürgerinnen und Bürgern hierzu die entsprechenden Informationen und Mitwirkungsmöglichkeiten. Nur 29% der EU-Bevölkerung sind laut der Eurobarometer-Umfrage von Herbst 2013 der Auffassung, dass ihre Stimme in der EU zählt; 66% teilen diese Meinung nicht. Noch liegt die Gruppe der Skeptiker mit 52% in Deutschland und 54% in Polen unter dem EU-Durchschnitt. Aber wo findet der öffentliche Diskurs zur europäischen Politik unter Einbezug von EU-Vertretern statt? Diesen drängenden Fragestellungen sollte sich die EU besonders in der Krisensituation stellen. Denn die ambivalente Stimmungslage in der europäischen Bevölkerung wird sich sicherlich auch in den Ergebnissen der Europawahlen widerspiegeln.

Auch zehn Jahre nach Polens Beitritt zur EU – oder gerade jetzt – gilt es aufs Neue, zwischen der EU und ihrer Bevölkerung zu vermitteln und neue Wege und Möglichkeiten der gemeinsamen deutsch-polnischen Auseinandersetzung mit der europäischen Politikgestaltung zu erschließen. Hierbei ist allerdings nicht nur die EU gefragt, sondern auch ein neuer Wind aus den Ländern und bei den Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Anliegen erneut nachdrücklich formulieren und sich so aktiv in die europäische Politik einbringen müssen. Eine solchermaßen aktive europäische Bürgerschaft in Deutschland und Polen entspräche der Umsetzung der im Lissabon-Vertrag geforderten partizipativen Demokratie und wäre ein halbes Jahrhundert nach der erfolgreichen Solidarność-Bewegung und dem Runden Tisch in Polen eine gute Entwicklung, um als geeintes Europa auch in Krisenzeiten Bestand zu haben.

Agnieszka Łada

GEMEINSAM IN DER EUROPÄISCHEN UNION – PERSPEKTIVEN FÜR DIE KOMMENDEN JAHRZEHNTE

Das gelungene letzte Jahrzehnt bietet zu Recht Anlass zu Freude und Zufriedenheit. Vor allem sollte es jedoch motivieren zu erheblich größerer Anstrengung und zum Aufbau noch besserer Beziehungen. Die bisherigen Erfolge zeigen, dass sich die Mühe lohnt. Umso mehr, als die anhaltend gute Konjunktur in den deutsch-polnischen Beziehungen ganz und gar nicht ewig andauern und weiterhin so günstig gestalten werden muss, wie es zurzeit der Fall ist.

Zur Etablierung einer gleichberechtigten Partnerschaft in Politik und Wirtschaft wird die weitere Entwicklung der Integration innerhalb der EU von entscheidender Bedeutung sein. Vor nicht allzu langer Zeit, während der Finanzkrise, war Polen eine wichtige Stütze für Deutschland: Effektiv durchgeführte Reformen und ähnliche Vorstellungen in wirtschaftlichen Fragen stellten Polen entsprechend der Rezeption seitens der Deutschen in eine Reihe mit den so genannten Nordstaaten, auf die die deutsche Regierung bei der erfolgreichen Suche nach Auswegen aus wirtschaftlichen Engpässen als Partner zählen konnte. Die zukünftige Gestaltung einer solchen Zusammenarbeit hängt im Weiteren vom Beitritt Polens zur Eurozone ab. Gegenwärtig ist es schwer vorherzusehen, ob ein solcher in fünf, sieben oder noch mehr Jahren vollzogen wird. Doch erst dann, wenn Polen seinen Platz im Kreise der Staaten der Eurozone eingenommen haben wird, wird es sich in vollem Umfang in den Reformprozess der EU einbringen können, der zurzeit vor allem von dieser Staatengruppe vorangebracht wird. Sollte Warschau außen vor bleiben, wird es nicht an der Findung grundlegender Entscheidungen zur Zukunft der EU beteiligt sein, die auch die polnische Zukunft unmittelbar betreffen, unabhängig vom Termin des Beitritts zur gemeinsamen Währungszone. Die Rolle Polens innerhalb der Strukturen der EU wird marginalisiert, während die Bedeutung Deutschlands weiter zunehmen und die Spaltung in ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten" sich nur vertiefen wird. Die Zugehörigkeit zur Eurozone bedeutete ebenfalls eine

stärkere Verwurzelung in westlichen Strukturen, die Polen wiederum größere Sicherheit böte. Diese Meinung teilen heute auch jene polnischen Politiker, die in den letzten Monaten nur widerwillig in der Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Einführung der gemeinsamen Währung gesprochen haben, wie etwa Premier Donald Tusk, Außenminister Radosław Sikorski oder der Chef der Polnischen Nationalbank, Marek Belka. Überdies wird Polen nur, wenn es Mitglied der Eurozone ist, für Deutschland – die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft – zu einem wirklichen Partner werden. Je schneller – aus politischer Perspektive – Polen der Eurozone beitritt, desto besser. Daher sollte es zu allererst darum gehen, national die Entscheidung für den Beitritt in die Eurozone zu treffen und diese zu verkünden, um sich im Weiteren zu bemühen, so schnell wie möglich alle Bedingungen zur Umsetzung des Beitritts zu erfüllen; dies sollte sich im Allgemeinen günstig auf die polnische Wirtschaft auswirken. Gleichzeitig sollte es im Zuge dessen und gemeinsam mit den Mitgliedern der Eurozone nun auch darum gehen, zu prüfen, ob manche Voraussetzungen sowie der Zeitrahmen neu zu definieren sind, zu denen bzw. in dem Polen – und die Eurozone selbst – reif sein werden für die Aufnahme der großen polnischen Wirtschaft.

Angesichts der Probleme, die in der vorliegenden Veröffentlichung diskutiert werden, stellt sicherlich im Rahmen der zukünftigen Gestaltung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit die Ostpolitik die größte Unbekannte dar.

Die Dynamik der gegenwärtigen Situation in der Ukraine und in Russland zeigt, dass mit vielen Herausforderungen in diesem Bereich zu rechnen ist. Die Deutschen sind in Bezug auf die Bewertung der Situation und der politischen Schritte, die ihre Ansicht nach im Osten gewählt werden sollen, geteilter Meinung; und diese Spaltung ist keine entlang parteipolitischer Grenzen oder Milieus, sondern sie verläuft inmitten der politischen Gruppierungen. Hinzu kommt eine deutsche Gesellschaft, die sich wenig für den Osten interessiert, und die die Situation allgemein hin anders bewertet als dies die Polen sehen. Gleichzeitig werden die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Russland und der Ukraine sowie der politische Wille der gegenwärtigen Regierung zugunsten eines politischen Engagements im Osten weiterhin eine wichtige Grundlage für die deutsch-polnische Kooperation bilden. Deutschland wird zudem durchweg der Hauptakteur innerhalb der EU bleiben, wodurch alle

Schritte im Osten, vor allem die außerhalb der Ostgrenze der EU – da sich nur wenige Mitgliedstaaten für diese Region interessieren – erst dann Gewicht und auf weite Sicht Erfolg haben werden, wenn Berlin dahintersteht. Das bedeutet, dass die Polen weiterhin mit Hoffnung wie auch mit Beunruhigung auf Deutschland schauen werden. Eine pragmatische Einstellung beider gegenwärtiger Regierungen wird es erlauben, Maßnahmen zur Demokratisierung und zur Neuausrichtung der europäischen Ostpolitik voranzutreiben. Die unsichere Lage in der Region, die Notwendigkeit eines gemeinsamen Standpunktes aller EU-Mitgliedstaaten, der Machtwechsel in Warschau und Berlin sowie in den Staaten östlich der EU – all das erlaubt es noch nicht, klare Vorhersagen für die Zukunft zu formulieren. Es tut allerdings not, Politiker, Diplomaten und Experten – unabhängig von der weiteren Entwicklung der Ereignisse – mit Nachdruck dazu anzuhalten, die deutsch-polnischen Konsultationen weiterzuführen, und die Schaffung von Synergien anzustreben, die zum Ausbau eines einheitlichen Standpunktes gegenüber den Regionen im Osten Europas beitragen können.

Vergleichsweise einfach ist es, darüber zu spekulieren, wie sich die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln werden, doch auch auf dieser Ebene sollte man mit Herausforderungen rechnen, die die gegenwärtige Symbiose ins Wanken bringen könnten.

Das Ungleichgewicht in Bezug auf die Struktur der Handelsbeziehungen ist gegenwärtig für beide Länder günstig, langfristig muss die polnische Wirtschaft – um für die deutsche ein noch wertvollerer Partner zu werden – aber noch stärker auf Innovation setzen. Denn die steigenden Löhne in Polen könnten schon bald dazu führen, dass deutsche Investoren nicht mehr so bereitwillig ins Land kommen. Gleichermaßen wird die Arbeitsmigration nach Deutschland aus demselben Grund für die Polen weniger lohnenswert, und ihre Arbeitskraft auf dem deutschen Markt weniger wettbewerbsfähig sein. In beiden Fällen sollten also Anstrengungen unternommen werden, die gegenseitigen Kontakte auszubauen – es sollte beispielsweise in hoch entwickelte Technologien in Polen investiert oder ein noch stärkerer Anreiz geschaffen werden, hoch qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland zu locken. Allerdings wird dies nicht nur Geld kosten, sondern auch viel Mühe erfordern, denn hier gilt es, Stereotype zu durchbrechen, eingetretene Pfade zu verlassen und Risiken einzugehen.

Eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf der bilateralen Ebene und der Ebene der EU wird in großem Maße von der gegenseitigen Wahrnehmung abhängen. Die Verbesserung des Bildes von den Polen und von Polen als Land in Deutschland, wie sie sich in den letzten Jahren gezeigt hat, lässt hoffen, dass die Stereotype, die bisher ständiger Begleiter der deutsch-polnischen Beziehungen waren, langsam der Vergangenheit zugeordnet werden dürfen. Dennoch erweisen sich negative Assoziationen noch immer als sehr hartnäckig. Viel schwieriger, als sie von neuem zu entfachen, ist es, sie zu überwinden. Daher gilt es sehr wachsam zu sein, damit eventuell ungünstige oder kontroverse Ereignisse im Rahmen der gegenseitigen Beziehungen das im Laufe der Jahre mit beträchtlicher Mühe verbesserte Bild vom Nachbarn nicht wieder zerstören. Ebenso bleibt das breite Unwissen der Deutschen gegenüber Polen eine große Herausforderung. Hier sind Anstrengungen von beiden Seiten – der deutschen wie der polnischen Regierung – gefragt, da es für beide angesichts guter gegenseitiger Beziehungen hierbei um eine Investition in die Zukunft geht.

Es ist das zuvor erwähnte Unwissen, das dazu beiträgt, dass noch immer sehr wenige Deutsche an Kontakten mit gleichaltrigen Polen interessiert sind. Obwohl die Zahl der deutschen Jugendlichen an polnischen Universitäten oder in unterschiedlichen Austauschprojekten steigt, besitzt die Reise "in den Osten" – wie junge Deutsche Polen nennen – noch immer eine sehr geringe Anziehungskraft. Junge Polen sind wiederum nicht mehr so stark an der Teilnahme an Projekten mit Deutschen nur aus dem einen Grund interessiert, dass ihnen dies eine Reise "in den Westen" ermöglicht. Für die Jugend beider Länder ist das vereinigte Europa eine Selbstverständlichkeit, und die Wahrnehmung der Verantwortung zur Gestaltung seiner Zukunft, wie sie für frühere Generationen bedeutsam war, ist längst nicht mehr so gefestigt vorhanden. Dennoch werden die Jungen sicherlich gesellschaftlich aktiv bleiben, daher lohnt es, ihnen Themen und Möglichkeiten aufzuzeigen. Ein größeres Angebot für ausländische Studierende an polnischen Universitäten ist ein offensichtliches, jedoch auch ein bisher noch auf zu niedriger Stufe realisiertes Postulat. In Deutschland sollte man wiederum zum Lernen der polnischen Sprache ermuntern – auch, weil diese Sprache in Zukunft tatsächlich sehr von Nutzen sein wird. Ebenfalls sollte die Teilnahme an internationalen Austauschprogrammen häufiger als eine Investition in eigene Qualifikationen aufgezeigt werden, und nicht einzig

als touristische Reise, die als reiner Selbstzweck den Jugendlichen immer weniger attraktiv erscheinen wird. Die bestehenden Mechanismen – die Stipendien, die Unterstützung der Austauschprogramme, die vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk geleistet wird, oder die vielen anderen deutsch-polnischen Projekte – besitzen wichtiges Potential, das in den letzten Jahren mit großem Erfolg geschaffen und verstärkt wurde. In einer sich verändernden Welt sollte man diese jedoch mit neuem Inhalt füllen – zum Beispiel wäre es wichtig, dazu zu ermuntern, dass sich die deutsche und polnische Jugend gemeinsam für eine Demokratisierung im Osten oder die Sicherheit im Internet engagiert.

Wie stellen sich also die Entwicklungsszenarien für die deutsch-polnischen Beziehungen dar? Mit Sicherheit ist ein sehr großes Potential zur Zusammenarbeit vorhanden, besteht eine große Übereinstimmung der Interessen und Ansichten sowie – und das ist das Wichtigste – ein Wille zur Zusammenarbeit. Eben dieser Wille kann in den nächsten Jahren entscheidende Bedeutung entfalten. Erfolge erfreuen für gewöhnlich, jedoch können sie zu einer Schwächung der Handlungsbereitschaft führen, vor allem wenn die äußeren Umstände die nötige Mobilisierung nicht begünstigen. Wiederum könnten in dem Augenblick, in dem die wie aktuell so erfreulich zu konstatierende Situation sich umkehren sollte, – wie oben dargestellt – Zweifel und Groll gegenüber der anderen Seite entstehen, so dass plötzlich Probleme auftauchen. Das Bewusstsein, dass eine solche Entwicklung der Ereignisse nicht ausgeschlossen ist, sollte dabei helfen, diesem vorzubeugen. Die Reife der deutsch-polnischen Beziehungen, die beide Länder derzeit miteinander verbindet, bildet trotz möglicher Widrigkeiten eine hervorragende Grundlage zur Verstärkung der Zusammenarbeit, sofern man sich auf die positiven Momente in der bisherigen Entwicklung besinnt.

Aus dem Polnischen: Anna Schlögel

Eva Feldmann-Wojtachnia – wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität (seit 1995). Studium der Ethnologie, Kulturwissenschaften und Religionsethnologie in Tübingen, Freiburg/Brsg. und Madras (Indien). Derzeitige Forschungsthemen: Europäische Jungend- und Bildungspolitik, europäische Identität, partizipative Demokratie, Evaluierung des Strukturierten Dialogs im Rahmen der Umsetzung der EU Jugendstrategie (2010-2018) im Auftrag des Bundesjugendministeriums, Mitarbeit im internationalen Forschungsnetzwerk RAY zur Evaluierung des Jugendprogramms von ERASMUS+; Vorsitzende des Stiftungsrats der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung (seit 2010).

Karolina Grot – Analyst und Projektkoordinatorin im Programm für Migrationspolitk des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten. Absolventin des Zentrums für Europawissenschaften der Universität Warschau und der Wirtschaftsuniversität Warschau (SGH). In Zusammenarbeit mit polnischen und ausländischen Institutionen engagiert sie sich in Projekten zu unterschiedlichen Aspekten der Integration von Ausländern in Polen und auf dem Gebiet der Europäischen Union. Forschungsinteressen gelten zudem den Nachwirkungen des EU-Beitritts auf die Migration von Polen, deren Wahrnehmung in verschiedenen Zielländern und den verschiedenen Ausdrucksformen zivilgesellschaftlichen Engagements in der polnischen Diaspora.

Dr. Agnieszka Łada – Leiterin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten. Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Studium der Politikwissenschaft in Berlin sowie Aufbaustudium in Organisationspsychologie in Dortmund. *Visiting fellow* am Brüsseler European Policy Centre (2011), *visiting research fellow* an der University of Sussex (2012), *Visiting Scholar am* Alfred von Oppenheim Centre for European Policy Studies, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

(2013), Vorstandsvorsitzende der Policy Association for an Open Society PASOS (2011-2012), Ratsmitglied des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, Mitglied des Wissenschaftsrat des Institute for Western Affairs in Poznań und Mitglied der Kopernikus-Gruppe. Spezialisierung auf folgende Bereiche: EU-Institutionen, insbesondere Europäisches Parlament und EU-Ratspräsidentschaft, Deutschland und deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen.

Paweł Polok – visting research fellow am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München. Absolvent der Internationalen Beziehungen an der Jagiellonen Universität Krakau sowie Studien im Bereich der Analyse von Finanzmärkten an der Wirtschaftsuniversität Krakau. Er war beruflich als Strategieberater in den Bereichen Energie, Finanzen und Telekommunikation tätig. Zuvor arbeitete er für das Finanzberatungsunternehmen Trigon. Schwerpunkte in den folgenden Bereichen: internationale Wirtschaftsbeziehungen mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer, die Welthandelsorganisation, ausländische Wirtschaftsbeziehungen Polens, Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen, Außenpolitik der EU insbesondere gegenüber Asien und Afrika.

Justyna Segeš Frelak – Absolventin der Szkola Główna Handlowa (Wirtschaftsuniversität Warschau), im Fachbereich Internationale Beziehungen, und des Studium Europy Wschodniej (Osteuropa Institut) der Universität Warschau. Seit 2004 arbeitet sie am Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych, ISP), gegenwärtig als Leiterin des Programms Migrationspolitik und Senior Analyst. Forschungsschwerpunkte umfassen u.a. Probleme im Bereich Migrationspolitik, die Emigration von Polen in die EU-Staaten sowie die Integration von Zuwanderern. Stipendiatin des International Visegrad Scholarship Programme und des Open Society Institute. Von Januar bis März 2012 *visiting researcher* am Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS) in Oxford. Autorin zahlreicher Veröffentlichungen und Berichte, die in Polen und im Ausland publiziert wurden.

Magdalena Szaniawska-Schwabe – freie Autorin und Journalistin aus Berlin. Diplompolitologin mit Abschlüssen am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und an der Universität von Wrocław. Arbeitet für deutsche und polnische Medien und Think Tanks. Autorin vieler Artikel und Fernsehreportagen zu deutsch-polnischen, sozialen, kulturellen und europäischen Themen, u.a. über junge Kreative Polnischsprachige in Deutschland ("Neue Mittler", ifa 2012) oder mit der ZDF-Reportage "Bombenterror über Polen. Wielun". Sie lebt deutsch-polnische Beziehungen.

Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Weidenfeld – Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München (seit 1995). Politikwissenschaftlicher, Politikberater der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, u.a. Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland a.D., ständiger Gastprofessor an der Remnin Universität Peking , Ehrenmitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest, Assoziiertes Mitglied des Club of Rome, Mitglied im Kuratorium der Zeppelin Universität, Friedrichshafen, Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Salzburg, Gastprofessur an der Hebräischen Universität Jerusalem (2013), Beisitzer im Präsidium des Cyber-Sicherheitsrates Deutschland e.V., Hrsg. des "Jahrbuches der Europäischen Integration" (seit 1980 gemeinsam mit Wolfgang Wessels), Hrsg. von "Europa von A-Z – Taschenbuch der europäischen Integration" (gemeinsam mit Wolfgang Wessels), Hrsg. der "Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung" (seit 1997).

Łukasz Wenerski – Analyst und Projektkoordinator im Europa-Programm des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten. Absolvent der Universität Warschau und der Nikolaus Kopernikus Universität Thorn. Er vertritt das Institut für Öffentliche Angelegenheiten im Civil Society Forum der Östlichen Partnerschaft sowie in der Koalition Visa-free Europe. Schwerpunkte in den folgenden Bereichen: Ostpolitik der EU, innenpolitische Situation in Russland und der Ukraine, Östliche Partnerschaft, polnische und europäische Außenpolitik.

Der 10. Jahrestag des polnischen EU-Beitritts regt nicht nur zur Reflexion darüber an, wie sich während dieser vergangenen Jahre Polen und die Europäische Union für sich genommen verändert haben. Denn die europäische Politik basiert auf der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Für Polen war und ist Deutschland der wichtigste aller EU-Mitgliedstaaten; zunächst als bedeutendster Anwalt Warschaus in der Unterstützung der eigenen Bemühungen auf dem Weg zum EU-Beitritt und heute als derjenige Mitgliedstaat, mit dem Polen enge politische, wie wirtschaftliche Kontakte pflegt. Die Mitgliedschaft in der EU eröffnete Polen Kooperationswege mit dem westlichen Nachbarn, unter neuen Bedingungen und – formell betrachtet – auf Augenhöhe, als gleichberechtigte Mitglieder derselben Gemeinschaft. Auch für die Deutschen, die – sowohl aus historischem Pflichtbewusstsein, als auch aufgrund der pragmatischen Überzeugung, dass die Osterweiterung für sie von Nutzen sein werde – für den EU-Beitritt Polens geworben haben, eröffneten sich nach 2004 neue Perspektiven.

Die vorliegende Veröffentlichung resümiert die deutsch-polnischen Beziehungen der vergangenen zehn Jahre seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union. Für diese Zeit der gemeinsamen Mitgliedschaft Deutschlands und Polens in der EU wird auf Veränderungen in ausgewählten Bereichen hingewiesen: in der Ostpolitik, in den wirtschaftlichen Beziehungen und betreffend der gegenseitigen Wahrnehmung. Darüber hinaus wird auf die Rolle der Polen auf dem deutschen Arbeitsmarkt und auf die Kontakte der Jugend beider Länder eingegangen. Anhand von Zahlen und Fakten formulieren die Autoren dabei Schlussfolgerungen bezüglich der vergangenen Dekade und zeigen Perspektiven für eine mögliche Weiterentwicklung der EU und des deutsch-polnischen Verhältnisses auf.